Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3455. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1796. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 169. | Dresden, Mittwoch den 24. Juli 1912. | 23. Jahrg.

Der kostspielige Friede.

Nach den vorgestrigen Verhandlungen im englischen Unterhause, die mit Churchills Flottenrede begannen und mit der Annahme neuer Rüstungsforderungen endeten, hat sich nun auch das Oberhaus im gleichen Sinne ausgesprochen: Friede und Freundschaft mit Deutschland sei notwendig, aber noch notwendiger seien angesichts der deutschen Rüstungen ebensolche englische Anstrengungen.

Nach dem üblichen Sprachgebrauch leben wir mit England im tiefsten Frieden, die diplomatischen Beziehungen sind „korrekt", ja sogar „freundschaftlich", und die beiderseitigen Staatsmänner versäumen nicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit aller gebotenen Feierlichkeit zu erklären, daß es nirgendwo in der Welt Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und England gebe. Und doch, wodurch unterscheidet sich der herrschende Zustand eigentlich noch vom Krieg? Es werden keine Schüsse gewechselt, in der Nordsee und im Kanal verkehren die Handelsschiffe, ohne daß sie jemand auf Konterbande untersucht, die Land- und Seestreitkräfte sind offiziell nicht mobil gemacht. Aber die Kanonen sind aufeinander gerichtet und hüben wie drüben liegt die Hand am Griff des Schwertes. Unter der immer wiederholten Beteuerung seiner friedlichen Absichten verstärkt man die Rüstungen ins Ungemessene, werden dem deutschen wie dem englischen Volk die drückendsten Lasten auferlegt, wird das Wirtschaftsleben in Aufregung gehalten. Jeder behauptet vom anderen, er trage sich mit Angriffs- und Ueberfallsplänen und warte nur auf einen günstigen Moment, um seine Absicht auszuführen. Kritiklose Chauvinisten und Radaupatrioten veranstalten wüste Hetzen, und irgendein an sich vielleicht geringfügiger Anlaß kann den Funken ins Pulverfaß werfen. Der Säbel fliegt aus der Scheide und die Schiffsgeschütze speien Feuer und Stahl. Das ist der Zustand, den man den bewaffneten Frieden nennt, und der doch nichts anderes ist als ein Krieg, in dem die Streitkräfte noch nicht nahe genug aneinander gekommen sind, um sich Verluste an Menschenleben zufügen zu können, ein Friede, der immer kostspieliger zu werden droht, je länger er dauert, und der, wie der englische Minister Balfour vorgestern gestand, heutzutage mehr kostet als früher ganze Kriege.

Churchill hat rund heraus zugegeben, daß die Ergänzungsfordern die Antwort auf die neuen deutschen Rüstungspläne sind. Die britische Regierung will vorläufig darauf verzichten, die Verstärkungen vorzunehmen, die eifrige Dränger von ihr verlangt haben. Aber sie will das Versäumte nachholen und begründet die Notwendigkeit des beschleunigten Tempos mit dem deutschen Flottengesetz und mit der Stimmung, in der es angenommen worden ist. England entblößt das Mittelmeer, um die Nordseestation zu verstärken. Im nächsten Jahr wird es die Lücken im Süden Europas wieder füllen müssen und möglicherweise auf eine weitere Befestigung seiner Position in der Nordsee bedacht sein, denn das neue deutsche Flottengesetz hat die Schlachtbereitschaft der deutschen Marine gewaltig erhöht.

Churchill charakterisiert das Gesetz durchaus zutreffend, und vielleicht wird durch diese Rede auch manchem in Deutschland seine wirkliche Bedeutung klar. Die Offiziösen und die bewilligungsfreundlichen Parteien haben sich immer darauf berufen, daß doch nur verhältnismäßig wenig Neubauten angefordert würden, aber sie reden nicht von der großen Verstärkung der aktiven Schlachtflotte, die durch Verzicht auf die Materialreserve und eine anderweitige Organisation der Reserveschlachtflotte erzielt wurde. Gewiß, den deutschen Steuerzahler interessierte es in erster Linie, wieviel Dreadnoughts über die bisher vorgesehene Zahl hinaus auf Stapel gelegt werden sollten, aber dem Engländer ist es gleichgültig, woher die Schlachtschiffe kommen, die die deutsche Front verstärken. Er rechnet nicht mit dem vorhandenen Material, sondern mit der Indienststhaltung. Er sieht, wie mit einem Schlage Deutschlands Seestärke beträchtlich vergrößert wird, und er zieht daraus seine Schlußfolgerungen. Und daß seine Auffassung nicht falsch ist, beweisen ja die neueren Auslassungen unserer Flottenschwärmer. Im jüngst erschienenen Nauticus wird gerühmt, wie der militärische Effekt des Gesetzes bei relativ geringen Kosten sehr groß sei, und die Verbesserung der Bereitschaft unserer Seestreitkräfte wird als sehr beträchtlich bezeichnet. In der Tat: die Vermehrung der aktiven Schlachtflotte um acht Linienschiffe, vier große und sechs kleine Kreuzer verdient diese Anerkennung, und niemand darf sich wundern, wenn auf der andern Seite der Nordsee, wo man beobachtet, wie die Nation mit dem stärkeren Landheer seit 14 Jahren in kurzen Zwischenräumen immer und immer wieder neue Verstärkungen ihrer Seerüstungen vornimmt, die Vermutung zur Gewißheit wird, daß Deutschland zielbewußt auf den Krieg hinarbeite.

Auch von der Einmütigkeit, mit der die bürgerlichen Parteien der letzten Novelle zugestimmt haben, wurde im englischen Parlament gesprochen, und wieder einmal ist die Verantwortung klar geworden, die die Liberalen auf sich nehmen, Sie, deren Lippen von Friedensbestrebungen überfließen, haben durch ihren „patriotischen" Verzicht auf eine ernsthafte Kritik der Regierungsvorlagen den Eindruck verschärft, daß es im deutschen Volke eine Mehrheit für den Krieg mit England gebe. Die Narren bilden sich ein, sie könnten die üble Wirkung ihrer Dreadnoughtpolitik durch Toaste und Leitartikel wieder auslöschen. Ihre Haltung ist lächerlicher als die der alldeutschen Gesellschaft, die in vollem Bewußtsein und mit voller Absicht auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit England lossteuert. So werden auch als Echo der neuesten Unterhaus- und Oberhaus-Verhandlungen wehleidige, erschrockene Friedensdeklamationen in den liberalen Blättern und rüstungskollerige Flottentreibereien in der Panzerplattenpresse hörbar werden. Schon leitet der Reichsbote die neue Aktion gegen England mit folgenden Worten ein:

„Aus den hochbedeutsamen Reden der englischen Staatsmänner erhellt wieder, mit welch ängstlicher Spannung England das Erstarken unserer Flotte verfolgt, aber auch wie „bitter not" uns eine starke Flotte ist. Denn trotz der unausgesetzten Versicherung ihrer friedfertigen Gesinnung kann die englische Regierung nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie mit allen Mitteln zu einem Entscheidungskampf gegen Englands gefährlichsten wirtschaftlichen Rivalen, Deutschland, rüstet. In diesem Sinne ist auch außerordentlich charakteristisch die hohe Bedeutung, die sie der österreichischen Flotte beimißt. Denn trotz der „Entente" mit Frankreich ist England durch die österreichischen Seestreitkräfte gezwungen, stets ein starkes Mittelmeergeschwader bereitzuhalten. Deutschland und Oesterreich werden daher nach wie vor scharf auf der Wacht sein müssen, zumal, wie Asquith selbst andeutet, Italien für den Dreibund in einem eventuellen Konflikt mit England-Frankreich als Bundesgenosse nicht mehr in Betracht kommt."

Also, das Wettrüsten, das selbst die Regierungen in hilfloser Angst zur furchtbarsten Völkergroteske ausarten sehen, kann weitergehen . . .! Bevor am Montag der englische Marineminister das Wort ergriff, verlangte der Sozialist O'Grady statt der Bewilligung immer neuer Millionen für Schiffe eine Aussprache über das Elend im Londoner Ostend, wo 400 000 Menschen hungern, weil die Halsstarrigkeit der Hafenbehörde die Beendigung des Dockarbeiterstreikes verhindert. Natürlich gingen die englischen Patrioten über diese Anregung ebenso hinweg, wie es die deutschen tun würden, wenn wir sie in ihrer Begeisterung für neue Kriegsfahrzeuge durch den Hinweis auf die Not der unter der Teuerung leidenden Proletarier störten. In London hungern Tausende von Familien, in Berlin sterben Kriegsveteranen an Entkräftung. Was tut's? Die Staaten haben kein Geld, um dem Jammer und dem Elend der Aermsten zu begegnen. Sie müssen Schiffe bauen, um den Frieden zu beschützen, und in Wahrheit gibt's gar keinen Frieden mehr zu verteidigen. Wir leben im Kriege und dieser Krieg fordert seine Opfer, auch wenn sie vorläufig nicht von den Kugeln des Feindes fallen.

• • •

Rüstungseifer im Oberhaus.

London, 23. Juli. Earl of Selborne lenkte die Aufmerksamkeit des Oberhauses auf die Regierungserklärungen über die Mittelmeerpolitik. Der Schlüssel zur ganzen Situation sei die Tatsache, daß Deutschland beinahe sofort in der Nordsee eine Flotte haben werde, die für einen sofortigen Krieg bereit sei, in einer Weise, wie es keine andere Flotte bisher gewesen sei. Sie mache die Formalität einer Kriegserklärung zu einer reinen Höflichkeit, weil mit einer Flotte von einer solchen Bereitschaft gleichzeitig mit der Kriegserklärung ein Schlag ausgeführt werden könne. Außerdem werde es in nächster Zukunft eine Flotte von Schlachtschiffen im Mittelmeer geben, die den Verbündeten Deutschlands gehöre. Earl of Selborne schloß mit der Erklärung, daß, abgesehen von Churchills Programm, England ein vollständig neues Geschwader von acht Schlachtschiffen brauche. Zu dieser Forderung Selbornes, acht neue Dreadnoughts zu bauen, erklärte Earl of Crewe: wir sind berechtigt zu fragen, wo macht diese Forderung absoluten Uebergewichts Halt? Die Kritik, die wir gehört haben, geht im allgemeinen dahin, alle Länder als mögliche Feinde und keines als möglichen Freund zu betrachten. Wenn man die Zahlen in diesem Sinne nimmt, kann man die denkbar blutrünstigsten Kombinationen herstellen. Von einer Kombination Italiens mit Oesterreich ist gesprochen worden, als wenn sie eine Möglichkeit wäre, gegen die Vorkehrungen getroffen werden müßten. Es gibt nicht zwei andere Länder in Europa, zu denen wir herzlichere Beziehungen der Sympathie gepflogen haben und noch pflegen als diese. Und doch muß man, um diesen besonderen Fall zu konstruieren, annehmen, daß Italien und Oesterreich gegen uns verbündet sind und daß zu derselben Zeit die Gefahr eines Krieges mit Deutschland besteht, während die übrig bleibende Großmacht im Mittelmeer, nämlich Frankreich, entweder ganz und gar unbeteiligt oder möglicherweise feindlich gegen uns ist. Wenn man die Zahlen in dieser Weise betrachtet, kann man fast alles beweisen.

Lord Haldane erklärte, er wolle nicht behaupten, daß die Flottenmacht, die im Mittelmeer stationiert werden solle, für Entwicklungen ausreiche, die sich wahrscheinlich in Zukunft ereignen würden. Zwei große Mittelmeermächte, die zum Dreibund gehörten, seien dabei, ihre Flotten zu vermehren, und hätten Dreadnoughtsprogramme, die der Vollendung entgegenreisten. Er sei weit davon entfernt, zu behaupten, daß die bloße Tatsache, daß diese beiden Mächte zum Dreibund gehörten, bedeute, daß England darauf rechnen müsse, daß sie sich an jedem denkbaren Angriff beteiligen würden. Ich habe in keiner Weise Kenntnis davon, daß der Dreibund auf einer aggressiven Basis gegründet worden ist. Wir stehen im Gegenteil in sehr freundlichen Beziehungen zu diesen drei Ländern. Soweit die Herrschaft zur See unter normalen Umständen in Betracht kommt, haben wir eine sehr starke Flotte an unserer Küste. Ich glaube, daß England hinsichtlich seiner Marine einer Situation gegenübersteht, wie sie entscheidender seit langer Zeit nicht vorgekommen ist. Wir haben in der freundlichsten Form der einzigen Macht, die unser Rivale ist, unsere Ansicht dargelegt, daß wir, falls sie Anstrengungen mache, desto größere machen würden, und zwar nicht mit der Absicht eines Angriffs, sondern weil die Macht zur See unser Leben ist.

Darauf wurde die Debatte geschlossen.

Der Luftkrieg und die Friedensfreunde.

K. R. Seit einigen Monaten findet in der pazifizierten Presse eine Debatte über die Verhinderung des Gebrauchs der Luftschiffe zum Herunterschleudern von Sprengstoffen während eines Krieges statt. Wie zweifelhaft es auch noch ist, ob bei der Geschwindigkeit, mit der sich die Luftschiffe aller Systeme bewegen müssen, ob bei der Höhe, von der aus sie den Feind ins Auge fassen, ein regelrechtes Zielen möglich wäre, die Militärfachmänner rechnen mit der Möglichkeit eines Luftkrieges und die Regierungen richten sich schon auf ihn ein. So schreibt General v. Bernhardi: „Es liegen auf diesem Gebiete naturgemäß noch keinerlei Erfahrungen oder auch nur erhebliche Versuche vor. Doch darf man diese Seite der Frage nicht unterschätzen, da es zu heftigen Kämpfen in der Luft wohl zweifellos kommen wird und die Partei, die in diesen Kämpfen Sieger bleibt, sich für ihre Operationen in sehr bedeutendem Vorteil gegenüber dem unterlegenen Gegner befinden wird. Wer das Luftmeer beherrscht, wird die großen Heeresbewegungen des Feindes überwachen können und unter Umständen den Gegner veranlassen, bei Nacht zu marschieren, um sich der Ueberwachung einigermaßen zu entziehen. Endlich muß auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, die Luftschiffe derart auszugestalten, daß sie erhebliche Lasten zu tragen imstande und dadurch in der Lage sind, vom Feinde besetzte Ortschaften oder größere Truppenansammlungen von oben her mit Sprenggeschossen zu überschütten." (Vom heutigen Kriege, Bd. 1, 185.)

Der Verfasser dieser Worte ist ein in seinen Fachurteilen sehr vorsichtiger Militär und man kann getrost diese seine Ausführungen als die des Durchschnitts der Militärs halten. Wie gesagt, ziehen die Regierungen aus dieser Bewertung der Entwicklungsmöglichkeiten den praktischen Schluß: Frankreichs Luftbudget beträgt schon 20 Millionen Mark und Deutschland will nicht zurückbleiben. Gegen die schönen Aussichten des Wettrüstens in der Luft und des Luftkrieges wandten sich in der Märznummer des Arbitrator, des Organs der englischen Friedensfreunde, zweihundert Engländer mit einem heißen Protest. Sie wiesen auf die Vergrößerung der schon so großen Kriegsgreuel und forderten ein internationales Abkommen, das die Anwendung des Luftschiffes zu anderen als Kundschafterdiensten verbieten soll. Ihnen schloß sich die gute Friedenstante Berta v. Suttner in einer besonderen Broschüre gegen die Barbarisierung der Luft an. Aber sie fanden bei der einflußreichen Presse keine Gegenliebe. Die deutsche wie die französische imperialistische Presse fühlt den Engländern auf den hohlen Zahn und erklärt ihre Haltung durch die Furcht des englischen Imperialismus, die Luftschiffahrt könnte Englands privilegierte Lage als einer Insel abhelfen. Denn wenn die Luftschiffe durch die Lüfte herbeisausen, dann existiert der Kanal nicht mehr.

„Daß eine deutsche Luftflotte, wenn auch vielleicht nicht die englischen Dreadnoughts, so doch vermutlich ohne besondere Mühen die englischen Docks und Werften zerstören und damit der britischen Flotte unter Umständen einen schwereren Schlag versetzen könnte als ein ganzes Geschwader weiterer deutscher Schiffe — diese Möglichkeit macht den Engländern so viel Kummer und läßt auf einmal wieder die bekannte britische Humanität lebendig werden" — schrieb die Deutsche Tageszeitung. „Deutschland aber würde nicht nur töricht handeln, sondern geradezu einen Verrat an sich selbst begehen, wenn es auf solche Möglichkeiten irgendwie verzichten wollte. Das deutsche Volk hat seine Friedensliebe immer und immer wieder bewiesen; und wenn es zum Kampfe gezwungen war, dann war es ebenso menschlich wie tapfer. Das aber sollen unsere Gegner, die uns nicht die freie Bewegung in der Welt gönnen wollen, wissen: wenn sie Deutschland zu einem neuen Kampfe zwingen, dann spielen sie um ihre eigene Existenz; denn dann kämpfen wir bis aufs Messer mit allen Mitteln, die uns möglich sind; namentlich aber selbstverständlich mit solchen Mitteln, in denen wir eine Ueberlegenheit besitzen!"

Und die französische Presse sieht in der Luftschiffahrt den Weg, auf dem die Macht der französischen Armee Deutschland gegenüber gestärkt werden kann. Denn erstens hat Frankreich schon jetzt einen Vorzug vor Deutschland in dieser neuen Waffe, zweitens glauben die französischen Chauvinisten, daß sie im Elan, der zum Gebrauch dieser Waffe nötig ist, den Deutschen über sind.

Noch charakteristischer als diese Haltung der Nationalisten ist die der bürgerlichen Friedensbewegung. Zur Forderung des Verbots der Ausdehnung des Krieges auf die Lüfte haben sich nur einige Philanthropen aufgeschwungen. Aber die parlamentarisch tätigen Pazifisten wollen davon nichts wissen. Im September soll in Genf die internationale interparlamentarische Union tagen. Auf ihrer Tagesordnung steht die Regelung des Luftkrieges und in der Deutschen Luftfahrtzeitschrift sind

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120724/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

schon die Fragen aufgestellt, um die die Herrschaften herumreden sollen. Sie lauten: 1. Ist ein völliges Verbot der Anwendung der schon bekannten oder noch zu erfindenden Luftfahrzeuge im Kriege auf dem Wege eines internationalen Vertrages möglich? 2. Muß man, wenn man den Gebrauch der Luftfahrzeuge an sich zuläßt, nicht ihre Verwendung ausschließlich den staatlichen Organen vorbehalten und die Luftkaperei im Kriege ebenso verbieten wie die Kaperei zur See? 3. Soll man, wenn man den Gebrauch der Luftfahrzeuge als direktes Kampfmittel verbietet, ihre Verwendung zu Aufklärungs- und ähnlichen Diensten gestatten? 4. Welches sind die auf das Budget der Staaten bezüglichen Folgen einer Anwendung der Luftfahrzeuge sowohl als Kampf- wie als Aufklärungsmittel?

Wie die Antwort ausfallen wird, ergibt sich schon aus den Besprechungen, die ein im Haag erschienenes, zur Vorbereitung der Tagung dieser Gesellschaft dienendes Büchlein eines Barons v. Holstein (Die Regelung des Luftkrieges, in französischer Sprache) in der Presse gefunden hat, die der interparlamentarischen Union nahe steht. Der Verfasser erklärt, das Verbot des Luftkrieges sei unmöglich, da sich die Regierungen schon auf ihn einrichten. Herr Eickhoff, einer der deutschen Macher der interparlamentarischen Union, antwortet darauf, das Verbot des Luftkrieges stehe überhaupt außerhalb der Debatte. „Wer die Fragen, die der Berichterstatter für diesen Gegenstand, Herr Staatsminister Beernaert, der Konferenz stellt, aufmerksam liest, wird sofort erkennen, daß es sich um das strikte Verbot des Luftkampfes dabei gar nicht handeln kann, mögen auch angesehene Männer in England dafür eintreten, sondern lediglich um die Humanisierung des Krieges, die seit Jahren das Ziel internationaler Bestrebungen ist."

Also die Humanisierung der Barbarei, das ist das Ziel, das den bürgerlichen Friedensfreunden leuchtet. Bis aber ein Mittel erfunden wird, wie man Sprenggeschosse aus den Lüften auf Menschenmassen in humaner Weise herunterschleudern kann, werden die Mitglieder der interparlamentarischen Union ruhig für die Ausgaben des Luftmilitarismus stimmen, wie sie es heuer in Deutschland schon getan haben. Der einzig zuverlässige Gegner aller Kriegsgreuel bleibt nur der Volksteil, der der zuverlässigste Gegner des Krieges überhaupt ist: das sozialistische Proletariat.

Deutsches Reich.

Politik und Geschäft.

Der erste Vizepräsident des Reichstags, Herr Paasche, hat kürzlich im Berliner Tageblatt einen Artikel über die ungarische Postsparkasse veröffentlicht. Deswegen wird er in der Ostdeutschen Presse von einem offenbar altnationalliberalen Artikelschreiber heftig angefahren, denn Herr Paasche ist nationalliberal, und das Berliner Tageblatt ist auf die Nationalliberalen, besonders auf ihren rechten Flügel, nicht immer gut zu sprechen. Der altliberale Gegner des Herrn Paasche beschränkt sich aber nicht darauf, den Fall unter dem Gesichtspunkt der Parteidisziplin zu betrachten, sondern er richtet gegen den Vizepräsidenten auch andere viel bösartigere Angriffe, indem er ausführt:

> Müssen also weite Kreise der nationalliberalen Partei durch die jetzige Veröffentlichung des Abg. Dr. Paasche sich aufs äußerste befremdet fühlen, so hat die Nationalbank für Deutschland einigen Grund, mit dieser Veröffentlichung zufrieden zu sein. Denn Geheimrat Paasche schreibt darin von den Travellerschecks der ungarischen Postsparkasse: „Auch für Ueberweisungen nach Deutschland könnten diese Travellerschecks Bedeutung erlangen, da die ungarische Sparkasse durch ihre Vertreterin, die Nationalbank für Deutschland, schnell und sicher den Betrag der gelösten ungarischen Schecks innerhalb des Reichsgebietes überweisen kann." Eine derartige Empfehlung der Nationalbank für Deutschland liegt dem Abgeordneten Dr. Paasche als Mitglied des Aufsichtsrats der Nationalbank für Deutschland nahe, denn ... Deshalb aber werden Artikel, die eine solche Empfehlung enthalten, vom Abg. Dr. Paasche als Vizepräsidenten des Reichstags unter ausdrücklicher Hervorhebung dieser Eigenschaft gezeichnet?

Daß Herr Paasche ein außerordentlich geschäftiger Herr ist, und daß seine nicht ohne Mühe errungene öffentliche Stellung ihm bei seinen vielgestaltigen Geschäften nicht eben zum Nachteil gereicht, weiß man nicht erst seit heute. Auch die Beschuldigungen, wie sie in der Ostdeutschen Presse erhoben sind, nicht neu. Hat doch selbst Freiherr von Heyl von der Aufsichtsratsdeckel gesprochen, die in der nationalliberalen Reichstagsfraktion getrieben werde, und gegen eine Berliner Größe des Nationalliberalismus, Herrn Leidig, erhob unlängst die National-Zeitung den Vorwurf, er vertrete in der Parteileitung nur die Interessen des Zentralverbandes deutscher Industrieller, dessen Angestellter er sei. Fraglich ist nur, ob gerade ein „Altnationalliberaler" legitimiert erscheint, solche Mißstände zur Sprache zu bringen. Denn die Verbindung von Geschäft und Politik ist doch altnationalliberale Tradition.

Schutz der Ehre.

Sozialdemokraten als Kläger in Ehrenbeleidigungsprozessen [illegible] seltene Erscheinungen. Das liegt nicht daran, daß sich die Gegner der Sozialdemokratie im politischen Kampfe besonders feiner Manieren befleißigen. Tagtäglich werden vielmehr bekannte Sozialdemokraten in der gegnerischen Presse verleumdet und beschimpft, aber nur in den seltensten Fällen nehmen die Beleidigten die Gelegenheit wahr, den Beleidiger vor den Richter zu zitieren. In dem Bewußtsein, daß durch leere Redensarten oder offenbar [illegible] Behauptungen ihrer Ehre nicht nahegetreten werden kann, begnügen sie sich mit der Methode des Niedrigerhängens, und niemand wird behaupten können, daß das verächtliche Treiben der so Handelnden dadurch Schaden gelitten hätte.

Indes gibt es Fälle, in denen auch Sozialdemokraten den Spieß umdrehen und den gebührenden Platz auf der Anklagebank mit dem des Klägers vertauschen müssen. Ein solcher Fall beschäftigte am letzten Montag das Berliner Landgericht III. Drei Gemeindevertreter von Weißmannsdorf [illegible] waren auf die Anregung ihres lokalen Grundbesitzervereins [illegible], weil sie bei der Erweiterung einer am Ort bestehenden Entgegnung [illegible] befürwortet hatten. Einer der Grundbesitzer, ein Schuhmachermeister, erhob gegen sie in unverschämter Weise den Vorwurf [illegible]. Um die völlige Grundlosigkeit dieser Beschuldigungen zu erweisen, erhoben die drei Gemeindevertreter Klage. Als Verteidiger [illegible] sprach das Schöffengericht den Angeklagten frei, nicht etwa weil es ihm gelungen wäre, auch nur den Schatten eines Beweises für seine Behauptung zu erbringen, sondern weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt haben sollte. Jetzt hat das Landgericht dieses unhaltbare Urteil aufgehoben und den Beklagten zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. In der Begründung des Urteils hob der Vorsitzende nochmals hervor, daß die Behauptung des Angeklagten [illegible] sei und erklärte, die Strafe wäre viel höher ausgefallen, wenn die Beleidigten nicht selbst erklärt hätten, daß ihnen an einer hohen Strafe nichts liege.

Das vernünftige und ehrenhafte Verhalten der Beleidigten verdient volle Anerkennung, es sticht in vorteilhafter Weise von den Gepflogenheiten ab, die öffentliche Ankläger oder bürgerliche Gegner, die sich in ihrer Ehre verletzt glauben, gegenüber sozialdemokratischer Angeklagten gar oft betätigen. Ihnen kam es nur darauf an, unwahre Behauptungen als unwahr zu erweisen, und so haben sie ihre vollkommene Ehre gewahrt, ohne eine Rachsucht zu befriedigen, die ihren Empfindungen fremd ist. Wäre ihre Ehre vielleicht besser geschützt gewesen, wenn ihr Gegner zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden wäre?

Der Fall zeigt aufs deutlichste, wie unsinnig das Geschrei derer ist, die durch schärfere Strafbestimmungen einen angeblich besseren „Schutz der Ehre" erzielen wollen. Wem es nicht darauf ankommt, durch einschüchternde Drohungen die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, der wird die Strafbestimmungen des geltenden Gesetzes mehr als ausreichend finden. Nach dem Gesetz hätte der Beleidiger der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt werden können!! In Wirklichkeit ist er durch die Fürsprache seiner Gegner mit 100 M. davongekommen — und wäre er auch nur zu 10 oder 5 M. Geldstrafe verurteilt worden, die Beleidigten wären darum doch nicht als weniger untadelige Ehrenmänner aus der Verhandlung hervorgegangen!

Die teutsche Frau gegen das Gorillaweibchen.

Eine teutsche Frau, Toni v. Rathusius, hat es für notwendig gehalten, in der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung den Konkurrenzkampf gegen das Gorillaweibchen zu eröffnen. Pardon, gegen das „halbe Gorillaweibchen", die schwarze Weiblichkeit. Mit der flammenden sittlichen Entrüstung einer rassestolzen, teutschen Frau schreibt sie:

> „Gibt es Leute, die den Mut haben, eine deutsche Frau derartig herabzusetzen, indem sie ihr diese schwarzen Weiber als vor dem Gesetz gleichberechtigt zu gesellen wagen? Eine solche Entschließung, wie der Reichstag sie annahm, bedeutet sämtlichen weißen Frauen hier einen Schlag ins Gesicht. Wir leben in Kampf und Wirklichkeit hier draußen, und ein halbes Gorillaweibchen — viel höher steht die größere Hälfte der schwarzen Weiber hier nicht — wird nicht zu der dem weißen Manne nötigen Gehilfin und Gefährtin dadurch gemacht, daß sie das Recht des Gesetzes und den Segen der Kirche erhält. — Wer mit dem Einwand kommt, die schwarzen Schwestern und Brüder könnten erzogen und auf eine höhere Stufe gebracht werden, solchen Humanitätsphantasien sollte man empfehlen, sich erst selbst einmal zu diesem Kulturdünger herzuwachen. Wir deutschen Frauen müssen eine Mischehe boykottieren, und tun wir das stets alle ausschließlich und unbedingt, so wird sie trotz Recht und Gesetz nur Ausnahme bleiben."

Wenn Frau Toni v. Rathusius trotz des seit Jahren so lebhaft betriebenen Imports weißer Heiratskandidatinnen eine solche Philippika gegen die Gorilla-Weibchen loszulassen für nötig hält, muß deren Konkurrenz doch recht unbequem sein!

Forderungen der Berufsfeuerwehrmänner an die Reichsregierung.

Die im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Berufsfeuerwehrmänner haben durch ihre Organisation der Reichsregierung eine Eingabe unterbreitet, in der sie um gesetzliche Bestimmungen über die Dauer des Wachtdienstes und eine Wertung der Dienstzeit bei Pensionierung ersuchen. Diese nur zu berechtigte Forderung ließe sich vom Reichstage deshalb leicht in die Tat umsetzen, als zurzeit das Dienst-Unfall-Fürsorgegesetz der Beratung unterliegt, wonach den bei Rettung von Personen und Inventar aus Feuers- oder Wassersgefahr Schaden Erleidenden eine besondere Fürsorge zugestanden werden soll. Eine Angliederung solcher Personen an die Reichsversicherung war, nach den Erklärungen des Staatssekretärs, bei Beratung dieser Materie im Reichstage nicht durchführbar, weshalb dieses Gesetz in Aussicht gestellt wurde.

Die bei den Berufsfeuerwehren beschäftigten Personen bilden heute eine Sonderklasse der Erwerbstätigen. Während sie nur in einzelnen Städten als Beamte gelten, stehen sie in den weitaus meisten Fällen im Privatdienstvertrag und dabei außerhalb der sonst für Berufsarbeiter gültigen Gesetze. Dieser Mangel des gesetzlichen Schutzes hat nun den Anlaß geboten, bei vorliegender Gesetzesmaterie die Forderung des 24stündigen Wachtdienstes mit darauf folgender 24stündiger Pause zu erheben. In dieser Pause soll nur höchstens 5stündiger Sicherheitswachtdienst zulässig sein. Jeder 4. Tag hat außerdem als vollständig dienstfrei zu gelten. Ausnahmen sollen nur in dringenden Fällen zulässig sein.

Bezüglich der Wertung der Dienstzeit verlangen die Petenten, daß ihnen bei Pensionierung die Dienstzeit mit $1\frac{1}{2}$facher Dauer in Anrechnung gebracht wird. Diese Forderung ist im Hinblick auf die frühe Dienstunbrauchbarkeit der Feuerwehrmänner (die Pensionierung muß nach vorliegenden Statistiken durchschnittlich nach $18\frac{1}{2}$ Dienstjahren bereits erfolgen) eine nur zu berechtigte. Der Reichstag kann sich, unseres Erachtens, bei der Beratung des Dienst-Unfall-Fürsorgegesetzes im Interesse der Berufsfeuerwehrmänner und des dringend notwendigen gesetzlichen Schutzes dieser für das Allgemeinwohl tätigen Personen der Notwendigkeit der beregten Fragen nicht entziehen.

Kardinal und Gesandter.

In der Presse liest man:

> Nach dreitägigem Besuche beim Kardinal Kopp hat der preußische Gesandte beim Vatikan, Herr v. Mühlberg, heute vormittag die Sommerresidenz des Kirchenfürsten, Schloß Johannesberg bei Jauernig, wieder verlassen.

Was mag Herr v. Mühlberg in Schloß Johannesberg getan haben? Wir haben keine Absicht nur die, sich davon zu überzeugen, daß die biblische Warnung vor dem Sammeln von Schätzen, die die Motten und der Rost fressen, von den Kirchenfürsten noch immer für veraltet und ungültig angesehen wird? Oder sollten sich die beiden Herren am Ende darüber unterhalten haben, welche Meinung der unfehlbare Papst über die Formen der Arbeiterorganisation in Deutschland haben muß?

Wie diese Entscheidung gefällt ist, verhält sich übrigens Pius X. in der Form etwas vorsichtiger. Auf ein Telegramm des Kongresses katholischer kaufmännischer Angestellter zu Koblenz sandte Merry del Val folgendes Antworttelegramm:

> Der Heilige Vater hat die wohlwollenden Ergebungen der Ergebenheit, die ihm von den zu Koblenz versammelten Vertretern der katholischen Kaufleute Deutschlands dargebracht worden sind, entgegengenommen. Er segnet sie von Herzen und wünscht, daß alles in Liebe und gemäß den Weisungen des apostolischen Stuhles behandelt werde.

In der Sache bleibt es dabei: Es müssen auch die wirtschaftlichen Probleme — man denkt in Koblenz über Lohnfragen der Angestellten usw. — nach den Weisungen des Heiligen Stuhles behandelt werden.

Julius und Mathias.

Die Schmutzkübelschlacht zwischen den Oppersdorffschen und den Bachemiten geht weiter. Nachdem man den „Julius" der „Klarheit und Wahrheit" als neuen Leo Taxil verdächtigt und als Karl Schnitzler, vormaligen Schützling Hardens und Mitarbeiter an seiner Zukunft, festgestellt hat, versichert dieser Julius zunächst ehrenwörtlich und ohne jede reservatio (Vorbehalt), daß er niemals zu einer Loge, weder direkt noch indirekt, Beziehungen gehabt, und mit keinem, der ihm als Freimaurer bekannt war, jemals ein Wort über den Katholizismus gewechselt habe. Er sei auch kein Atheist. Was aber Erzberger sonst noch „aus dem Souterrain" hole, möge, bis andere Wäsche gewaschen werde, auf sich beruhen. Von dem großen Mathias, nach dem jetzt ein schwäbischer Fabrikant seine hochfeinen Eiernudeln benennt, stellt Julius dann weiter fest:

> Herr Erzberger opfert der Sorge um seine Personalmacht jedes Bedenken und ist stets entschlossen zu sein der immerwährende Troubadour nicht immerwährender Majoritäten.

Auch Graf Oppersdorff selbst ergreift das Wort und sagt weniger klar als grob:

> Jedermann konnte leicht über das Verhältnis unterrichtet sein, in dem Herr Karl Schnitzler zu mir und zu „Wahrheit und Klarheit" steht. Jeder muß es kennen, der hierüber öffentlich schreiben und urteilen wollte. Hier gilt die Alternative: Den simplen Ignoranten das wohlverdiente Gelächter, dem Fälscher aber der Pranger. Kann man frivoler polemisieren und ehrabschneiden, als es hier geschehen?

Für den Wert der beiden Richtungen beweist dieses Gezänk ja verhältnismäßig wenig, aber es kommen dabei so manche interessante Einzelheiten an die Oeffentlichkeit, die für den Beobachter der klerikalen „Kulturbewegung" von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

Schwarzblauer Block in Württemberg. Dem Beispiel der liberalen Parteien Württembergs sind nunmehr auch die dortigen Zentrümler und Konservativen gefolgt; sie haben für die bevorstehenden Landtagswahlen gleichfalls ein Abkommen getroffen. Das Zentrum wird Konservative und Agrarier in einigen Kreisen schon im ersten Wahlgang, unter Verzicht auf eigene Kandidaturen, unterstützen. Das Zentrum rechnet mit 21 absolut sicheren Mandaten.

Die nächsten preußischen Landtagswahlen. Der Post wird gemeldet: Die Legislaturperiode läuft am 16. Juni 1913 ab. Soweit bisher bekannt, ist eine Auflösung des Landtags vor diesem Termin nicht beabsichtigt, schon mit Rücksicht auf das Regierungsjubiläum des Kaisers. Die Neuwahlen werden demgemäß, da die Reisemonate dafür nicht günstig sind, kaum vor Oktober 1913 zu erwarten sein. Die Ansicht, daß der Landtag schon bis Ostern (März) seine Arbeiten beendet haben könnte und die Neuwahlen schon im Mai stattfinden könnten, wird an amtlichen Stellen nicht geteilt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß kurz vor dem Regierungsjubiläum des Königs ein Wahlkampf entfacht werden wird.

Kleine politische Nachrichten. Nach einer Meldung aus Edinburg wurde dort wegen Spionage der Deutsche Armgard Karl Grabes zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. — Ueber die Verwendung von Roosevelts Wahlfonds im Jahre 1904 wurden im Senatskomitee äußerst interessante Mitteilungen gemacht. Senator Scott von Westvirginien erklärte, daß er 30 000 oder 40 000 Dollar zu dem Fonds gegeben habe, und George Perkins, der frühere Teilhaber von J. P. Morgan u. Ko., hat 15 000 Dollar dem Wahlfonds beigesteuert. Beide Beträge wurden in Westvirginien unter die Wähler verteilt. — Wahrscheinlich wird am Donnerstag in Petersburg die entscheidende Konferenz zwischen dem Minister Sasonow und dem Fürsten Katsura stattfinden. Die dortige Polizei ist vor einem von koreanischer Seite ausgehenden Attentat gegen Katsura gewarnt worden. Dies hatte schon zu Absperrungsmaßregeln bei der Ankunft Katsuras geführt. Zurzeit wird das Hotel, in dem Katsura wohnt, durch ein großes Aufgebot von Polizei bewacht. Ein koreanischer Schauspieler wurde als attentatsverdächtig festgenommen.

Ausland.

Türkei.

Ein neuer Großwesir.

Konstantinopel 23. Juli. Unmittelbar vor der Eidesleistung des neuen Kabinetts erklärte der Großwesir Achmed Muktar Pascha seine Aufgabe mit der Bildung des Kabinetts für erfüllt. Gleichzeitig übernahm der Minister des Aeußern, Kiamil Pascha, das Amt des Großwesirs. Bereits um 4 Uhr erfolgte die Vereidigung des neuen Kabinetts unter Kiamil Pascha. Diese für türkische Verhältnisse charakteristische Schiebung dürfte von vornherein beabsichtigt gewesen sein und kennzeichnet den augenblicklich erdrückenden Einfluß Englands am Goldenen Horn.

Konstantinopel, 22. Juli. Heute abend fand inmitten einer großen Versammlung die feierliche Verlesung des Handschreibens und die Investitur des Großwesirs und des Scheich ul Islam statt. Das Schreiben enthält einen Satz, der besagt, der Sultan erwarte, daß das Kabinett die Ursachen untersuchen werde, die die Unzufriedenheit in gewissen Gegenden, namentlich in Albanien, hervorgerufen hätten, und gesetzgeberische Maßregeln treffen werde, die die dem Recht und dem Gesetz widerstreitende Lage ändern und die Ordnung wieder herstellen würden. Eine ungeheure Menschenmenge wartete vor der Pforte und stielte in den Straßen, die der Zug des Großwesirs passieren mußte.

Der Präsident der Deputiertenkammer erklärte in der heutigen Sitzung, die Kammer müßte eigentlich von Said Pascha Erklärungen über die Gründe des Rücktritts des Kabinetts verlangen, aber da das neue Kabinett schon gebildet sei, werde eine Debatte überflüssig. Mehrere Deputierte verlangten, daß Said Pascha darüber spreche, worauf die Kammer beschloß, die Minister des zurückgetretenen Kabinetts zu hören.

Das bankrotte Jungtürkenkomitee.

London, 23. Juli. Nach Konstantinopeler Meldungen fürchtet man dort den Ausbruch einer neuen Revolution. Das Komitee für Einheit und Fortschritt möchte deshalb den Regierungssitz nach Saloniki verlegen, wo es sich stärker fühlt. Der Sultan soll indessen mit der Abdankung gedroht haben, falls dieser Plan ausgeführt werde. Das Komitee soll etwa 20 000 Bootsleute, die ihm ergeben sind, bewaffnet haben, um dem Ausbruch einer Militärrevolte zu begegnen. Die Waffenhandlungen sind fast die einzigsten, die Geschäfte machen.

Zur Lage in Albanien.

Konstantinopel, 23. Juli. Amtliche Meldungen aus Nord- und Südalbanien verzeichnen kein Nachlassen der Erregung. Suleiman Ali, Danisch und Ismail Hakki zögern, die Mission nach Albanien anzunehmen. Die Truppen haben in den Kämpfen mit den Aufständischen bereits viele Tausende an Toten und Verwundeten zu verzeichnen.

Eine Offiziersdelegation aus Albanien ist in Konstantinopel eingetroffen und soll eine wichtige Beratung mit Kiamil Pascha haben. Sie soll die Auflösung der Kammer und die Ernennung Kiamil Paschas zum Großwesir betreiben. Ein Blatt meldet die Ankunft des Führers der Fahnenflüchtigen von Monastir, Tahir Bei, der der Regierung die Forderungen der Fahnenflüchtigen unterbreiten soll.

Berlin. 23. Juli. Für den morgigen Verfassungsgedenktag wird eine große Kundgebung erwartet. Man be-

fürchtet schlimme Ereignisse. Zwei Bataillone treffen zur Verstärkung der bereits in Prischtina stehenden Truppen ein.

Die Arnauten von Kalkandelen sind ebenfalls aufständisch geworden.

Italien.

Ein Aufruf der neuen reformistischen Partei.

ld. Rom, 22. Juli. Der Vorstand der neuen reformistischen Partei, der in Erwartung des Parteitags durch ein provisorisches Komitee gebildet wird, hat ein langes Manifest an die reformistischen Sozialisten Italiens gerichtet. Das Manifest fordert alle Reformisten auf, die alte Partei zu verlassen, um der neuen beizutreten. Zunächst legt der Aufruf alle Verantwortlichkeit für die Spaltung den Revolutionären zur Last, um dann zu erklären, daß die reformistische Auffassung in der alten Partei keine Existenzmöglichkeit mehr habe. Alle Reformisten werden beschworen, sich nicht auf die Rolle der Geduldeten einzulassen, sondern zur Ehre der gemeinsamen Ueberzeugung der neuen Partei beizutreten, die darauf abziele, alle italienischen Sozialisten zu vereinigen, soweit sie Zutrauen zum Reformismus haben. Dieser Reformismus wird dann definiert als „die fortschreitende Anpassung des sozialistischen Denkens an die wechselnden Bedingungen der Umwelt". Bisher hätte sich der Reformismus durch die starren Formen der Vergangenheit einengen lassen müssen: erst heute könne er wirklich er selbst sein. Als eine Partei der Freiheit werde er die Revision und Kritik seiner Lehren dem freien Denken aller überlassen.

„Schon heute aber", fährt das Manifest fort, „erklärt die Partei, der Ausdruck der proletarischen Klasse in ihrem Kampfe für die Befreiung aus dem kapitalistischen Joch zu sein. Damit betont sie ihren proletarischen Charakter und ihren sozialistischen Endzweck, welch unzerstörbare Merkzeichen sie von allen anderen Parteien der Demokratie scheiden. Vom revolutionären Sozialismus trennt sie vor allem die verschiedene Stellungnahme gegenüber dem Staate." Schließlich bezeichnet das Manifest die Wahlreform als eine Errungenschaft der reformistischen Taktik und endet mit den folgenden Worten: „Wir wollen nicht, daß die geduldige Arbeit von Jahren verloren gehe, wir begnügen uns nicht damit, dereinst auf den Ruinen des Revolutionärismus wieder ein neues Gebäude zu errichten, wir haben den edlen Stolz, ein eigenes Gebäude zu bauen, zum körperlichen und seelischen Heil der Arbeiter, die wir befreien wollen."

Im Grunde richtet sich dieser Aufruf ausschließlich an die Volksreformisten, die er bewegen will, die alte Partei zu verlassen. Das Programm der neuen Partei läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig: sie hat es auf die Eroberung der Regierung abgesehen und auf fortschreitende Anpassung an das politische Milieu des Bürgertum. Das sieht freilich anders aus als das herbe und entsagungsreiche Programm unserer Partei, die nicht daran denkt, Regierungspartei zu werden, und deren bewußtes Streben darauf gerichtet ist, dem Anspannung heischenden Milieu das höchste Maß an Widerstand entgegenzustellen. Im Interesse des italienischen Sozialismus kann man wünschen, daß möglichst viele von denen, die sich unter falschen Voraussetzungen in unsere Partei verirrt haben, dem Sirenenruf der neuen Partei Folge leisten mögen.

Marokko.

Ungünstige Meldungen.

Paris, 23. Juli. Die aus Marokko einlaufenden Meldungen lauten nach wie vor höchst ungünstig. Namentlich im Süden des Landes macht sich eine lebhafte Bewegung gegen die bestehenden Verhältnisse bemerkbar. Es heißt, in Agadir sei ein marokkanischer Dampfer beschossen worden. Ein französisches Kriegsschiff wurde sofort abgesandt, um sich an Ort und Stelle von der Tatsache zu überzeugen. Gegen verschiedene Kasbahs der aufrührerischen marokkanischen Stämme soll eine lebhafte Kanonade eröffnet worden sein. Ferner wird mitgeteilt, daß es den Franzosen gelungen ist, El Glaui und Mi Lugi zu versöhnen. Beide sollen beschlossen haben, den Thronprätendenten zu verhindern, weiter vorzudringen. Die Räumung der Stadt Marrakesch durch Europäer scheint infolgedessen weniger dringend zu sein.

Fez, 23. Juli. In der Nähe des Lagers der Abteilung Marchand kam es zwischen drei senegalischen Bataillonen, einem Bataillon afrikanischer Truppen und aufständischen Zatoms zu einem ernsten Zusammenstoß.

Die verlorene Jugendschlacht.

ssz. Es ist schon längst kein Geheimnis mehr, daß in dem großen Lärm, mit dem die Truppen der sich national nennenden Jugendbewegung ins Feld geführt werden, ein beträchtliches Stück Angst ob des zweifellosen Mißerfolges verborgen liegt. Und diese Angst ist immer noch der bessere Teil des geräuschvollen Wirtschaftens, weil aus ihr doch so etwas wie ehrliche Erkenntnis hervorschimmert. Ob der taktischen Harmlosigkeit etlicher patriotischer Jugendleiter muß man aber staunen, wenn man beachtet, wie unter der Obhut eines leibhaftigen Generalfeldmarschalls sich ein „Jungdeutschland-bund" müht, ohne anscheinend auch nur darüber nachzudenken, daß die feldmarschmäßig ausgerüsteten höheren Schüler und Schülerinnen bei ihren Manöverzügen mit der aus angeblicher Gefahr zu rettenden proletarischen Jugend gar nicht in Berührung kommen und solche Berührung, nebenbei bemerkt, als eine höchst unliebsame Beeinträchtigung ihrer gesellschaftlichen Würde vermerken würden.

Da ist denn doch jener Minister ein anderer Kerl, der im Abgeordnetenhause offen den Kampf gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung proklamierte und das Verlangen der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß von der aus den Groschen aller Steuerzahler bewilligten Million auch die Organisationen der Arbeiterjugend ihren Anteil erhalten, sozusagen als hochverräterische Forderung zurückweist.

Aber wird denn dieser neue Vernichtungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie die erhofften Siegeslorbeeren bringen? Die Frage stellen heißt sie schon verneinen. Man braucht nur daran zu denken, daß doch auch bisher schon Volksschule wie Fortbildungsschule ihre Objekte bis zum Bersten mit Hohenzollernlegenden vollstopften und doch nichts schufen als Sozialdemokraten und abermals Sozialdemokraten. Da die proletarische Jugend derart auf die krampfhaften Anstrengungen echtpreußischer Leute reagiert, darf es nicht wundernehmen, daß im bürgerlichen Lager hin und wieder jemand der Sache auf den Grund geht und sich nicht allein die Frage vorlegt, ob der Kampf gegen die Sozialdemokratie überhaupt jemals einen Erfolg verspricht, sondern weiter untersucht, ob es sich speziell bei der proletarischen Jugendbewegung um eine Angelegenheit handelt, die im Interesse der Jugend bekämpft werden sollte. Ein Herr Walter Banike beschäftigt sich im letzten Heft der Preußischen Jahrbücher ziemlich eingehend mit diesen Fragen. Er beklagt von seinem bürgerlichen Standpunkt aus, daß die sozialdemokratische Jugendorganisation wenigstens teilweise ihre Arbeit dazu benutzt, die „Saat des Klassenhasses" auch unter die Jugendlichen auszustreuen. Dann aber ist er doch aufrichtig genug, der gehaßten Partei einigen Verdienst zuzubilligen:

„Die Sozialdemokratie hat sich der proletarischen Jugend nicht bloß aus politischem Interesse angenommen. Es wird auch in ihren Vereinen teilweise mit großer Liebe und großer Sachlichkeit gearbeitet. Vor allem aber sprang sie in eine Lücke ein, die die bürgerliche Jugendbewegung offen gelassen hatte. Das war nicht nur ihr gutes Recht, sondern durfte auch als ihre Pflicht betrachtet werden. Daß sie dabei im eigenen Sinne und Interesse arbeitete, ist nicht zu verwundern. Das haben die übrigen Organisationen auch getan. Will der Staat wirklich versöhnend und vermittelnd wirken, so kann er die sozialdemokratische Jugendbewegung gar nicht außer acht lassen. Wenn wir die Jugendpflege dazu benutzen wollen, der Sozialdemokratie ihre Jugend — offen oder versteckt — abspenstig zu machen, so schüren wir den Klassenkampf, statt ihn zu bekämpfen. Außerdem ist es sehr fraglich, ob sich dieses Ziel mit diesen Mitteln erreichen läßt. Wer die lange Reihe der Versuche an sich vorüberziehen läßt, die gemacht sind, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen oder zu beseitigen, und auf die Erfolge dieser Bemühungen sieht, kann nicht anders, als der Hoffnung des Staates auf die politische Rentabilität des Millionenfonds sehr skeptisch gegenüberstehen."

Es sei eine Illusion, so meint der Verfasser weiter, zu glauben, die Sozialdemokratie werde sich ihre Jugend, nachdem sie sie einmal organisiert habe, von ihren Gegnern entwinden lassen. Sie werde im Gegenteil, wie schon jetzt die Zeichen deutlich erkennen lassen, ihre Anstrengungen verdoppeln. Der soziale Kern der Jugendpflegearbeit werde in dieser Atmosphäre des Kampfes jedoch nicht gedeihen können. Die Kampfansage der staatlichen an die proletarische Jugend bedeute an sich nicht nur, daß er weiter wie bisher verkümmere, sondern daß er getötet werde.

Unter solchen Umständen, so fährt Herr Banike fort, stehe die vom Staate des Dreiklassenwahlrechts unterstützte nationale Jugendpflege in Gefahr, bloß eine neue Waffe in der Hand des — Klassenkampfes zu werden! Er meint nun, die nächste Aufgabe müsse jedenfalls sein, dem Arbeiterjungen erst einmal das zu verschaffen, was der Bürgerssohn von Haus aus habe, ein Heim, eine Stätte geistiger Anregung und Erholung. Er verweist auf Hamburg, wo in einem seit zehn Jahren bestehenden „Volksheim" eine solche Stätte angeblich vorhanden ist. Aber hier tritt in dem Falle, daß ein solches Institut nicht in Sozialistenbekämpfung macht, die Unannehmlichkeit ein, daß die Geldmänner, auf deren Wohlwollen es anscheinend angewiesen ist, ihre Hand zurückzuziehen drohen. Wenigstens wird aus dem angeführten Jahresbericht des erwähnten Instituts die Ansicht „gebildeter" Kaufleute zitiert, daß man doch die Arbeiter von der Sozialdemokratie abbringen wolle, und daß denen gegenüber, die von solcher Taktik nichts wissen wollen, der Vorwurf fällt, man sei schon im sozialistischen Fahrwasser!

So zeigt es sich denn, daß eine unparteiisch einsetzende Jugendpflege ein Ding ist, das der Bourgeoisie keineswegs in den Kram paßt, wobei gar nicht untersucht zu werden braucht, ob eine solche, von idealen Grundsätzen geläuterte Pflege überhaupt auf die Dauer möglich ist. Nichts bleibt unter solchen Umständen übrig als der Jammer, daß die preußische Million entweder gar nicht an die Arbeiterjugend herangereicht und unter den Sprößlingen der Bourgeoisie verkrümelt wird, oder daß das viele Geld erst recht die Kampflust der Proletarierkinder stählt und sie zu doppelt gefestigten Sozialdemokraten macht. Daß zu diesem Zwecke im preußischen Staate die Steuergroschen ausgeschüttet werden, ist ja auch vom bürgerlichen Standpunkt aus wenig tröstlich. Aber in der sicheren Voraussicht, daß auch die Jugendschlacht den echt preußischen Männern eine elende Niederlage bringen wird, bleibt diesen Braven die Genugtuung, daß es nicht die erste Schlappe war und auch nicht die letzte sein wird, die sie im Kampfe gegen die proletarische Kulturbewegung davontragen.

Volkswirtschaft.

Gemischte Werke.

K. Da die Entwicklung der Eisenindustrie den „gemischten" Werken die lange bereits überragende Stellung gegenüber den „reinen" Werken verschafft hat, wird zumeist nur an die Eisenwerke gedacht, wenn von gemischten Betrieben die Rede ist. Als gemischte Betriebe in der Eisenindustrie werden bekanntlich jene Werke bezeichnet, die über eigene Kohle, Eisenerze, Hochöfen, Stahlwerke und Anlagen zur Weiterverarbeitung bis zur Fertigfabrikation verfügen, während die reinen Werke, wie z. B. die Stabeisenwerke, vorgearbeitetes Material, wie Halbzeug, kaufen, und es dann in Handelseisen weiter verarbeiten. Erschwert wird den reinen Werken ihre Stellung noch weiterhin dadurch, daß ihre Lieferanten auch zugleich ihre Konkurrenten sind, die ihnen gegenüber den Vorzug voraushaben, daß sie die Preise für die Rohmaterialien bestimmen, aber selbst mit den natürlich weit geringeren Gestehungskosten kalkulieren können. Zur Existenzunmöglichkeit werden die reinen Werke verdammt, wenn die gemischten Betriebe die Preise für Fertigfabrikation drücken, die Halbzeugpreise aber hochhalten, eine Politik, die die gemischten Werke in der Eisenindustrie seit Jahren verfolgen, und die wieder schärfer aufgenommen werden wird, wenn die Hochkonjunkturverhältnisse nachlassen.

Aber die Ueberlegenheit der gemischten Werke zeigt sich auch in anderen Industrien und Gewerben, überall macht sich gleichfalls die Tendenz immer stärker geltend, reine Betriebe durch Neuanlagen oder Erwerb anderer Fabriken zu gemischten Unternehmungen auszubauen. So haben Zellulosefabriken Papierfabriken aufgenommen oder Papierfabriken sich Zellulosefabriken angegliedert. Die Zellulosefabriken verfolgten dabei den Zweck, durch eigene Verarbeitung ihrer Produkte höhere Preise dafür zu erzielen, die Papierfabriken wollten sich von den Preisbestimmungen der Zellulosefunternehmungen freimachen. Bemerkenswert ist daß Schuhfabriken in enge Verbindung mit Großgerbereien zu treten versuchen, eine der größten deutschen Schuhfabriken verhandelte schon seit einiger Zeit über die völlige Fusion mit einer Gerberei. Viel beachtet wurde ferner die Anbahnung eines gemischten Betriebes auf dem Gebiete der Terrainspekulation. Diese Art des gemischten Betriebes wird dadurch geschaffen, daß Terraingesellschaften ihre Terrains selbst bebauen lassen und auch die Vermietung der Grundstücke selbst betreiben. Hervorgerufen wurde diese Geschäftshandhabung durch die Folgen der Ueberspekulation auf dem Baumarkte, da ein regulärer Verkauf von Terrains und bebauten Grundstücken in manchen Großstädten fast unmöglich gemacht wird. Ausschaltung aller verteuernden Faktoren aus der Produktion ist das Ziel des gemischten Betriebes, dessen Durchsetzung auch der Bericht des Schutzvereins der Berliner Bauinteressenten in dem Zimmereigewerbe konstatiert. „Dies Gewerbe", schreibt der Schutzverein in seinem Tätigkeitsbericht für 1911, „gerät nicht nur infolge der zunehmenden Entwicklung des Eisenbetonbaues und der Eisenkonstruktionen immer mehr ins Hintertreffen, sondern wird auch bei der Herstellung der Zimmerarbeiten für Wohnhäuser dadurch bedrängt, daß die großen Holzhandlungen mit der Lieferung des Holzes gleichzeitig auch die Zimmerarbeit übernehmen. Den selbständigen Zimmermeistern ist es selten möglich, mit den Holzhandlungen erfolgreich in Wettbewerb zu treten. Wird die Methode der Terraingesellschaften, ihre Terrains selbst zu bebauen, erst allgemeiner, dann ergibt sich daraus auch wieder die Ausschaltung der Holzhändler.

Neues aus aller Welt.

Ein deutsch-südwestafrikanischer Brief.

Die Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung veröffentlicht den Originaltext eines Briefes, den ein Schwarzer aus der Kolonie, der sich zurzeit in Deutschland aufhält, an seine Eltern daheim geschrieben hat. Der Brief lautet:

H. . . . , 2. Februar 1912.

Liebe Eltern! Ich Möchte Ihr (Euch) zu schreiben. Ihr habe mich vergessen, Schreibt Mir ka (gar) kein Brief. Wenn Ihr Euch vergessen, ich vergesse ihr (Euch) nicht. Wie geht Ihr den (denn)? seid Ihr alles gesund? Mir geht auch gut. Ihr muß mir auch Schreiben. Wie ihr geht, das wiel (will) ich auch wissen. Vormal war ich Nach Herzfelde bei Berlin, da war schön, aber jetzt bin ich versetzt in anderen Bahnhof. Lange Bleibe ich nicht Mehr da. Jetzt was (weiß) ich nicht, wo ich Jetzt hin komme. Vielleich (vielleicht) Nach hause oder anderen Bahnhof. Aber hier ist auch gut aber nicht zuhause, am Weihnachtsen (Weihnachtsfeste) Sehr kalt, da nehmann (das nennt man) Winter. Hier in Deutschland viele Schöne Mädel, am Sonntag schon feste Tanzen. Mir Weiße Mädchen da ist viel schöner. Die Weiße sind seine Leute. Wie bei uns auch, aber Manche sind auch Schlecht. Meine liebe Eltern, ich möchte auch da was zu fragen, ich habe hier mir Eine Weiße Mädchen gesprochen, daß Mich heraraten (heiraten) kein (kann), so bitten ich, daß Sie Mir 500 Mark schicken, das ich Mit Reise kein (kann). Hier Im Deutschland, wenn Mann heraraten (heiraten), der Muß viel Geld haben. Aber Jetzt bin ich Noch Lehrling, ich verdient keine Geld Jetzt. So Bitten ich für 500 Mark Mir zu schicken. Wirglich (wirklich) sage ich ihnen Eine Weiße Mädchen Muß ich habe, die Weiße Mädchen gefel (gefällt) Mir Ambesten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Sohn

Joh. Mbida In Deutschland."

Bootsunglück.

Berlin, 24. Juli. Auf der Spandauer Havel überlebte ein junges Mädchen, das mit drei Kindern in einem Boote ausgefahren war, einem zehnjährigen Knaben das Ruder. Als plötzlich ein Dampfer vom Tegeler See her in die Havel einbog und dem Boote sehr nahe kam, gerieten die Kinder in große Erregung. Ein achtjähriges Mädchen sprang vor Angst ins Wasser und ertrank.

Die Schwarze Bande.

Frankfurt a. M., 23. Juli. Unter dem Namen „Die schwarzen Jäger" hatte sich eine Bande gebildet, die den nördlichen Teil von Nassau sowie Teile der Rheinprovinz und Westfalen durch Wilddiebereien unsicher machte. Auf einen Jagdaufseher wurde ein Dynamitanschlag verübt, bei dem er schwer verletzt wurde. Durch Aufgebot von Förstern, Gendarmen und Polizeibeamten sowie auf Grund von Haussuchungen gelang es, bis jetzt insgesamt 37 Wilderer zu verhaften und zu überführen.

Feuersbrunst in Eckernförde.

Kiel, 23. Juli. Ein Großfeuer wütet seit heute früh in der holsteinischen Hafenstadt Eckernförde. Bisher sind die Lienauische Dampfsägerei, sieben Stellenschuppen und Holzplätze mit großen Vorräten niedergebrannt. Die Gefahr der Einäscherung des ganzen östlichen Stadtteils konnte durch das energische Eingreifen der Feuerwehr beseitigt werden.

Beim Baden ertrunken.

Ratibor, 23. Juli. Beim Baden in der Oder ertrank der Unteroffizier Friedrich des hiesigen Ulanen-Regiments.

Ein Oberleutnant ermordet aufgefunden.

Budapest, 23. Juli. Wie aus Titel gemeldet wird, wurde auf einem in der Nähe befindlichen Felde die Leiche des Oberleutnants Karl Binder aufgefunden. Man ist der Ansicht, daß der Mord von einem Infanteristen ausgeführt worden ist, der sich über Mißhandlungen und Verfolgungen seitens des Offiziers wiederholt beklagte.

Wetterbericht von der Wetterfäule an der Friedrich-August-Brücke
Vom 24. Juli, mittags 12 Uhr.
Barometer 764. Veränderlich.
Thermometer + 23° R.
Thermometergraph: Min. + 18. Maxim. + 23.
Hygrometer 60 %.
Wasserstand — 60 cm. Wasserwärme 17° R.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 25. Juli:
Ostwind: heiter; nachts kühl, tagsüber wärmer; trocken.

Letzte Telegramme.

Die Analphabeten in der französischen Armee.

Paris, 24. Juli. Dem Echo de Paris zufolge befinden sich nach einem Bericht der Korpskommandeure unter den 235 637 Rekruten im vorigen Jahre 13 526 Analphabeten, also 5,62 Prozent. Die größte Zahl der Analphabeten weist das 6. Armeekorps auf, nämlich 1226.

Spanien und die portugiesischen Royalisten.

Paris, 24. Juli. Wie aus Madrid gemeldet wird, erhoben die Republikaner in einer gestern abgehaltenen Versammlung gegen die Duldung Einspruch, die die spanische Regierung den portugiesischen Royalisten gegenüber betätige. Mehrere Deputierte richteten scharfe Angriffe gegen Canalejas.

Das albanische Problem.

Konstantinopel, 24. Juli. Der Ministerrat, der bis 1 Uhr früh dauerte, hat beschlossen, die militärischen Operationen in Albanien sofort einzustellen und eine Kommission unter Führung des Albanesen Reschid Aliß Pascha nach Albanien zu entsenden. Außerdem hat er die Aufhebung des Belagerungszustandes über Konstantinopel, der seit drei Jahren besteht, und den Erlaß einer Amnestie beschlossen.

Aus Marokko.

Tanger, 24. Juli. Die in Agadir wohnenden Deutschen sind in Mogador eingetroffen. Die auf der Durchreise begriffenen Deutschen haben Marrakesch verlassen und sind nach Mogador geflüchtet, während die angesehenen deutschen Kaufleute geblieben sind.

England und Kanada.

Ottawa, 24. Juli. Die kanadische Presse beschäftigt sich mit der vorgestrigen Rede des englischen Ministers Churchill. Die liberale Ottawa Free nimmt an, daß das kanadische Parlament in einer außerordentlichen Session im Herbste 10 bis 15 Millionen Dollar für Flottenzwecke bewilligen werde. Das Blatt schreibt: Nach der historischen Debatte im Unterhause kann niemand leugnen, daß nicht nur die Bedrohung durch Deutschland tatsächlicher Natur ist, sondern daß das britische Reich auch einer möglichen Kombination Deutschland, Oesterreich, Italien im Mittelmeere gegenübersteht. Der liberale Montrealer Herald meint: Wenn die gegenwärtige Krisis vorübergegangen sei, müsse der Grund für eine Verteidigungspolitik gelegt werden, an der das ganze Reich verantwortlich beteiligt werden müsse. Churchills Rede habe eine neue Epoche eröffnet. Die wachsende Bedeutung der Dominions über See sei anerkannt. Wer England herausfordere, müsse auch die Kolonien herausfordern.

Die chinesische Krise.

Peking, 24. Juli. Juanschikai hat der Nationalversammlung eine neue Liste von sechs Ministern zur Verfügung gestellt und dem Kabinett übersandt. Man glaubt, daß die Kammer diese Liste angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit über die Ablehnung der früheren Liste annehmen wird. Diese Unzufriedenheit hat u. a. ihren Ausdruck darin gefunden, daß der Kommandeur einer Division erklärte, er werde seine Truppen nach Peking bringen und die Versammlung verjagen, wenn sie ihre Obstruktion gegen die Regierung fortsetze.

Wolkenbruch.

Wien, 24. Juli. Wie die Neue Freie Presse aus Kolomea meldet, ging dort gestern nachmittag ein Wolkenbruch nieder, der eine große Ueberschwemmung verursachte. Der ganze südliche Stadtteil ist überschwemmt. Das Wasser steht meterhoch. Auch Menschenleben sollen zugrunde gegangen sein.

Opfer eines Brandunglücks.

London, 24. Juli. Zwei Mädchen sind im Krankenhause den Verletzungen erlegen, die sie bei dem gestrigen Brande in der City erlitten haben.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120724/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

[illegible] | [illegible]

Bezirk Deuben u. Umg.

Sonnabend den 27. Juli, abends 9 Uhr, im Gasthof zum Sächs. Wolf **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. **Ist Religion Privatsache?** Referent: Genosse **Menke.** 2. Wahl der Delegierten zum Parteitag. 3. Kreisvorstandsbericht. 4. Jahresbericht der Verwaltung. 5. Allgemeines.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Genossen ersucht, zahlreich zu erscheinen. **Die Verwaltung.**

Flora-Varieté

Grösstes Sommertheater Dresdens
Vollständig wettergeschützt.
Strassenbahnen 1, 2, 3 und 22. — Tel. 6082.

Haupt-Attraktionen vom 16. bis 31. Juli
The 3 Valanos, Gymnastic Act. **?Mar de Wirth? Dr. Hemmer,** neues Repertoire. **Marga Rubia** in ihren Sketch „Studien einer Diva". **Mister Flamm,** Komödiant. **3 Stanways,** equilibr. Neuheiten. **Byron,** der urkom. musikal. Clown. **„Maienzauber",** lyr. Rokoko-Intermezzo. **Ernemann-Kino** mit neuen Films.
Kassenöffnung 7 Uhr. — Anfang 8¼ Uhr.

Geschäfts-Uebernahme.

Werten Gästen, Nachbarn und Bekannten zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir das

Restaurant zum Moritzburger Hof

übernommen haben. Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, durch Verabreichung bestgepflegter Biere sowie vorzüglicher Speisen die Zufriedenheit aller uns befreundeten Gäste zu erwerben.
Hochachtungsvoll **Johann Stelzer u. Frau**
Dresden-Pieschen, Moritzburger Platz 5.

Wald-schänke **Prießnitzbad** herrlich im Prießnitzgrund gelegen!
— Linien 5, 7, 16 —
Jeden Donnerstag, abends 7½ Uhr, und Sonntags von nachm. 3 Uhr an

Grosse Konzerte.

Um gütige Unterstützung bittet **Eugen Mehnert.**

Watzkes Etablissement, Mickten

Jeden Sonntag und Montag im **renovierten Prachtsaale**

Feiner Ball mit Konter.

Sonntags 4—5½ Uhr: Montags 7—10 Uhr: **Freier Tanz.**
Hochachtungsvoll **P. Watzke.**

Teschings, Luftbüchsen

Munition, **Spezialität: Klubluftbüchsen.**
Sprechmaschinen aus besserer Qualität, Platten, Nadeln und sämtliches Zubehör kaufen Sie am preiswertesten unter weitgehendster Garantie bei
Herm. Göpfert, Wettinerstraße 51.
Bei Vorzeigung dieser Annonce **5 Prozent Rabatt.**

Billige Wannen-Woche!

Bis Sonnabend den 27. Juli verkaufe zu folgenden **Ausnahmepreisen:** Meine **Paradies-Wanne** (Emaille-Ersatz) immer blendend weiß und sauber, leicht abwaschbar. Die Wanne hat den großen Vorzug, daß der Emaille-Ersatz nicht springt und die Wannen nicht grau oder unansehnlich werden, wie die verzinkten und im Vollbade verzinkten Wannen. Bisher Listenpreis M. 31.—, **jetzt M. 19.— franko.**
Verzinkte Wannen, ca. 172 cm lang, ca. 60 cm breit, ca. 40 cm tief, mit Wulst, anstatt Listenpreis M. 18.—, **nur M. 14.50.** Mit Bandeisenwulst anstatt M. 12.50, **nur M. 10.—.**
Im Vollbade verzinkte Wannen. Größe 0: ca. 160 cm lang, 38 cm tief, Konkurrenzpreis M. 20.—, jetziger Preis **M. 16.—**; Größe 1: ca. 170 cm lang, 42 cm tief, Konkurrenzpreis M. 22.—, jetziger Preis **M. 17.60**; Größe 2: ca. 180 cm lang, 42 cm tief, Konkurrenzpreis M. 27.—, jetziger Preis **21.60.** Billigere Wannen von **M. 7.50** an. In Dresden frei Haus, sonst franko einschl. Verpackung. **Holz- und Metallwerk, Oederan.**
Filiale Dresden, Wettinerstraße 16.

Zahn-Praxis
Max Wagner

Wettinerstraße 18, 1 **Dresden,** Wettinerstraße 18, 1
früher **Rudolphs Zahnatelier.**
Spezialität: **Zahnziehen in örtlicher Betäubung.**
Zahnersatz in bester Ausführung. — Plombierungen.
— Leichte Zahlungsweise. —

Man verlangt jetzt die Biere der
Genossenschafts-Brauerei e. G. m. b. H. Niederpoyritz
In Niederpoyritzer Genossenschafts-Böhmisch — u. Lager —
Einfach, hell und dunkel. Sie sind vorzüglich und gut bekömmlich.

H.-Rad m. Freil. w. neu, 15 M. z. verk. Oppellstr. 19, I. r.

Moderne **Vertikos** von 33 M. an
Tränkners Möbelhaus
Görlitzer Straße 21. 23

Kinderwagen bill. zu verk. Lübecker Straße 41, b. R.

Glasarbeiter Radeberg-Arnsdorf

Donnerstag den 25. und Freitag den 26. Juli, abends 8½ Uhr

Oeffentl. Versammlungen

im **Deutschen Haus,** Radeberg.
Tagesordnung: **Arbeiterschutz in der Glasindustrie.** Referent: Kollege Emil Girbig, Berlin. Gewerkschaftliches. Debatte.
Es darf kein Glasarbeiter in diesen Versammlungen fehlen u. jeder hat Zutritt. **Der Einberufer.**

Am 27., 28. und 29. Juli: Sommer-Fest der vereinigten Ortsvereine

Vogelwiese Stetzsch

Sonntag nachm. 1½ Uhr: Gr. Festzug :: Montag abends: Brillant-Feuerwerk
Festplatz direkt an der Straßenbahnhaltestelle Lindenstraße der Linie 21 Dr.-Cotta-Stetzsch

Bilz Luft-Bad

Radebeul: Lößnitzgrund
3 Abteilungen für Familien, Damen und Herren.
Bei günstiger Witterung **Konzert.** Beginn 3 Uhr.

Vornehm

wirkt ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendfrisches Aussehen, weiße sammetweiche Haut u. ein schön. Teint. Alles dies erzeugt die allein echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** a St. 50 Pf., ferner macht der **Dada-Cream** rote und rissige Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf. bei:
Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Hermann Roch, Altmarkt 5.
Weigel & Zech, Marienstraße 12.
O. P. Vogt, Hofl., Pfotenhauerstr. 35.
C. G. Kleppsrbein, Frauenstraße 9.
L. Künzelmann, Am See 55.
Neustädtermarkt u. Schößerg. 3.
Max Hartig, Rosenstraße 24.
O. Baumann, König-Johann-Str. 9.
F. Teichmann, Strehlener Straße 24.

+ Damen +

empfehle nur bessere **hygien. Artikel** und wenden sich bei Störung vertrauensvoll an
Frau Fröhlich, jetzt Wallstr. 23, I.

Echt Münchner
Eberl-Bräu
in Halbliter und
Elfer- (11) **Flaschen**
Prämien-Bons
[illegible]
Eberl-Brause
[illegible]
Eberl-Sprudel

Buketts verschenkt

Pantz, Markthalle Antonsplatz, Erdgeschoß, Stand 68, bei Einkauf von Pflanzen, Blumen, Kränzen, Stiefmütterchensamen v. 50 Pf. an. **Kranzbestellungen** werden innerhalb ½ Stunde ausgeführt.

Musik-Instrumente aller Art **kauft und tauscht**
Ziegelstrasse **nur Otto Friebel 13**
Eckhaus Steinstrasse.

Kios Cigaretten — Kurprinz 3 Pfg, Fürsten 4, Welt-Macht 5, Auto-Klub 6

Fahrräder

1 Jahr Garantie
ohne Gummi **32, 34 u. 36 M.**
mit Gummi **39, 45, 50—100 M.**
Damenräder 50—135 M.
Mäntel, neu, **1.50,** 1.85, 2.25, 3.00 u. 3.50, m. Garant. 3.75, 4.50 bis 10.50 M.
Gebirgsreifen, 3.75, 5.—, 5.50, 6.50, 7.50, 10.50
Schläuche, 1.35, 1.90, 2.50, m. Gar. 3—5 M.
Oellaternen, 0.70, 1.20 b. 7.75 M.
Azetylenlat., 1.25, 2 bis 10 M.
Pedale, Paar 1.20, 1.50 b. 6.— M.
Luftpumpen, 0.35, 0.65 b. 1.75 M.
Fußpumpen, 0.85, 1 bis 11 M.
Gamaschen, 0.25, 0.60, 1 b. 12 M.
Gepäckträger, 0.35, 0.85 b. 5 M.
Rucksäcke, 0.45, 0.75, 1 b. 5 M.
Wettermäntel, 3.35 bis 12 M.
Lenkstangen, 1.50, 2 bis 5 M.
Neue f. Damenräd. 0.25 b. 2.75 M.
Glocken, 0.15, 0.30, 0.40, 1 b. 1.50
Ketten, 1.35, 1.50 bis 8.25 M.
Kotschützer, Paar 0.75, 1 u. 1.25 M.
Fahrradständer, 0.40 bis 1 M.
Prima Karbid, kg 35 u. 40 Pf.
Freil.-Hinterrad, 11, 12 u. 16 M.
Ersatzteile für **Astoria-, Relax-, Columbus** u. **Torpedo-Freilauf.**
Stirl Wettinerstr. 49 Ziegelstr. 10.

Sommerfeste! Vereine!
Stocklaternen, 100 St. v. 2.50 an.
Ill.-Laternen, Dtzd. v. 20 Pf. an.
Girlanden, St. v. 10 Pf. an, alle Sommerfestartikel, Kindergeschenke, Lotteriegewinne
Losröllchen usw.
Alles unerreicht billig, nur bei
E. Koch Nchf.
Galeriestraße 4. I.

Keine Uhr kostet über **1.50 M.** zu repar. u. reinigen. **Feder 1 M.**
Neue Ersatzteile bill.
Ernst Rämisch
7 Wettinerstrasse 7.

Ohrschutztrommel „Noris".

Diese Erfindung ist nur bei **Hugo Löffler,** bzg. Handlg., Wettinerplatz 9, erhältlich. Ich warne vor Nachahmung. **Viele Dankschreiben.** Erfinder **Leonhard Winkler,** Nürnberg.
Gisela i. S. Habe das Telephongespräch nie gehört und jetzt verstehe ich alles sehr genau. F. i. S. Konnte 14 Tg. danach leichter hören.

Sport-Liegewagen bill. zu verk. Südstraße 33, 3. links.

+ Hygienische + Frauen-Artikel
Menstruationspulver, Mutterspritzen, Gummiwaren, Spülapparate. Preisliste gratis. **10 Proz. Rabatt.**
E. Pietzsch, Dresden, Zahnsgasse 7.

Teppiche auch solche mit kl. Webfehlern | **Gardinen** u. [illegible]
staunend billig bei
Kupfermann
Pillnitzer Str. 14, I. Etage.

Nur Große Brüdergasse 11, 2.
Eingang Quergasse, verk. staunend billig herrschaftl. getr. **H.- u. D.-**
Kleider, Schuhe, Wäsche, Betten.
Gehrock- und Smoking-Anzüge.
Gewähre 10 Proz. Rabatt.
Sonnabends geschlossen.

Neue Waschkleiderstoffe:
Musseline
Zephir
Satin
Leinen
Batist
Große Auswahl. Solid und :: billig ::
28 **Ernst Venus** Annenstr. 28.
Gegr. 1882.

Vogelwiesen-Karten
empfiehlt für Wiederverkäufer
Karten-Knauthe
Röhrhofsgasse 14. Teleph. 10896.

Herren

welche Wert auf **elegante** und **gute Garderobe** legen, bietet sich Gelegenheit, in der
Reinigungs-Anstalt
Schloßstraße 4, I.
mit **neuer** sowie von Herrschaften wenig gebrauchter Kleidung zu versehen, z. B.
Maß-Anzüge 10, 15, 20 M. usw.
Maß-Paletots 8, 12, 18 M. usw.
Der besondere Vorzug unserer Garderoben besteht darin, daß dieselben nur chemisch gereinigt zum Verkauf gelangen.
Reinigungs-Anstalt
Schloßstraße 4, I.
neben Café Central.

4. Kreis
Bezirk 2 und 4

Freitag: Sitzung.

Wo trifft man sich?
Im
Schützenhof!
Mittwochs
Sonnabends
Sonntags
Grosse Konzerte.

Fisch-Götze
Vogelwiese
Globusplatz.
Ältester Wirt d. Dresdn. Vogelwiese.

Vogelwiese!
Mickel Max!
7 Strasse 7!

Engl. **Bettst.** mit **Matratzen, Plüschsofas,** einz. Möbel, empf. billigst **Rössler,** Schäferstr. [illegible]
Teilzahlung gestattet.

Gesicherte Existenz!

und dauerndes nachweisliches Einkommen v. 10—15000 M. bietet die Uebernahme der alleinigen Fabrikation unserer patentamtlich geschützten
Uniongipsdielen
die in über 100 Bezirken bereits m. großem Erfolg durchgeführt ist. Branchekenntnisse nicht erforderlich, dauernde tatkräftige Unterstützung des Stammhauses. Beste Gelegenheit zur Selbständigmachung, auch a. Nebenbetrieb geeignet. Keine maschinelle Anlagen erfordert. Ernstl. Reflektanten, die über 3—5000 M. bar verfügen, wollen sich gefl. melden.
Union, Westdeutsche Bau-Industrie, Düsseldorf 464.

Perfekte Strohhutnäherin
für **Wien** in eine größere Strohhutfabrik gesucht als
Direktrice.
Zu melden Dresden, Trinitatisstraße Nr. 4.

Für die uns zu unserer Vermählung in so reichem Maße zuteil gewordenen Glückwünsche und Geschenke ist es uns nicht möglich, jedem Einzelnen zu danken. Darum sprechen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank aus.
Walter Eisert und Elsa geb. Runge.
[illegible], Juli 1912.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Friedrich Hoffmann** sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe **Helene Hoffmann u. [illegible]**

Herzlichen Dank
für die Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres Vaters **Johann Riepolt** sowie den Kollegen für das freiwillige Tragen.
Niedergorbitz, 24. Juli 1912.
Pauline Riepolt nebst Kindern.

Am Montag nachmittag entschlief nach langem schwerem Leiden unser herzensguter Vater, der Maler
Gustav Richard Wustlich.
Dies zeigen schmerzerfüllt an
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3½ Uhr nach dem Lockwitzer Friedhof statt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-Altstadt.
Verantwortlich für den Inserantenteil: Reinhold Richter, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Comp., Dresden.

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 169. | Dresden, Mittwoch den 24. Juli 1912. | 23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Nette Arbeitervertreter im Gemeindeparlament.

Kürzlich machten einige sozialdemokratische Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums in Stollberg i. E. deshalb recht unliebsam von sich reden, weil sie an einem vom Bürgermeister veranstalteten Essen teilnahmen, trotzdem die bisherige Stellung des Stollberger Bürgermeisters gegen die Arbeiterbewegung es jedem Sozialdemokraten einfach unmöglich machen sollte, bei diesem Herrn als Gast zu weilen. Einer dieser Stadtverordneten, die inzwischen den Abschied aus der Partei erhalten haben, sammelte sogar zu einem Geschenk für den Bürgermeister, der die Partei in der schärfsten Weise bekämpft. Die Chemnitzer Volksstimme nagelte das Verhalten der nunmehrigen Exgenossen an. Durch diese Notiz fühlen sich die Herren Frenzel, Kupfer, Tränkner, Thierfelder, Bruno Beckert, Klemens Beckert, Leibiger, Gruner, Hofmann, Kaufmann, Lehm und Straumer — beleidigt. Sozialdemokraten waren sie zur Zeit der Veröffentlichung der Notiz nicht alle, aber sie klagen trotzdem. Nun klagen die Herren nicht etwa gegen die Volksstimme, sondern sie wählen einen anderen Weg: sie klagen gegen den Stadtverordneten Genossen Rudolf Mann in Stollberg wegen Beleidigung. Dem Fernstehenden wird es nicht gleich klar werden, was die Nicht- und Exsozialdemokraten mit diesem Verfahren bezwecken, wer aber orientiert ist, wird sofort dahinterkommen. Der Coup ist gemacht, um dem Stadtverordneten Rudolf Mann, der in jeder Beziehung seinen Platz als sozialdemokratischer Stadtverordneter ausfüllt und auch an der Spitze der Parteibewegung in Stollberg steht, eins auszuwischen. Der Plan ist gar nicht übel, nur sind ein paar Löcher drin. Was die Herren wollen, wird ihnen kaum gelingen. Vermutlich hoffen die klagenden Herrschaften, hinter denen sicherlich Stollberger Ordnungsstützen stehen, eine Verurteilung des Genossen Mann zu Gefängnisstrafe erzielen zu können. Dadurch würde Genosse Mann vorläufig seines Mandats verlustig gehen. Genosse Mann ist nämlich den Bürgerlichen im Kolleghum verteufelt im Wege, ebenso auch den unsicheren Kantonisten unter den „Arbeitervertretern", weil Genosse Mann energisch darauf achtet, daß auch im Gemeindeparlament die Tätigkeit nach sozialdemokratischen Anschauungen und Grundsätzen ausgeübt wird. Bei dieser Gelegenheit sei auch gleich erwähnt, daß der Stadtverordnete Richard Frenzel, Sozialdemokrat a. D., jetzt Zeit hat, über die „bisherige Tätigkeit der Herren Stadtverordneten" zu sprechen, und zwar im Verein geschäfts- und gewerbeireibender Bürger, dessen Vorsitzender Herr Adolf Frenzel ist. Seinen Wählern, das heißt der Mehrheit, also den Sozialdemokraten, hat Herr R. Frenzel dieses Vergnügen angeblich aus Zeitmangel nicht verschafft. Die Einladung zu dem Vortrag ist an verschiedenartige Korporationen ergangen; wir nennen nur Militärverein und Arbeiterturnverein, deren Mitglieder als Gäste kommen sollen. Der Mann wird sich aber schneiden, soweit er auf die Arbeiter spekuliert. Der Vorgang lehrt wieder einmal, wie vorsichtig unsere Genossen sein müssen in der Auswahl der Personen, die sie mit solchen Ehrenämtern betrauen. In Stollberg, der Bergarbeiter- und Beamtenstadt, war es freilich sehr schwer, teils sogar unmöglich, genügend Kandidaten zu erhalten, deren politische Tätigkeit ausreichende Gewähr bot, daß sie unter allen Umständen als Sozialdemokraten sich verhalten werden. Nun wird wohl reine Wirtschaft gemacht werden.

Wanderkurse in Haushaltslehre

will der Landeskulturrat für das Königreich Sachsen auf dem Lande abhalten lassen, um jungen Mädchen, denen es nicht möglich ist, eine Haushaltschule zu besuchen, Gelegenheit zu geben, sich namentlich im Kochen weiter auszubilden. Die Veranstalter des Kurses, dessen Dauer 6 Wochen beträgt, sind die landwirtschaftlichen Vereine. Sie haben für die Zeit des Unterrichts einen mit gutem Rauchabzuge versehenen, genügend großen Raum zur Verfügung zu stellen und für angemessene Ausstattung zu sorgen. Außerdem ist der Lehrerin ein passendes Unterkommen, womöglich nicht im Gasthofe, zu gewähren. Zur Deckung der Kosten sind die Vereine befugt, ein Lehrgeld von den Teilnehmern zu fordern. Die Besoldung der Lehrerin jedoch übernimmt der Landeskulturrat, auch stellt er für die Dauer des Kurses einen transportablen Sparherd, einen Satz für einfache Anforderungen ausreichenden Küchengerätes und verschiedene Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung. Gesuche um Abhaltung eines Kurses im nächsten Winterhalbjahr sind seitens der landwirtschaftlichen Vereine tunlichst bald an den Landeskulturrat zu Dresden-A., Lüttichaustraße 81 part., zu richten.

Die Verkehrseinnahmen der sächsischen Staatseisenbahnen

sind nach den vorläufigen Ermittlungen auch im zweiten Vierteljahr 1912 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Während sie im zweiten Vierteljahre 1911 44 768 668 M. betrugen, beziffern sie sich im zweiten Vierteljahre 1912 auf 46 754 600 M. Von den im zweiten Vierteljahre 1912 erzielten Einnahmen entfallen auf den Personenverkehr 18 035 100 M. (604 171 M. mehr) und auf den Güterverkehr 28 719 500 M. (1 351 766 M. mehr). Der Personenverkehr hat sich nicht in demselben steigenden Maße entwickelt wie in dem gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Insbesondere hat in diesem Jahre das kühle Wetter der Pfingsttage einen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Die Zunahme im Güterverkehr beruhte auch im vergangenen Vierteljahr hauptsächlich auf dem andauernd guten Geschäftsgange vieler Industriezweige und auf der regen Bautätigkeit, die seit dem Frühjahr anhält.

Von den Aerzten.

s. Die sächsischen Aerzte sind jetzt eifrigst dabei, in allen Bezirken „rechtsfähige kassenärztliche Vereine" zu gründen. Die Gebiete der Vereine sollen sich mit den vorhandenen Medizinalbezirken decken, so daß etwa 27 solcher Aerztevereine entstehen werden. Neben den (amtlichen) ärztlichen Bezirksvereinen und den Zweigvereinen des Leipziger Aerzteverbandes sind das die dritten Organisationsgebilde, die Aerzte im Königreich Sachsen haben, die der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen dienen.

Wie die Aerzte versichern, sind die neuen Vereine bestimmt, den Frieden zwischen den beiden Kontrahenten (den Aerzten und den Krankenkassen) zu fördern, „allerdings unter der Voraussetzung, daß den Aerzten eine würdige Stellung gewährleistet wird". Letzteres sei „um so notwendiger, und die Hoffnung, daß dieses Ziel auf friedlichem Wege erreicht wird, ist um so berechtigter, als die Krankenkassen selbst wissen, daß eine würdige, gesicherte und geeignete Stellung der Kassenärzte niemand mehr zugute komme als den Kranken selbst".

In Wirklichkeit ist das Ziel der neuen Gründungen der festere Zusammenschluß der Aerzte zur Herbeiführung der freien Arztwahl bei den Krankenkassen. Die Reichsversicherungsordnung ändert an dem bisherigen Verhältnis der Aerzte zu den Kassen nichts. Es bleibt vor allem der freien Vereinbarung überlassen, welches Arztsystem eingeführt wird. Die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl ist nicht erfolgt. Diese wollen eben jetzt die Aerzte durch eigene Macht erkämpfen.

Freiberg. An einem hier wohnhaften 19 Jahre alten, geistesschwachen Mädchen ist am 12. Juli, abends gegen 8 Uhr, im Fürstenbusch von einem Unbekannten ein Verbrechen im Sinne von § 176,2 bezw. 177 verübt worden. Der Beschuldigte hatte das Mädchen mittels Automobils vom Ausstellungsplatz, woselbst er zuvor mit ihm in einem Restaurant eingekehrt war, nach dem Tatorte gebracht und nach vollbrachter Tat bis an den Waldesrand zurückgefahren. Hierauf hat sich der Täter mit seinem Automobil in der Richtung nach Nossen zu entfernt. Nach Angabe der Verletzten, soll sich der Beschuldigte Dr. Beier oder Bräuer aus Nossen genannt haben. Er war etwa 40 Jahre alt, übermittelgroß, kräftig, hatte gerötetes Gesicht, bräunlichen Schnurrbart und dunkle Haare. Er trug grauen Mantel, blaue Mütze und vermutlich dergl. Anzug. Das Automobil soll viersitzig und mit dunkelblauem Anstrich versehen gewesen sein. Der Täter ist zur Zeit noch unermittelt und es wird ersucht, Wahrnehmungen sachdienlicher Art der Kriminalpolizei mitzuteilen.

Zwickau. Der Bau einer Talsperre für Zwickau ist geplant. Gegen die Nutzung der Grubenwässer des Einigkeits- und St.-Georgs-Stollens in Johanngeorgenstadt durch die Stadt Zwickau ist jedoch seitens der Stadt Johanngeorgenstadt, der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg sowie des Schwarzwasservereins der Teichwerksbesitzer Einspruch erhoben worden. Das Bergamt Freiberg wird über den Einspruch entscheiden.

Bautzen. Auf der Flucht aus der Fremdenlegion ist der 24 Jahre alte Arbeiter Gustav Müller, ein Sohn des Bluterausgebers Gustav Müller in Bautzen, nach Belgien gekommen. Nachdem er wegen Krankheit vom Militär vorzeitig entlassen worden war, ließ er sich von französischen Werbern für die Fremdenlegion anwerben. Am Bestimmungsort Algier mußte er alle die Strapazen und Qualen über sich ergehen lassen, wie sie von geflüchteten Legionären so oft und so eindringlich beschrieben worden sind. So reifte in ihm der Entschluß, zu entfliehen, wozu sich bei einem Gefecht mit den aufständischen Marokkanern eine passende Gelegenheit bot. Auf der Flucht fiel er aber einer marokkanischen Patrouille in die Hände, die ihn völlig ausplünderte, und nur seinen inständigen Bitten ist es zuzuschreiben, daß er nicht getötet wurde. Es gelang ihm, glücklich die Küste zu erreichen und sich auf einem Dampfer zu verdingen, der ihn als Arbeiter mit nach Belgien nahm. Dort arbeitet der junge Mann gegenwärtig noch. Ein Schreiben der belgischen Behörden brachte den betagten Eltern dieser Tage von alledem Kunde.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In großer Lebensgefahr schwebte infolge unglaublichen Leichtsinns ein Dienstmädchen in Großenhain. Das Mädchen hatte, als es schlafen ging, ein brennendes Stearinlicht auf den Reisekorb gestellt, hatte noch im Bett gelesen und war dann eingeschlafen. Durch das abbrennende Licht war der Reisekorb in Brand geraten, was eine starke Rauchentwicklung hervorrief. Als ein Glück ist es zu betrachten, daß das Mädchen noch rechtzeitig aufwachte und sofort nach Hilfe schrie. Durch hilfsbereite Nachbarn konnte der ausgebrochene Brand bald gelöscht werden. Der Reisekorb mit den darin befindlichen Sachen des Mädchens ist allerdings verbrannt. — Einen Unfall schwerer Art erlitt auf dem Vertrauensschacht in Schedewitz ein 18jähriger Fördermann aus Niederhaßlau, indem er zwischen zwei Schachtbunde geriet. Der Unglückliche erlitt durch die Quetschung einen Beckenbruch, und der Unterleib wurde so stark gequetscht, daß die Eingeweide herausstraten. — Beim Kirschenpflücken stürzte der im 74. Lebensjahre stehende Privatmann Fichtner in Flöha am Sonnabend mittag in seinem Grundstück von der Leiter und brach das Genick. Der Unglückliche war auf der Stelle tot. — Der 60 Jahre alte Stickmaschinenbesitzer R. in Ellefeld begab sich nach dem Walde an der Gifenwiese, um sich einige Heidelbeeren zu sammeln. Dabei wurde er von einer Kreuzotter in den linken Mittelfinger gebissen. Obwohl der Mann die Wunde sofort aussaugte, mußte er sich doch in ärztliche Behandlung begeben. — Der 26 Jahre alte Gastwirtssohn Weidlich in Friedrichsgrün hat sich aus geringfügiger Ursache in einem Teiche bei Mühlleithen ertränkt. — Straßenwärter Beyer wurde im Ganzigar Steinbruch bei Oschatz durch eine losgelöste Steinmasse bis zu den Hüften verschüttet. Er erlitt einen Knöchelbruch, außerdem wurde ihm das rechte Bein gequetscht. — In der Papierfabrik von Anton Bennewitz in Leipzig brach auf bisher unaufgeklärte Weise Großfeuer aus. Die in dem Geschäftslokal lagernden Papierwaren gaben dem Feuer so reichliche Nahrung, daß binnen kurzer Zeit das ganze Grundstück vollständig langen. Als die Feuerwehr eintraf, schwebte eine Anzahl Menschen in Lebensgefahr, denen es nicht mehr gelungen war, die Treppen zu benutzen, da diese vollkommen verqualmt waren. Die Feuerwehr hieß infolgedessen von der Hainstraße aus den Wagen mit der großen Leiter hereinfahren und retete auf diese Weise vier Personen. Ein Feuerwehrmann erlitt infolge des Qualmes eine Rauchvergiftung, erholte sich aber, nachdem ihm Sauerstoff eingeflößt worden war. — Im Staatsforstrevier Schönheide unweit der Lungenheilanstalt Torologrün wurde die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche des seit ungefähr sechs Monaten vermißten 48 Jahre alten Bergarbeiters Schweipert aus Zwickau aufgefunden. Schweipert hatte Selbstmord durch Erhängen verübt. — Einträgliche Geschäfte machte in den Straßen der Altstadt in Leipzig seit einigen Tagen ein junger Ansichtskartenhändler, der sich überall durch Vorzeigen eines Petits als Taubstummer legitimierte und durch seine schriftlichen Ueberredungskünste zahlreiche Gemüter für sich zu gewinnen verstand. Schließlich fiel einem Wohlfahrtsschutzmann die Sache auf. Er nahm den Taubstummen mit auf die Wache, wo sich dann der Vermeintliche als ein Malergehilfe entpuppte, der sehr geschickt zu seiner Verteidigung zu reden verstand. Er wird wegen Betrugs zur Verantwortung gezogen werden. — Auf der Annaberger Straße in Chemnitz wurde am Montag mittag der siebenjährige Emil Erhard Baumann von einem Automobil überfahren. Der Knabe erlitt einen Schädelbruch sowie schwere innere Verletzungen, die seinen sofortigen Tod herbeiführten.

Stadt-Chronik.

Essen, Trinken und Wandern.

Des Leibes Nahrung ist gewiß ein unerläßlicher Bestandteil dieses wunderbaren Verjüngungsmittels, des Wanderns. Denn wenn schon im Gange des täglichen Lebens das Essen und Trinken eine Notwendigkeit ist, um wieviel mehr bei tüchtigen, anstrengenden Wanderungen, die den Verbrauch der Lebenskräfte noch schneller sich vollziehen lassen. Aber, ich meine tüchtige Wanderungen und verstehe darunter Tagesmärsche oder solche von mehrtägiger Dauer.

Wenn man aber heute die „Wanderer" hinausziehen sieht und ihre Ausrüstung beschaut, so könnte man meinen, jeder Einzelne mache eine Entdeckungsreise in unbewohnte Wüsteneien. Da hat nicht nur jeder seinen gerüttelt vollgepreßten Rucksack auf dem Rücken, nein, da baumelt auch noch bei jedem zweiten Mann ein Kochtopf von beträchtlichem Umfange und natürlich mit tadellosem rußigem Boden. Bei einem andern ein ebensolcher Dreifuß, während ein dritter mit lieblich pendelnder Bratpfanne hinterherhinkt.

Es ist ja wirklich schön, wenn auch Jünglinge sich um die Kunst des Kochens etwas kümmern und in Praxis kennen lernen, wieviel Arbeit und Umsicht dazu gehört, ein schmackhaftes Gericht herzustellen. Mancher Vorwurf im späteren Haushalte würde dann unterbleiben.

Aber die Sache hat doch noch eine andere Seite. Zunächst sollten unsere Jugendgenossen doch nicht alles nachäffen, was ihnen die bürgerlichen „Wandervögel" und andere Jugendvereinigungen vormachen. Solcher Klimbim gehört zum Handwerk des patriotischen Jugendfanges. Je phantastischer sie ausziehen, je höher schlägt ihr Herz in patriotischer Begeisterung. Haben wir doch ein wenig mehr Stolz auf unser proletarisches Selbstdenken.

Zum andern aber. Weshalb wandern unsere Jugendgenossen? Zunächst allerdings dem unwiderstehlichen Drange folgend, mit dem es jeden gesunden jungen Menschen hinauszieht in die freie Natur. Er will die Sehnsucht stillen, nach der wohltuenden Ruhe der Berge und des Waldes. Das behagliche Gefühl, das seinen Körper am nächsten Tage durchströmt, wenn er an die frühlichen Wanderstunden am See und in der Heide zurückdenkt. Ja, fragt einmal jene mordspatriotischen Kochtopfwanderer, welche Reiseinnerungen sie mit nach Hause bringen. Sie haben einen „tadellosen Abkochplatz" gefunden, wissen die beste Quelle billiger Nahrungsmittel im Dorf und bringen photographische Ansichten des gemeinsamen „Lagerlebens in der Felsgrotte zu X." mit nach Hause. Von den Naturschönheiten, von dem Leben und Weben alles geheimnisvoll sie Umgebenden, da haben sie nichts gesehen und nichts gefühlt.

Unsere Jugendgenossen haben wirklich besseres auf ihren Wanderungen zu tun, als sich mit Abkochen zu befassen. Sie werden — auch bei Mehrtagswanderungen — nicht verhungern. Zunächst. Ein gesunder Mensch hat nicht nötig — und das besonders im Hochsommer —, jeden Tag gekochte Nahrung zu essen. Ein Stück Brot bekommt man zur Not für wenige Pfennige in jedem Hause, wenn die Sonntagsruhe einen anderen Einkauf nicht zuläßt.

Mein Rucksack enthält immer einen Brotvorrat für zwei Tage. In einer feucht umwickelten Blechdose bleibt es stets frisch. Eine handgroße Holzdose erhält mir die Butter in schmackhaftem Zustande, und die harte, wenniggewürzte Mettwurst schützt ebenfalls eine feuchtumwickelte Pergamenthülle. Als unentbehrlich erweisen sich mir ein halbes Dutzend Zitronen und eine Aluminium-Zitronenpresse nebst ebenfolchem Becher von etwa 1/4 Liter Inhalt und eine Handvoll Würfelzucker. So ausgerüstet, kann man wochenlang wandern, denn überall kann man den Vorrat billig ergänzen und nie wird man zu klagen haben, daß das Menu nicht ein tadelloses war. Milch (ungekochte natürlich) oder bei Appetit Kaffee bekommt man ebenfalls so oft, wie man ihrer bedarf. Mehr braucht kein Mensch, dessen Geschmackssinn noch nicht gänzlich entartet ist. Zu dem kommt noch Obst, das ebenfalls meist zu haben ist.

Allerdings sind über den Obstgenuß noch recht viele falsche Urteile verbreitet und das gedankenlose Obstessen hat schon manchem die Wanderfreuden arg gestört. Obst ist keineswegs das Durststillmittel, für das es immer ausgegeben wird, wenn man von Erdbeeren und Aepfeln absieht. Alles andere Obst, besonders süße Kirschen, Pflaumen und Birnen, wirken dursterzeugend, was auf die kalisalzreiche und natronarme Gewebszusammensetzung dieser Früchte zurückzuführen ist. Man ißt solches Obst am zweckmäßigsten mit etwas trockenem Brot am Beginn der Lagerung, um dann, etwa eine Stunde später, seine durststillende Zitronenlimonade nachzuspülen. Wasser direkt auf Obst ist oft sehr gefährlich. Ein hervorragendes Durststillmittel ist die — Gurke. Bei jeder Dorfdurchwanderung kann man sie im Sommer haben. Man ißt sie roh, nur abgeschält in Scheiben, ohne weitere Verschandelung durch Salz, Pfeffer oder Oel. So bekommt sie immer. Nun, so ausgerüstet zu seinen Wanderungen, ohne viel Ballast und unabhängig von den „tadellosen Abkochplätzen", genieße unsere Jugend die Natur. Da hat man Zeit, die Verhältnisse des Landes und seiner Bewohner zu studieren, sich mit letzteren zu unterhalten, ihre kümmerliche Existenz kennen zu lernen und sie im Laufe der Debatte darauf hinzuweisen, wie es allein besser werden kann — durch den Sozialismus.

Mögen die mordspatriotischen und mit Staatsgeldern ausstaffierten bürgerlichen Jugvögel nur wandern, um zu wandern. Unsere Jugendgenossen müssen zurzeit noch darauf verzichten. Sie sollen lernen in Natur und Leben, ihren Geist schärfen zu neuen Kämpfen, ihre Sinne erholen von stumpfsinniger Fabrikarbeit. Sie sollen aber in erster Linie Agitatoren sein für eine bessere Zeit. Das muß unser Wanderleben sein oder — es soll überhaupt nicht sein. M. K.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120724/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Streit ums Wasserrecht.

Ein interessanter Rechtsstreit wurde soeben vom sächsischen Oberverwaltungsgericht entschieden. Am 21. September 1900 wurde dem Mühlenbesitzer Merbeth in Wünschendorf bei Lengefeld als Eigentümer der am Lautenbach gelegenen Dammühle von der Amtshauptmannschaft Marienberg die Erlaubnis zum Einbau einer Turbine in seine Stauanlage an Stelle des bisherigen Wasserrades unter der Bedingung erteilt, daß ein Zurückhalten des Wassers während der üblichen Arbeitszeit untersagt sei. Die Turbine wurde nicht im genehmigten Umfange, sondern etwas kleiner ausgeführt, weil der Wasserzufluß des Lautenbachs nach Wünschendorf infolge der von der Stadtgemeinde Chemnitz im oberen Lautenbachtale angelegten Talsperre während der folgenden Jahre wesentlich verringert worden ist. Die Besitzer von Wassertriebwerken in Wünschendorf sind jetzt nur auf das unterhalb der Talsperre im Lautenbachtale sich ansammelnde Wasser angewiesen. Sie haben von Chemnitz hohe Entschädigungen erhalten, so zum Beispiel M. 54000 M. und dessen Untermüller, der Fabrikbesitzer Seifert, 110000 M. Letzterer besitzt zwei Fabrikanlagen unterhalb der M.schen Mühle, eine Holzwarenfabrik und ein Sägewerk, die früher ebenfalls mit Wasserkraft betrieben wurden, jetzt seit Bestehen der Talsperre aber durch Dampfkraft in Gang gesetzt werden.

Anfang August 1910 bat M. die Amtshauptmannschaft, zu gestatten, daß er abweichend von der ihm auferlegten Genehmigungsbedingung das ihm zufließende Wasser des Lautenbachs auch während der üblichen Arbeitszeit am Tage anstauen dürfe, weil ihm seit der Errichtung der Talsperre schon bei mittlerem Wasserstande nur so wenig Wasser zufließe, daß es ihm nicht möglich sei, auch nur mit einem Mahlgange zu arbeiten. Die Amtshauptmannschaft hörte das Straßen- und Wasserbauamt Annaberg und bemerkte, das Gesuch bedeute eine Aenderung der genehmigten Wasserbenutzung im Sinne von § 23 Abs. 3 des Wassergesetzes, weil das Anstauen von Wasser auf den Verbrauch von Einfluß sei. Als Beteiligter komme der Untermüller Seifert in Betracht. Wenn dieser zustimme, liege gegen die Genehmigung des Gesuchs ein Bedenken nicht vor. S. widersprach jedoch, weil er das aufzustauende Wasser zur Speisung des Dampfkessels in seiner Holzwarenfabrik brauche und weil im Falle einer zeitweiligen Anstauung die Zuführung von Wasser zum Dampfkessel so unregelmäßig vor sich gehen würde, daß eine unmittelbare Gefahr für den Kessel daraus entstehen könne. Die Amtshauptmannschaft lehnte darauf das Gesuch ab, weil seine Genehmigung eine Beeinträchtigung der Wasserbenutzung des Unterliegers bedeuten würde, und verwies auf den Weg der gütlichen Einigung.

M. legte jedoch Rekurs ein, bestritt die Behauptung des Untermüllers und erklärte, daß, wenn ihm nicht gestattet werde, auch bei mittlerem und geringerem Wasserstande das Wasser einzustauen, dies nach Lage der Sache einem völligen Verbot der Wasserbenutzung gleichkomme. Im Auftrage der Kreishauptmannschaft Chemnitz erfolgte eine Ortsbesichtigung unter Hinzuziehung des Direktors Lauch in Harthau. Der Rekurs war von Erfolg, dem Rekurrenten wurde gestattet, in wasserarmen Zeiten tagsüber während der üblichen Arbeitszeit das Wasser in seinem Obergraben derart anzusammeln, daß er es eine Stunde lang anstauen und in der nächsten Stunde wieder laufen lasse, daß er jedoch von der Absicht zu stauen, jedesmal vorher rechtzeitig dem Untermüller Mitteilung zu machen habe. Auf die hiergegen vom Untermüller erhobene Anfechtungsklage hat das Oberverwaltungsgericht das Urteil der Kreishauptmannschaft aufgehoben und zur anderweiten Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Nachdem dargelegt worden ist, daß nicht § 23 Abs. 3 des Wassergesetzes einschlägt, sondern § 31, heißt es in den Entscheidungsgründen u. a.:

Die Parteien sind sich darüber einig, daß die dem M. eingeräumte Berechtigung zum stundenweisen Aufstauen des seinem Obergraben zufließenden Wassers für ihn wertlos ist und zu einer wirksamen Inbetriebnahme seiner Stauanlage nicht ausreicht. Der Senat hat keinen Grund, dies nicht zu glauben. Die Ansicht der Beteiligten weicht nur insoweit von einander ab, als Kläger behauptet, daß die von der Kreishauptmannschaft getroffene Anordnung ihm im Falle ihrer Aufrechterhaltung erheblichen Schaden zufüge und mit wesentlichen Gefahren für seine Fabrikanlage verbunden sein würde, während M. dies bestreitet. Ob die Eingaben des Klägers richtig sind, entzieht sich der Beurteilung durch den Senat und ist von Sachverständigen nachzuprüfen. Stellt sich die Behauptung des Klägers als sachlich begründet heraus, dann hält die Anordnung den Vorschriften des § 31 nicht stand, denn eine Erlaubnis, die dem Gesuchsteller nichts nützt und dem andern Teil nur schadet, kann als eine sachgemäße und das Sonderbenutzungsrecht des andern billig berücksichtigende nicht bezeichnet werden. Dem Kläger ist ferner beizustimmen, daß der von der Kreishauptmannschaft Chemnitz gewählte Ausdruck „wasserarme Zeiten“ viel zu allgemein und zu unbestimmt ist, um als ausreichende Unterlage für die erweiterte Ausübung des dem Obermüller Merbeth zustehenden Nutzungsrechts dienen zu können. Die weite Fassung widerspricht dem bestehenden Recht. Es gibt zweifellos festere Merkmale (z. B. eine nach Sekundenliter bezeichnete bestimmte Menge des Wasserzuflusses, Spiegelmarken, Pegel usw.), um das Wasserbenutzungsrecht zwischen den Beteiligten genau zu regeln. Die Anordnung der Kreishauptmannschaft läßt sich nach alledem nicht halten, da der Tatbestand der Ergänzung bedarf.

Ueber die Familientragödie in der Neustadt

wird noch in einem hiesigen Blatt geschrieben: In der Nacht vom Sonntag zum Montag hat die Weinstubeninhaberin Frau Klara Pirl geb. Lehnert ihre beiden Töchter von 7 und 9 Jahren und sich selbst durch Leuchtgas vergiftet. Die an der Ecke Gehringer- und Bautznerstraße gelegene Weinstube „Singer Schlößl“ war vor einigen Monaten von Frau Pirl übernommen worden, ging aber so schlecht, daß die Frau die Absicht äußerte, das Geschäft aufzugeben. Die Weinstuben wurden auch bereits am Freitag von einer andern Seite übernommen, und die Frau sollte heute die Wohnung räumen. Als gestern früh die Familie bis gegen 11 Uhr vormittags nicht sichtbar war, klingelte und klopfte die Hausbesitzerin, ohne aber eine Antwort zu erhalten. Sie öffnete nun die Briefkastenklappe, wobei ihr ein betäubender Gasgeruch entgegendrang. Jetzt rief Frau Beyer die Polizei herbei, ein Schutzmann stieg mit Hilfe einer Leiter auf den Balkon und öffnete die Tür, in deren Schloß der Schlüssel von innen steckte. In dem Zimmer lagen auf dem Bett Mutter und Kinder tot, die Mutter in der Mitte, die Töchter — die neunjährige Lotte und die siebenjährige Hanna — eng umschlungen haltend. Der Selbstmord war sorgfältig geplant, denn die Frau hatte alles zurechtgelegt, selbst die Kleider, die man ihnen anziehen sollte. Geld wurde nicht in der Wohnung gefunden. Frau Pirl hat auch schon vorher von Selbstmord gesprochen. Ihr Mann hat sich vor Jahresfrist wegen mißlicher Vermögens- und Familienverhältnisse erhängt.

Unter den Todesursachen in Dresden im Juni ragen besonders die Tuberkulosefälle hervor, an der 101 Personen (im Mai 91) starben. Dann folgen Krankheiten der Atmungsorgane mit 50 (81), gewaltsamer Tod mit 27 (25), Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall mit 26 (20), darunter Kinder unter 1 Jahr 21 (28), Keuchhusten 8 (10), Diphtherie und Krupp 4 (12), Kindbettfieber 2 (3), Scharlach 1 (4). Typhusfälle, die zum Tode führten, sind im Mai und Juni nicht vorgekommen. Die Sterblichkeit betrug im Monat Juni, auf 1000 Lebende und ein Jahr gerechnet, 12,4 gegen 13,8 im Mai 1912 und 14,2 im Juni des Vorjahres.

Ergebnisse der Reichstagswahlen vom Jahre 1871 bis zum Jahre 1912 nennt sich eine kleine Schrift, die im Verlage des Genossen Stören-Bremen erschien und in unserer Buchhandlung erhältlich ist. Sie enthält u. a. das Ergebnis der Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 für den 4., 5. und 6. sächsischen Reichstagswahlkreis, das Stimmenverhältnis der Partei in Sachsen, die Reichstagswahl 1912, die Vertretung der Wahlkreise im Deutschen Reichstage von 1871 bis 1912 in Zahlen dargestellt, die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen bei den Reichstagswahlen von 1912 und 1907 sowie das sächsische Staatseinkommensteuergesetz. Die Schrift kostet 10 Pf. und ist durch unsere Buchhandlung wie durch die Kolporteure zu beziehen.

Vermischte Nachrichten. Am Sonntag früh fand an den Eingängen der Stadt eine Radfahrerkarten-Kontrolle statt, wobei gegen 1300 Radfahrer kontrolliert wurden. Dabei wurden etwa 150 Personen ohne die vorgeschriebene polizeiliche Radfahrerkarte betroffen und bestraft, indem sie die übliche Strafquittung über 1 M. einlösten. Ein kleiner Teil der Betroffenen weigerte sich jedoch, zu zahlen, und dürfte nun einer Strafverfügung entgegensehen. — Mit Leuchtgas vergiftete sich in der verflossenen Nacht bei einer Herrschaft in der Schumannstraße ein 16 Jahre altes Dienstmädchen. Es wurde, da Lebensgefahr bestand, nach dem Johannstädter Krankenhause gebracht. — Seit einiger Zeit wurden in Friedrichstadt und im Großen Ostragehege wiederholt Frauen und Mädchen unsittlich belästigt, ohne daß es gelungen wäre, den unbekannten Täter zu ermitteln. Gestern nachmittag gelang es endlich, den Menschen dingfest zu machen. Es ist ein auf der Friedrichstraße beschäftigter Maschinist.

Aus der Umgebung.

Potschappel. In der Froben Schicht fand am Montag abend eine außerordentliche Hauptversammlung der Baugenossenschaft für Birkigt und Umgegend statt, in der 74 Genossen anwesend waren. Genosse Sekretär Weiß gab als Verbandsmitglied Bericht über den derzeitigen Stand der Genossenschaft. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Verwaltung die Sache rüstig gefördert und von der Versammlung weitere Beschlüsse erwarte, die die Geldaufnahme bei der Landesversicherung regeln sollen. An der Hand von Plänen wurde den Mitgliedern ein ausführliches Bild über das 35000 Quadratmeter umfassende Areal gegeben, das nach erfolgter Eintragung in das Genossenschaftsregister unter günstigen Bedingungen erworben werden soll. Die Mitgliederzahl steigt fortgesetzt und beträgt zurzeit 120. Mit dem Bauen hofft die Verwaltung in allernächster Zeit beginnen zu können. Hierauf erfolgte die Beratung und Abstimmung über die vom Verband nach den Wünschen der Landesversicherung vorgeschlagenen Statutenänderungen. Die Versammlung hieß die Anträge einstimmig gut und gab der Verwaltung Vollmacht, weitere unwesentliche Abänderungen, soweit sie durch den Gang der Verhandlungen notwendig werden sollten, selbständig vorzunehmen. In der nun folgenden Aussprache wünschten verschiedene Mitglieder über einige Fragen noch nähere Auskunft, die bereitwilligst erteilt wurde. Es wurde weiter noch mitgeteilt, daß die Mitgliedsbücher den Genossen in nächster Zeit durch die Post zugestellt werden. In der Versammlung zeichneten sich 11 Mitglieder ein.

Niederhäslich. Die für heute Abend anberaumte öffentliche Gemeinderatssitzung findet umständehalber nicht statt.

Burgwitz. In der letzten Gemeinderatssitzung gab der Gemeindevorstand bekannt, daß das Armenhaus von einer Familie bezogen werden soll, wenn sie anderweitig keine Wohnung erhält. Kenntnis nahm man von einer amtshauptmannschaftlichen Verordnung betr. Desinfizieren der Wohnung bei Tuberkulosekranken. Dieselbe soll auch ausgeführt werden bei Wohnungswechsel oder wenn der Kranke aus einer Heilanstalt zurückkehrt. Die Kosten hierzu sollen von der Gemeindekasse getragen werden. Eine lange Debatte rief eine eingegangene Resolution von einer am 2. Juli stattgefundenen Einwohnerversammlung hervor, die sich mit der Wasserversorgung der hiesigen Gemeinde beschäftigte. Zuerst hatte Gemeindeältester Louis Weise das Wort über den Versammlungsbericht in der Volkszeitung. Er behauptete nämlich, ihm wäre kein Debatteredner entgegengetreten, was ihm aber von Vertretern der Unansässigen klar und deutlich widerlegt wurde. Betreffs der Wasserversorgung wurden verschiedene Gründe für und gegen vorgebracht. Die Vertreter der Unansässigen wiesen wieder darauf hin, daß es im Interesse der Allgemeinheit liege, sämtliche Wassergenossenschaften aufzukaufen und in Gemeinderegie zu übernehmen, um die Entwicklung des Ortes nicht zu hemmen. Ein von ihnen eingebrachter Antrag, mit den Wassergenossenschaften in Verbindung zu treten, unter welchen Bedingungen dieselben bereit sind, ihre Wasserleitung an die Gemeinde abzutreten, fand nach sachlicher Aussprache einstimmige Annahme.

Leuben. Mittwochabend Zusammenkunft der Arbeiterjugend an der Elbe, in der Nähe der Insel. Treffen ½8 Uhr an der Königsallee, Leuben.

Coßebaude. Tödlich verunglückte in einer hiesigen Fabrik der Zementarbeiter Paul Genanich dadurch, daß er mit einer fehlerhaft isolierten elektrischen Leitung in Berührung kam. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Vereinskalender für Mittwoch.

Radeberg. Turnverein Vorwärts. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Hof.

Vereinskalender für Donnerstag.

Dippoldiswalde. Abends 9 Uhr öffentliche [illegible]versammlung im Schützenhaus.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund. Ortsgruppe Dresden. Abends 9 Uhr Uebungsstunde im Volkshaus.

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.

er. **Schwere Beleidigungen eines Dresdner Rechtsanwalts** beschäftigten die letzte Sitzung des Strafsenats des Oberlandesgerichts. Der Kaufmann Lincker in Dresden vertrat in einem Zivilprozeß seinen Vater wegen einer Forderung von 80 M., die der Vater gegen seine außereheliche Tochter, Fräulein D., anhängig gemacht hatte. Die Beklagte wurde von ihrem Vormunde, dem Dresdner Rechtsanwalt Dr. Langerhan, unterstützt. Als in einer Verhandlung die Mutter der D. als Zeugin vernommen werden sollte, bezeichnete Lincker diese Zeugin als unglaubwürdig, worauf Dr. Langerhan erklärte, daß die Zeugin in Gegenwart Linckers keine freie Aussage machen könne. Lincker versuche sie einzuschüchtern, weil er befürchten müsse, daß durch sie die früheren Kapitel aus seinem Leben aufgerollt werden könnten. Lincker ließ sich darauf in verschiedenen Eingaben und Briefen an das Gericht zu schweren Beleidigungen Dr. Langerhans hinreißen und wurde vom Landgericht als Berufungsinstanz nach vorhergegangener Verurteilung durch das Schöffengericht zu 200 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Wegen verschiedener Ausführungen wurde dem Angeklagten zwar der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugesprochen, dagegen zwei Stellen der Briefe als Beleidigungen anerkannt. L. hatte u. a. geschrieben: „Wenn Dr. Langerhan behauptet, die D. könne in meiner Gegenwart keine einwandfreie Aussage machen, da sie Tätlichkeiten befürchten müsse, so ist dies eine unverschämte Verdächtigung und verleumderische Beleidigung meiner Person!“ Des weiteren schrieb L. noch von „Verlegenheitsausreden des Anwalts“ und drohte mit einer Anzeige, damit „sein System, die Ehre anständiger Menschen mit Füßen zu treten und zu beleidigen“ bekannt werde. Dann meinte er noch: „Wenn ein Jurist so gegen einen Prozeßgegner vorgeht, so spielt er schon eine sehr traurige und erbärmliche Rolle!“ In der Revision vor dem Oberlandesgericht rügte Lincker in der Hauptsache eine Verletzung des Rechtsgrundsatzes: „Ne bis in idem“ (Wegen eines und desselben Vergehens kann niemand zweimal bestraft werden.) Er sei bereits im Vorjahre wegen Beleidigung Dr. Langerhans bestraft und die jetzt unter Anklage stehenden Handlungen seien begangen worden, als das frühere Verfahren noch geschwebt habe. Da beide strafbare Handlungen in einer Sache erfolgt seien, müßten sie als Einheit angesehen und der Angeklagte diesmal freigesprochen werden. Das Rechtsmittel wurde verworfen. Der Strafsenat stellte sich auf den Standpunkt der Vorinstanz und nahm zwei getrennte Handlungen an. Der Verteidiger hatte das Recht, die Unglaubwürdigkeit des Angeklagten zu beweisen, als er die Zeugin angegriffen habe. In den Eingaben sei Lincker dagegen direkt gegen den Anwalt losgezogen. Das sei etwas ganz anderes. Aus diesem Grunde könnten auch die beiderseitigen Ausführungen nicht miteinander aufgerechnet werden.

Landgericht.

Wegen Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hatten die Ziegelarbeiter von Radeburg und Umgegend in diesem Frühjahre eine Bewegung in Szene gesetzt, deren Leitung hauptsächlich in den Händen des Fabrikarbeiterverbands respektive dessen Beamten Neuring in Dresden lag. Bei dieser Bewegung kamen hauptsächlich zwei große Betriebe in Frage, die ungefähr 25 Minuten von der Stadt nebeneinander liegen. Der Verkehr der Arbeiter dieser Betriebe untereinander war nicht behindert, die Werke lagen im freien Felde, waren wohl stellenweise, namentlich wo sich Lehmgruben befanden, mit Stacheldraht eingehegt, es gingen aber Fuß- und Fahrwege durch, und die Gebäude und Trockenscheunen stehen frei an der Straße. Am 17. April war eine Versammlung geplant; da aber Neuring für diesen Abend keine Zeit hatte, den Arbeitern in den Mitzscherlingschen Werken aber am Vormittag eine Lohnaufbesserung von 2 Pf. die Stunde zugesichert worden war, sollte die in Aussicht genommene Versammlung erst am Abend des 18. April stattfinden. Um dies den Arbeitern der Strackschen Ziegelwerke mitzuteilen, begaben sich der Bevollmächtigte der dortigen Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbands, Ronneberger, mit seinem Kollegen Wolf während der Mittagsstunde in das Stracksche Grundstück und ließen sich den Kollegen S. aus dem Maschinenhaus holen, um ihm die betreffenden Mitteilungen zu machen. Die Unterredung hatte nur einige Minuten gedauert. Dies war der Verwaltung der Strackschen Ziegelwerke zu Ohren gekommen. Es wurden an demselben Abend noch an den Wegen, die in die Ziegelei führen, Warnungstafeln angebracht, die Unbefugten den Eintritt verboten, und auch eine Bekanntmachung dieser Art im Radeburger Tageblatt erlassen. Aber man tat noch ein Weiteres: man stellte Strafantrag wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, und das Schöffengericht Radeburg erkannte gegen die beiden Sünder auf je 1 Woche Gefängnis. Gegen dieses Urteil legten sie Berufung ein.

Ebenso wie den beiden Vorgenannten war es den beiden Ziegelarbeitern Meißner und Glinker ergangen. Auch sie waren an dem genannten Tage während der Mittagszeit von ihrer Ziegelei herüber in die Strackschen Werke, nur auf einen andern Komplex, gegangen, um den Kollegen drüben Mitteilung vom Stande der Sache zu machen. Beide gehörten zur Lohnkommission und hatten am Vormittag desselben Tages mit ihren Unternehmern verhandelt, wobei ihnen die schon erwähnte Lohnaufbesserung von 2 Pf. pro Stunde zugesichert worden war. Als sie im Strackschen Besitztum waren, um mit dem dortigen Vertrauensmann E. zu sprechen, war schon der Ziegelmeister T. avisiert, der M. und G. hinauswies. Beide gingen sofort. M. hat 14 Jahre und G. 4 Jahre bei Strack gearbeitet und nie ist früher ein Verkehr zwischen den Leuten der beiden Werke in den freien Stunden verboten gewesen. Auch gegen diese beiden Arbeiter wurde Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt und hier erkannte das Radeburger Schöffengericht auf je 2 Wochen Gefängnis. Interessant (um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen) sind die Urteilsbegründungen des Schöffengerichts. In beiden wurde gesagt, daß die Angeklagten wußten, daß sie ein Recht zum Betreten des Terrains nicht gehabt hätten, sie wußten, daß ihre Anwesenheit an diesem Tage dem Besitzer unbequem gewesen sei. Der Verplatz, wo die Angeklagten R. und W. mit S. verhandelt hätten, ist als Geschäftslokal (!) anzusehen. In der zweiten Urteilsbegründung heißt es noch: „Es sei schnöder Undank, bei solcher Gelegenheit dorthin zu gehen, wo ihnen jahrelang Brot gegeben worden.“ (Haben sie dafür nicht gearbeitet?)

Aus dem verlesenen Protokoll der Schöffengerichtssitzung ging hervor, daß die Angeklagten auf verschiedene Fragen, die die genannte Deutung zuließen, mit ja geantwortet haben. Da dies nicht ganz zweifelsfrei war, hatte man den Referendar Fischer vom Amtsgericht Radeburg geladen, der in der dortigen Verhandlung das Protokoll geführt hatte. Er bestätigte, gleich wie der ebenfalls geladene Referendar Bär als Vertreter des Rechtsanwalts Giehe, der als Verteidiger dort war, daß vom Vorsitzenden die Fragen so gestellt wurden, daß die Angeklagten gar nicht anders antworten konnten. Kopfschüttelnd nahm der Vorsitzende (Landgerichtsdirektor Heinze) diese Zeugenaussagen entgegen und bezeichnete die Fragen des dortigen Amtsrichters als „Suggestivfragen“. Die Angeklagten bestritten, Hausfriedensbruch begangen zu haben, seit Jahren gehen die Arbeiter der beiden Werke herüber und hinüber und besuchen sich. Auch der als Zeuge anwesende Ziegelmeister konstatierte, daß seinerseits gegen solchen Besuch nie eingeschritten worden sei. Die Berufung im ersten Falle hatte den Erfolg, daß das Urteil erster Instanz aufgehoben und die Angeklagten zu je 20 M. Geldstrafe eventuell 4 Tagen verurteilt wurden.

Nach der Urteilsbegründung hatten sie tatsächlich Hausfriedensbruch begangen, es habe ihnen aber in diesem Falle die Strafbarkeitseinsicht gefehlt und deshalb sei das Gericht auf Grund der neuen Strafgesetznovelle vom 5. Juli zu einer milden Strafzumessung gekommen. Sie hatten aber die Kosten beider Instanzen zu zahlen, da sie ihre Berufung im vollen Umfange aufrecht erhalten hatten. Gewitzigt durch diese Urteilsbegründung beschränkten die Angeklagten der zweiten Verhandlung, M. und G., ihre Berufung nur auf die Strafhöhe. Auch hier wurde das erste Urteil (2 Wochen Gefängnis) kassiert und jeder der Angeklagten zu 20 M. Geldstrafe eventuell 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Begründung war wie oben, nur wurden hier die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Die Dienstordnungen für die Angestellten der Ortskrankenkassen.

Nach § 351 der Reichsversicherungsordnung ist für die von den Krankenkassen besoldeten Angestellten, die nicht nach Landesrecht staatliche oder gemeindliche Beamte sind, oder nach § 359 deren Rechte und Pflichten haben, eine Dienstordnung aufzustellen. Diese Dienstordnung bedarf nach § 355, Absatz 3 der Reichsversicherungsordnung der Genehmigung des Oberversicherungsamtes und nach Absatz 4 entscheidet, wenn die Genehmigung versagt wird, auf Beschwerde die oberste Verwaltungsbehörde. Die oberste Verwaltungsbehörde führt auch die Aufsicht über das Oberversicherungsamt (§ 79 der Reichsversicherungsordnung). Da über die Dienstordnung im zweiten Buche der Reichsversicherungsordnung Bestimmungen getroffen werden, so können die Dienstordnungen auch erst nach dem zum 1. Januar 1914 zu erwartenden Inkrafttreten dieses Buches errichtet werden. Wenngleich also noch einige Zeit bis zur Errichtung der Dienstordnungen vergehen wird, so werden doch bereits in allernächster Zeit die Vorarbeiten dazu, wie überhaupt die Vorarbeiten zur Neuorganisation der Krankenversicherung in Angriff genommen werden müssen.

In erster Linie werden also die Vorstände der Krankenkassen selbst den Inhalt der Dienstordnung festzustellen haben. Dabei wird vieles darauf ankommen, ob sie genügend Festigkeit bewahren gegenüber den Wünschen der Oberversicherungsämter. Denn wenn diese der Dienstordnung die Genehmigung auch nur versagen dürfen, wenn ein „wichtiger Grund" vorliegt, insbesondere wenn Zahl oder Besoldung der Angestellten in auffälligem Mißverhältnisse zu ihren Aufgaben stehen, so ist doch diese Fassung des § 355 der Reichsversicherungsordnung sehr dehnbar. Für die Auffassung der Oberversicherungsämter über den Inhalt der Dienstordnungen wird maßgebend sein die Stellung, die die oberste Verwaltungsbehörde einnimmt. Denn das Oberversicherungsamt ist ja keineswegs eine unabhängige Rechtsinstanz, sondern ist ein Anhängsel des Regierungspräsidenten, ist „nachgeordnete Stelle" des Ressortministers des betreffenden Bundesstaates. Bei diesen Ressortministern liegt also die eigentliche Entscheidung.

Von welchen Ansichten und Stimmungen sich die Ministerien in Kassenangestelltenfragen leiten lassen, haben nicht nur die Streitfälle früherer Jahre — wir verweisen nur auf Remscheid — zur Genüge erwiesen. Die parlamentarischen Vorgänge bei Beratung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz von 1903 und noch viel deutlicher die Begründung und der ausgesprochene politische Zweck der Reichsversicherungsordnung, wie auch die Beratung dieses Gesetzes im Reichstage, sagen mehr als genug. In Preußen, Sachsen, Braunschweig und einer Reihe anderer Bundesstaaten haben die Regierungen eine so offene Parteinahme gegen die Kassenangestellten gezeigt, daß diese von jener Seite alles zu befürchten haben.

Es ist eine alte Erfahrung in allen bureaukratisch regierten Staaten, daß die Regierungen die Maßregeln, die sie mittels der Gesetzgebung nicht erreichen konnten, auf dem Verwaltungswege durchzuführen suchen. Wer die Maximen der preußischen, sächsischen oder braunschweigischen Regierung und ihrer Gefolgsmänner kennt, der wird nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß diese Regierungen hierbei versuchen, der politischen Rankünne den weitesten Spielraum zu lassen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sie ein Schema für eine Dienstordnung aufstellen und ihren „nachgeordneten Stellen" zur Beachtung für die Genehmigung der von den Kassenvorständen einzureichenden Entwürfe übermitteln werden. Dann wird sich auch zeigen, ob ein „wichtiger Grund" gefunden werden kann, den Entwürfen der Kassenvorstände die Genehmigung zu versagen. Inzwischen sind auch die in dem Bunde der nationalen Ortskrankenkassenbeamten zusammengeschlossenen Elemente bereits eifrig am Werke, die Regierungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Da der sehnlichste Wunsch dieser Leute die Staatsbeamtenanstellung ist, so arbeiten sie den angestelltenfeindlichen Absichten der Regierung noch in die Hände. Es wird nun allerdings dafür gesorgt werden, daß die Bäume der Herren Nationalen nicht in den Himmel wachsen; denn neun Zehntel aller Angestellten von Ortskrankenkassen lehnen die Staatsbeamtenwürde rundweg ab. Sie wollen, wie bisher, Angestellte der Selbstverwaltungskörperschaften bleiben.

Die Vorgänge bei Beratung der Reichsversicherungsordnung haben jedoch gezeigt, daß der Protest der Kassenangestellten gegen reaktionäre Maßnahmen der Regierungen allein nicht ausreicht, wenn er nicht einen Widerhall in den Kreisen der Versicherten, namentlich also in den Reihen der Krankenkassenvorstände findet. Das Recht der Genehmigung der Dienstordnungen für die Ortskrankenkassen birgt in sich eine außerordentlich ernst zu nehmende Gefahr für die Selbstverwaltung. Wenn die Versicherten und ihre Vertreter in den Kassenvorständen sich die durch die Reichsversicherungsordnung schon so bedeutend eingeengte Selbstverwaltung erhalten wollen, dann müssen sie gegen jeden Mißbrauch des Genehmigungsrechts energisch Front machen.

Um das zu können, muß aber die drohende Gefahr rechtzeitig erkannt werden. Wenn die Regierungen unter Nichtachtung der geschaffenen Schutzbestimmungen nur solche Dienstordnungen durch die Oberversicherungsämter genehmigen lassen würden, die den obersten Verwaltungsbehörden das Recht geben, den Angestellten der Ortskrankenkassen die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten zu übertragen, so würde die Selbstverwaltung der Kassenvorstände nur noch einem Schemen gleichen. Denn namentlich bei allen größeren Kassen ruhen die Verwaltungsarbeiten fast ausschließlich in den Händen der Angestellten. Werden diese aber erst zu Staatsbeamten gestempelt und damit der Disziplinargewalt der Regierungen unterstellt, dann wird auch die Verwaltung im Sinne der Regierungen geführt werden. Denn die Kassenangestellten als Staatsbeamte haben dann den Weisungen ihrer oberen und entscheidenden Vorgesetzten, d. h. den zuständigen Ressortministern, zu gehorchen. Damit wären die Kassenvorstände in der Praxis so gut wie ausgeschaltet.

Für die Bundesstaaten südlich der Mainlinie mögen diese Ausführungen vielleicht als Schwarzmalerei angesehen werden; in Preußen jedoch und in allen unter preußischem Einfluß stehenden Bundesstaaten ist die Gefahr drohend genug. Ihr könnten die Kassenvorstände am besten dadurch entgehen, daß sie sich mit den Angestellten, die sie bei Aufstellung der Dienstordnung zu hören haben, über den Inhalt verständigen. Die letzte Tagung der Ortskrankenkassen im Juli 1911 in Dresden hatte denn auch beschlossen, es solle zwischen den Vertretern der Kassen und der Angestellten über den Entwurf einer Musterdienstordnung verhandelt werden. Diese Verhandlungen haben bisher zu einem Resultat nicht geführt. Hoffentlich wird der im August in Köln stattfindende Ortskrankenkassentag diese Verständigung über alle Differenzen und Bedenken hinweg herbeiführen.

5. Verbandstag der Tapezierer.

k. Köln, 22. Juli 1912.

Der Verbandstag wurde gestern abend im hiesigen Volkshaus eröffnet. Er ist von 48 Delegierten, 3 Vorstandsmitgliedern und 5 Gauleitern beschickt. Den Verbandsausschuß vertritt Grünwaldt-Hamburg, die Generalkommission Robert Schmidt-Berlin. Der österreichische Bruderverband hat einen Vertreter entsandt. Der vorgesehenen Tagesordnung wurde der Punkt: „Die Arbeitsvermittlung im deutschen Tapezierergewerbe" hinzugefügt. Die Verschmelzungsfrage soll als erster Punkt bei der Statutenberatung behandelt werden.

Den Vorstandsbericht gab in der heutigen Sitzung Verbandsvorsitzender Spliedt-Berlin. Der Verlauf der letzten drei Jahre sei ein guter gewesen. Die wirtschaftliche Krisis war gebrochen und es dadurch dem Verband möglich geworden, die Scharte wieder auszuwetzen, die die Krisis geschlagen hatte. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg ganz beträchtlich — sie beträgt heute 10 500 — und der Einfluß des Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen steigerte sich wesentlich. Auf die Agitation unter den Näherinnen wurde großes Gewicht gelegt. Die Erfolge waren aber gering, nur zirka 10 Proz. sind organisiert. Auch der Stapelbranche wurde besonderes Interesse entgegengebracht, und diese Agitation hat gute Früchte getragen. Die Organisierung der Kleber und Linoleumleger ist schwieriger. Bezüglich der Linoleumleger herrschen Differenzen mit dem Sattlerverband, da auch die Sattler Anspruch auf diese Kategorie machen. Die beiderseitigen Vorstände sind darum in Unterhandlungen getreten, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Zugestanden wurde bereits von dem Sattlerverband, daß Sattler, die im Laufe der Jahre sich dem Tapezierergewerbe zuwandten, auch dem Tapeziererverband angehören sollen. Auch die auf den Werften beschäftigten Polsterer sollten dem Tapeziererverband überlassen bleiben. — Bei Besprechung der Lohnbewegungen — von denen wir im Vorbericht ein Bild gaben — betonte Spliedt, im laufenden Jahre habe der Vorstand besonders die kleinen Orte berücksichtigt und unterstützt. Es sei nötig, mehr Gewicht auf die Erhöhung der Löhne und Verbesserung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse in den kleinen Orten zu legen. — Spliedt begründete dann die Notwendigkeit der Ausschreibung von sechs Extrabeiträgen a 50 Pf., die im Vorjahre erhoben wurden. Wenn hier und dort im Lande dem Vorstand der Vorwurf gemacht worden sei, er sei mit der Ausschreibung des Extrabeitrages voreilig gewesen, er hätte erst den Gang der Dinge abwarten sollen, so verkennen diese Kollegen den Ernst der damaligen Situation und die Absicht des Vorstandes. — Zum Schlusse seiner Ausführungen betonte der Redner, der Vorstand glaube, in der Geschäftsperiode seine Pflicht getan zu haben. In diesem Bewußtsein unterbreite er den Bericht der Kritik.

Den Kassenbericht, aus dem wir die wichtigsten Zahlen bereits gegeben haben, gab Engel-Berlin. Am Schlusse der letzten Berichtsperiode kam auf den Kopf eines Mitgliedes ein Vermögen von 9,22 M., die jetzige Berichtsperiode schließt dagegen mit 15,52 M. pro Kopf ab. Die Finanzen haben sich also ganz wesentlich erhöht. Der Kassierer meinte aber, wenn auch die Kassenverhältnisse sich gebessert hätten, so seien sie doch noch nicht so, daß man zufrieden sein könne. Er bittet, keine Beschlüsse zu fassen, die eine Belastung der Kasse zur Folge haben.

Im Namen der Revisoren berichtete Horst-Berlin, die Kasse und Buchführung sei in bester Ordnung befunden worden. Er beantragt Entlastung des Kassierers.

An diese Berichte schloß sich eine längere Debatte, in der die Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen einverstanden sind. Kritisiert wurde, daß der Vorstand den Auftrag des letzten Verbandstages, eine Kleberkonferenz einzuberufen, nicht ausgeführt hat. Einen breiten Raum nahm die Besprechung des Verhältnisses zum Sattlerverband ein. Verlangt wurde, daß die Linoleumleger dem Tapeziererverband überlassen werden. Differenzen bestehen auch in der Stapelbranche. Die hier beschäftigten Arbeiter gehören zum Teil dem Sattlerverband an. Das führt zu allerlei Mißständen. So berichtete Schmidt-Berlin, daß in Berlin Matratzenarbeiter, die im Sattlerverband organisiert sind, einen Tarif mit einem weit geringeren Satz als den, den die Tapezierer für die gleiche Arbeit erhalten, abgeschlossen haben. Mit der Organisierung der weiblichen Hilfskräfte beschäftigten sich mehrere Redner, die auf die Schwierigkeit, diese für die Organisation zu gewinnen, hinwiesen, die Notwendigkeit der Organisierung dieser Kräfte aber unterstrichen. Frl. Preuß-Berlin, die einzige weibliche Delegierte, klagte über das mangelnde Interesse der Frauen für die Organisation. In manchen Werkstätten würden sich aber auch die Kollegen zu wenig bemühen, die Näherinnen der Organisation zuzuführen. — Die starke Fluktuation gab manchen Rednern zu Ausführungen Anlaß, sie untersuchten, wie diese zu dämmen sei. Allgemein wurde die Hausklassierung als Mittel zur Abschwächung der Fluktuation bezeichnet. — Winter-Frankfurt a. M. betonte, die Frage der Verschmelzung mit den Sattlern liege doch sehr nahe. Der Vorstand sei dieser Frage aber aus dem Wege gegangen. Die unerquicklichen Differenzen mit den Sattlern müßten aus dem Wege geschaffen werden.

Im Schlußwort erklärte Verbandsvorsitzender Spliedt, man müsse gegenüber den Sattlern an diesen Grundsätzen festhalten: Dem Tapeziererverband gehören alle im Tapezierergewerbe beschäftigten Arbeiter an, auch die Polsterer. Das Legen von Linoleum ist Tapeziererarbeit. Bezüglich Berlins, wo die Linoleumleger schon immer dem Sattlerverband angeschlossen sind, könnte man eine Ausnahme zulassen.

Bei der Abstimmung über die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge wurde beschlossen, künftig Jahresberichte, die gratis verabfolgt werden sollen, herauszugeben. Den Filialen Darmstadt und Danzig wurden alte Schulden an die Hauptkasse erlassen. Eine Statistik über die Berufsverhältnisse soll wie bisher aller drei Jahre aufgenommen werden. Der Vorstand wurde einstimmig entlastet.

Den Bericht der Redaktion gab hierauf Becker-Berlin. Das Verbandsorgan wurde in der Berichtszeit ausgebaut, die Redaktion kam den Wünschen nach mehr Fachartikel nach. Aber auch den wirtschaftlichen und politischen Vorgängen ist rege Aufmerksamkeit gewidmet worden. Die Gesamtkosten des Organs betrugen nach Abzug der Einnahmen 41 818 M. gegenüber 32 983 M. in der vorigen Berichtsperiode. Die Auflage der Zeitung stieg von 10 000 im Jahre 1909 auf 12 000 im Jahre 1911.

In der Debatte erklärten die Redner ihr Einverständnis mit der Haltung des Verbandsorgans; sie wurde heute nicht mehr beendet.

Der Verbandstag vertagte sich auf Dienstag.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Lohnkämpfe im Holzgewerbe.

Ohne in der Oeffentlichkeit viel Lärm zu schlagen, haben die Holzarbeiter auch in diesem Jahre wieder eine beträchtliche Anzahl von Lohnbewegungen geführt, die in ihrer Mehrzahl mit namhaften Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Beteiligten endeten. Auf dem kürzlich stattgefundenen Verbandstage des Holzarbeiterverbandes konnte der Vorstand berichten, daß in diesem Jahre bereits zahlreiche Bewegungen durch Abschluß von Tarifverträgen ihre Erledigung gefunden haben und außerdem eine größere Zahl Bewegungen im Gange ist resp. die Genehmigung des Vorstandes gefunden hat.

Gegenwärtig toben in mehreren Orten Kämpfe. In Bremerhaven sind es die Scharfmacher des Baugewerbes, die es nun schon zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit zum Kampfe getrieben haben, weil sie den Tischlern hartnäckig die allgemein üblichen Arbeitsbedingungen verweigern. Doch auch ihnen muß noch einmal die Ueberzeugung beigebracht werden, daß sich die Arbeiter auf die Dauer nicht widerspruchslos knechten lassen. Solange sie das nicht einsehen wollen, werden sich die Kämpfe wiederholen.

Die Tarifbewegung in Rheinland-Westfalen hat auf die Disziplin der Unternehmer ein eigenartiges Licht geworfen, indem die Mitglieder des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Lüdenscheid, die bei den Verhandlungen in erster Linie das große Wort führten, nachher, als das Verhandlungsergebnis nicht nach ihrem Willen ausgefallen war, sich einfach nicht fügten und die Vereinbarungen ablehnten. Nach mehrwöchigem Kampfe hatten sie neben dem Schaden auch noch den Spott zu tragen, da sie schließlich den Vertrag doch anerkennen mußten.

Von dem gleichen Geiste wie in Bremerhaven lassen sich die Unternehmer in Schleswig leiten, indem sie auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe die in einer Verhandlung gemachten Zugeständnisse wieder zurückzogen und dadurch den Kampf unvermeidlich machten, der nun schon über fünf Wochen tobt.

Weitere Kämpfe, die für die fernere Gestaltung der äußerst miserabeln Arbeitsverhältnisse von größter Bedeutung sind, finden gegenwärtig noch statt in Brand in der Erzgebirgischen Holzindustrie, in Dannenberg an der Elbe, in Ragnit in Ostpreußen (Schälin- und Kistenfabriken), Wesel (Rhein) und Sensburg.

Die Stockarbeiter in Wald führen einen erbitterten Kampf um den Neunstundentag, der von den Unternehmern mit gleicher Entschiedenheit abgelehnt wird.

Die Bürstenmacher streiken in Dortmund wegen minimaler Verbesserung ihrer Löhne, und die Pinselarbeiter in Dinkelsbühl, um die brutale Behandlung und Lohnverschlechterungen abzuwehren.

Die Korbmacher in Stettin erzielten einen Vertragsabschluß mit dem Provinzialverband der Pommerschen Korbmachermeister, der eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden auf 57 Wochenstunden und 8 bis 10 Prozent Lohnerhöhung vorsieht.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Baugewerbe resp. dessen Mitglieder in Burg bei Magdeburg, Gera und Plauen i. V. haben ihre Vertragstreue wieder einmal glänzend betätigt. In diesen Orten bestehen Tarifverträge, die zwischen beiden Zentralorganisationen abgeschlossen sind mit der klaren Bestimmung daß die Verträge für alle Betriebe der Tischlereien usw. gelten sollen. In Burg weigerte sich ein außerhalb des Schutzverbandes stehender Unternehmer, den Vertrag anzuerkennen, und in Gera und Reiz geschah solches sogar von Mitgliedern der Unternehmerorganisation. Da blieb den Arbeitern nichts anderes übrig, als zur Arbeitseinstellung in diesen Betrieben zu schreiten, oder dieses doch in Aussicht zu nehmen, um den bestehenden Verträgen Geltung zu verschaffen. Die Unternehmerorganisationen am Orte dagegen, anstatt die Verträge mit durchführen zu helfen, erklärten sich mit den vertragsfeindlichen Unternehmern solidarisch und sperrten die Arbeiter wegen ihres Vorgehens durch schwarze Listen von der Arbeit in den übrigen Betrieben aus.

Auch den Unternehmern in Brieg und Schönlanke, die nach mehrwöchigem Kampfe den zuerst abgelehnten Schiedsspruch nachträglich doch anerkennen mußten, war dieses Resultat nur durch das energische Eintreten des Holzarbeiterverbandes für die gefällten Schiedssprüche abzuringen.

Der Streik in der Görlitzer Waggonfabrik hält noch immer die Gemüter der Bewohner dieser Stadt in Aufregung, da die Streikbrecherkolonnen sich alle möglichen Exzesse und Raubaufgenen, sogar teilweise unter den Augen der Polizei, erlauben dürfen; es ist aber noch nichts davon bekannt geworden, daß diesem Treiben gegenüber die Polizei oder Staatsanwaltschaft schon einmal eingeschritten wäre, während gegen die Streikenden die größte Schneid angewandt wird.

In Weinheim ist die 9½stündige Arbeitszeit durch den Holzarbeiterverband durchgeführt worden.

Im Geringswalder Stuhlgebiet, zu dem außerdem noch Waldheim, Leisnig und Hartha gehören, ist nach langwierigen Verhandlungen ein Vertrag abgeschlossen worden, durch den die Arbeitszeit sofort auf 56 Stunden und am 1. Oktober 1913 auf 55 Stunden herabgesetzt wird bei einer Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde. Doch der Hauptwert dieser bedeutungsvollen Bewegung liegt darin, daß die außerordentlich verwickelt liegenden Akkordverhältnisse bis ins kleinste geregelt wurden durch Schaffung von illustrierten Akkord- und Taxationstarifen.

Da die Akkordarbeit vorherrschend ist, bedurfte diese in erster Linie einer Regelung, die nunmehr in durchaus glücklichem Sinne erreicht ist. Der abgeschlossene Vertrag — der erste seiner Art in der deutschen Stuhlindustrie — nebst den Akkordtarifen bildet ein stattliches Werk, das seinen Schöpfern alle Ehre macht.

Lokales.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bei der Firma Adolshütte, Ausführung von Dienanlagen in der Gasanstalt Reisi, sind Differenzen ausgebrochen und haben sämtliche Kollegen die Arbeit verlassen. Unsere Mitglieder haben daher diese Firma zu meiden.

Der Vorstand.

Aus der Umgebung.

Achtung, Bergarbeiter!

Auf dem Königl. Steinkohlenwerk Zaukerode sind in fortgesetzten Maßregelungen von organisierten Bergarbeitern statt. Bereits hat sich eine Bergarbeiter-Versammlung damit beschäftigt und eine für nächsten Sonntag angesetzte Versammlung wird weitere Entschließungen treffen.

Die Arbeiterschaft wird gebeten, keine Arbeitsgelegenheit auf dem Werk anzunehmen.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verband Deutscher Bergarbeiter, Bezirk Plauenscher Grund.

Achtung, Maler!

Mittwoch den 24. Juli haben die bei den Dekorationsmalern in Radeberg beschäftigten Maler-, Lackierer- und Anstreichergehilfen wegen Nichtanerkennung eines Tarifes die Arbeit eingestellt. Die Radeberger Arbeitgeber möchten die unhaltbaren Arbeitsverhältnisse dauernd erhalten. Zuzug muß unterbleiben und wird erwartet, daß kein Kollege nach Radeberg geht.

Die Verbandsleitung.

Holzarbeiterstreik in Wilkau.

In Wilkau (Sachsen) haben die organisierten Holzarbeiter der Firma Aug. Koppermann am 20. Juli wegen Nichteinhaltung des mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossenen Vertrages die Arbeit eingestellt.

Am 15. Juni mußte laut Vertrags neben einer Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche ein Lohnaufschlag von 2 Pf. erfolgen. Von einigen Fällen abgesehen, hat die Firma diese Bedingungen erfüllt, jedoch am ersten Lohntag, den 21. Juni, einer Anzahl Arbeiter mit der Begründung angekündigt, daß diese die vertragliche Lohnzulage nicht verdienten. Bei den Verhandlungen, die mit der Firma im Beisein der beiderseitigen Organisationsvertreter geführt wurden, erklärte sie, daß nach ihrer Auffassung der Vertrag durch die einmalige Auszahlung der vertraglichen Lohnzulagen erfüllt und sie berechtigt sei, alle diejenigen zu entlassen, die nach ihrer Meinung die Zulage nicht verdienten.

Es bedarf wohl keiner näheren Beweisführung, daß gegen eine derartige Auslegung bezw. Umgehung von Tarifverträgen mit aller Entschiedenheit angekämpft werden muß. Sonderbarerweise hat der Vertreter des Industrieschutzverbandes die Auffassung der Firma gebilligt. Der Kampf scheint demnach ein harter zu werden und wird daher ersucht, den Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen streng fernzuhalten.

Lohnbewegungen.

Wegen völliger Ablehnung ihrer Forderungen haben die Arbeiter der Brauerei Janssen u. Beckih zu Neuhrandenburg i. M. am Montag den 22. Juli die Arbeit niedergelegt. Die Arbeitszeit beträgt noch 10½ Stunden. Ueberstunden werden tagtäglich gemacht, aber nicht vergütet. Sonntags müssen noch vier Stunden ohne besondere Vergütung gearbeitet werden. Für rund 68 Stunden Arbeitsleistung wird ein Wochenlohn von 21,50 M. gezahlt. Aber trotzdem lehnte die Brauereileitung jede Verbesserung kurz ab.

Der Streik in der Steinzeugfabrik Friedrichsfeld in Baden ist abgebrochen worden.

Parteiangelegenheiten.

Aus den Parteiorganisationen.

In der Generalversammlung des 10. Kreises in Döbeln wurde konstatiert, daß die Mitgliederzahl von 2098 männlichen und 116 weiblichen auf 2798 männliche und 604 weibliche gestiegen sei. Erfreulich sei das Anwachsen der Volksstimmen-Abonnenten.

Ueber den bevorstehenden Parteitag referierte Genosse Döbelin-Döbeln: daß in Zukunft nur ein Drittel der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage anwesend sein solle, zeuge nicht von großem Stolze auf unsere 110. Es würde dadurch nur die Delegation der übrigen Genossen zurückgedrängt. Es würde genügen, wenn die Abgeordneten nicht in eigener Sache stimmen. Er erklärte sich für den Parteiausschuß und gegen eine Vermehrung der Vorstandsmitglieder. Das Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen begrüßte er. Auf das schärfste seien die Sonderkonferenzen zu mißbilligen. Der Parteitag müsse ein ernstes Wort sprechen und solche Sonderkonferenzen untersagen.

In der Debatte wandte sich Seidel-Geringswalde gegen

das „Anarchistische Treiben der Thalheimer und Radek". Er ist empört über die Sonderkonferenzen. Genosse Thale wandte sich ebenfalls gegen die Sonderkonferenzen. Der Parteitag solle sich gegen die Sonderbündelei aussprechen.

In der Debatte über die Volksstimme wünschte Herschel-Leipzig, daß in der Volksstimme nicht Reklame für die Monatshefte gemacht würde. Gegen die Eisenacher Konferenz habe die Volksstimme Stellung genommen, nicht aber gegen einen Bierabend, der bei Heine stattgefunden. Genosse Koske antwortete, daß die Monatshefte wie andere Zeitschriften ,die der Redaktion zugehen, angezeigt würden. Gegen die Sonderkonferenzen, die die Redaktion für verderblich halte, habe die Redaktion Stellung genommen. Wer bei Heine Bier trinke, gehe sie nichts an.

Auf der Kreisversammlung des 15. Reichstagswahlkreises (Mittweida-Frankenberg) referierte Genosse Stücklen, der Abgeordnete des Kreises, über den Parteitag. Zum Organisationsstatut meinte er, daß eine Vertretung der Fraktion genüge. Trotzdem spreche manches dafür, jedem Fraktionsmitglied die Teilnahme zu gestatten. Der vorgeschlagene Parteiausschuß sei ein Sprung ins Dunkle. Einen eventuell notwendigen Beirat des Parteivorstands könne man aus der Fraktion wählen. Er trat für Ablehnung des Parteiausschusses ein.

Es wurde ein Antrag angenommen, den Nürnberger Beschluß betr. Abführung des Maifeierbeitrags aufzuheben. Ferner eine Resolution zugunsten der Erweiterung des Parteivorstandes, Beibehaltung der Kontrollkommission und Ablehnung des Parteiausschusses.

In der Generalversammlung des 19. Reichstagswahlkreises (Schneeberg-Stollberg) wurde Zwönitz als Sitz des Kreisvorstandes bestimmt und die Genossen O. Kaufmann als Vorsitzender, G. Kaufmann als Kassierer, A. Kaufmann als zweiter Vorsitzender und Wetzel als Schriftführer wiedergewählt.

In der Debatte über die Volksstimme verlangte Genosse Buchwitz in taktischen Fragen eine andere Haltung. Nach längerer Debatte erklärte man sich im großen und ganzen ausdrücklich mit der Haltung der Volksstimme einverstanden.

Ueber den neuen Organisationsentwurf referierte Parteisekretär Kuhnt-Chemnitz, der sich mit dem Entwurf der Kommission einverstanden erklärte.

In der Debatte erklärte sich Schöpflin gegen die Beschränkung der Teilnahme der Abgeordneten und gegen den Parteiausschuß, den er als einen großen Diskutierklub bezeichnete. Er wünschte eine Verstärkung des Parteivorstandes durch unbesoldete Mitglieder.

Beschlüsse wurden dazu nicht gefaßt. Es wurde ein Antrag angenommen, den Nürnberger Beschluß betr. des Maifeierbeitrags aufzuheben.

Die Generalversammlung des 20. Reichstagswahlkreises (Zschopau-Marienberg) fand am Sonntag in Witzschdorf statt. Das letzte Jahr hat einen erheblichen Mitgliederzuwachs gebracht. Die Abonnentenzahl der Volksstimme ist um 1200 gestiegen.

Ueber Landesversammlung und Parteitag sprach Genosse Göhre. Redner hält das Abkommen mit den Freisinnigen, abgesehen von der „Dämpfung", für richtig. Die von der Organisationskommission gemachten Vorschläge, mit Ausnahme der Vertretung der Reichstagsabgeordneten, hält er für richtig. Ueber die Bekämpfung des Imperialismus sei die Partei sich einig. Wir sind und bleiben prinzipielle Gegner des Militarismus, seine Abschaffung ist aber nicht mit einem Male zu erreichen. Deshalb müsse schrittweise vorgegangen und den Anträgen auf Einschränkung der Rüstungen (Abrüstungsanträgen) zugestimmt werden, um den Massen, die die Opfer zu tragen haben, eine Erleichterung zu schaffen. Aus diesem Grunde habe die Fraktion auch für die Erbschaftssteuer gestimmt. Wer an eine Spaltung in der Partei glaube, wie in Italien, sei auf dem Holzwege. In der Diskussion erklärte sich Rehnert-Chemnitz gegen den Ausschuß, die übrigen Redner dafür.

Die Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Volksvereins für den 11. Wahlkreis tagte am Sonntag in Netzschkau. Der Besuch war gut und auch Vertreter der Parteiinstanzen und der Volkszeitung waren anwesend. Aus dem Bericht des Wahlkreisvorstandes geht hervor, daß auch das vergangene Geschäftsjahr einen nennenswerten Fortschritt mit sich gebracht hat. So ist die Mitgliederzahl des 11. Kreises von 2145 auf 2540 gewachsen. Ebenso sind die Finanzen gestiegen. Der Kassenabschluß bilanziert mit 10 650,28 M. Die Reichstagswahlabrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 14 929,14 M. An die Berichte schloß sich eine lebhafte Debatte. Genosse Zwinski wurde einstimmig wieder als Reichstagskandidat für den 11. sächsischen Kreis aufgestellt. Der bisherige Kreisvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Merseburg-Querfurt wurde nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Pollender-Leipzig zu dem Stichwahlabkommen folgende Resolution angenommen:

„Die Kreisversammlung von Merseburg-Querfurt erblickt in dem Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen eine arge Entgleisung aus der Bahn selbständiger proletarischer Klassenpolitik. Die mit dem Abkommen oktroyierte „Dämpfung" der sozialdemokratischen Wahl- und Werbetätigkeit mußte nicht nur große Verwirrung in den eigenen Reihen hervorrufen, sondern war auch geeignet, die Parteientwicklung in den betroffenen Kreisen dauernd zu schädigen. Insbesondere muß aber auch die autokratische Methode verurteilt werden, mit der dem Stichwahlabkommen im Wahlkreise Merseburg-Querfurt über den Kopf des Wahlkreisvorstandes und gegen dessen Willen Geltung zu verschaffen versucht wurde."

Genosse Drescher, Parteisekretär in Halle, hatte sich gegen die Resolution gewandt. Der Parteitag würde wohl einen anderen Standpunkt einnehmen. Der Kreis Merseburg gehört zu den von der „Dämpfung" betroffenen Wahlkreisen. Es wurde ferner ein Antrag an den Parteitag angenommen, dahingehend, daß Mitglieder gelber Werkvereine oder Gewerkschaften aus der Partei auszuschließen sind.

Der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg veröffentlicht soeben seinen gedruckten Jahresbericht für 1911/12, in dessen Einleitung festgestellt wird, daß der Verein „an Umfang und Festigkeit im Geschäftsjahr wesentlich gewonnen" hat. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Juli d. J. 7266 (1911: 6285), darunter 1238 weibliche (1012). Von den Mitgliedern standen nur 831 im Alter unter 25 Jahren, wodurch das törichte Gerede der bürgerlichen Gegner Widerlegung erfährt, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen nur unerfahrene, jugendliche Leute seien. Der Verein hatte eine Einnahme von 46 545,39 M. und eine Ausgabe von 42 314,18 M. Sein Kassenbestand betrug am 1. Juli d. J. 20 920,71 Mark. Erwähnt mag noch werden, daß mit dem 1. Oktober d. J. die von Partei und Gewerkschaften gemeinsam begründete Zentralbibliothek mit einem Bestande von annähernd 10 000 Bänden eröffnet wird.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig wurde folgende Resolution zum Organisationsstatut angenommen:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt erklärt zu den Abänderungsvorschlägen der 22-er Kommission für das Organisationsstatut: 1. Sie lehnt die Erhöhung der Beiträge und 2. die Beschränkung der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitage ab. 3. Ebenso lehnt sie den vorgeschlagenen Parteiausschuß ab. An seiner Stelle empfiehlt sie: 1. Die Vermehrung der unbesoldeten Beisitzer im Vorstande, 2. die Ausdehnung der Rechte der Kontrollkommission zur politischen Kontrolle des Parteivorstandes und 3. die Beibehaltung der im Absatz 3 des § 19 des Organisationsstatuts vorgesehenen Konferenzen."

Eine Kreiskonferenz des 7. badischen Reichstagswahlkreises beschloß, dem deutschen Parteitag zur Reorganisation der Partei den Vorschlag zu machen, aus jedem Landesteil mögen dem Parteitag drei Parteigenossen für den Parteiausschuß zur Wahl gestellt werden, so daß dieser gewählt und nicht nur ernannt wird. Weiter sprach sich die Konferenz gegen die geplante Aufhebung des mittelbadischen Parteisekretariats aus und tadelte, daß im Organisationsstatutentwurf nicht die Einberufung sogenannter Landeskonferenzen durch den Landesvorstand vorgesehen sei, durch welche dem Parteitage vorgearbeitet werden könne.

Neues aus aller Welt.

Verbrecherkampf bei Krakau.

Krakau, 22. Juli. Eine Banditenschlacht hat sich gestern nachmittag bei der Station Tokarnia zugetragen. Um 2 Uhr nachmittags erhielt die Polizeiwache des Tokarner Bahnhofs die Nachricht, daß zwei verdächtige Individuen den Abendzug benutzen würden. Vor Abgang des Zuges nach Trzebinie kamen tatsächlich zwei Personen und stiegen in den Zug ein. Kurz vor Abgang des Zuges begab sich ein Polizeikommissar mit einem Beamten in den Wagen und forderte die beiden auf, sich zu legitimieren. Da sie weder einen Paß noch sonst Legitimationspapiere bei sich hatten, forderte sie der Beamte auf, auszusteigen und mit auf die Polizeiexpositur zu kommen. Beide erklärten nun, Roman Mielent und Joseph Josephowitsch zu heißen und aus Lodz zu stammen. Als der Zug von Tokarnia sich in Bewegung setzte, machte Mielent einen Sprung auf das Gleis, um in den abfahrenden Zug zu springen. Gleichzeitig hatte sich auch Josephowitsch von der Eskorte losgerissen. Als Mielent des Polizeioffiziers Schritte ansichtig wurde, feuerte er gegen ihn vier Revolverschüsse ab, durch die Schreiter schwer verwundet wurde. Als Mielent sah, daß er von allen Seiten von Gendarmen und Polizisten umzingelt war, blieb er stehen und feuerte aus seinem Mausergewehr auf seine Verfolger zahllose Schüsse ab, von denen aber keiner traf. Dann begann er aus einem zweiten Mausergewehr zu schießen und zog schließlich einen Revolver hervor, mit dem er sich eine Kugel in die Schläfe jagte. Er stürzte blutüberströmt ins Wasser. Die Gendarmen zogen ihn heraus und schafften den Verbrecher, bei dem noch 400 Patronen gefunden wurden, in das Spital, wo die Verletzungen als tödlich erkannt wurden. Während dieser Vorgänge war Josephowitsch über das Feld geflüchtet, von einer großen Zahl von Gendarmen verfolgt. Als er keinen Ausweg mehr sah, blieb er stehen und jagte sich selbst eine Kugel in die Lungen. Er war sofort tot.

Ein Hundebegräbnis.

In Ventimiglia, an der italienischen Riviera, hat dieser Tage ein reicher französischer Kaufmann namens Aubert seinen Laden zum Zeichen der Trauer über den Tod seines Hundes schließen lassen. Das Tier war durch einen Rohling getötet worden. Sein betrübter Herr ließ ihm einen prachtvollen Sarg aus Mahagoni mit silbernen Griffen machen und ihn dann auf einem Leichenwagen erster Klasse zu Grabe tragen. Auf dem Sarg lagen zehn Kränze weißer Blumen, ein Kranz für jedes Lebensjahr des Hundes. Neben dem Kutscher sitzend, fuhr Aubert den Wagen durch die ganze Stadt. Dann ließ er den Hund im Park seiner Villa feierlich begraben. Der Leidtragende gab dann, wie der Mailänder Corriere della Sera, dem wir die Geschichte entnehmen, berichtet, zur Ehrung seines Hundes 1000 Lire an die Armen.

Tod einer Unbekannten.

Berlin, 23. Juli. Gestern nachmittag betrat ein gutgekleidetes junges Mädchen das Haus Jägerstraße 18b in Groß-Lichterfelde und bat die Portiersfrau um ein Glas Wasser. Kaum hatte die Fremde einen Schluck getrunken, als sie leblos zusammensank. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Die Tote ist etwa 20 Jahre alt. Bisher ist es nicht gelungen, ihre Identität zu ermitteln. Der Tod ist wahrscheinlich durch Herzschlag eingetreten.

200 000 Kronen unterschlagen.

Lemberg, 23. Juli. Der hiesige bekannte Wechselstubeninhaber Gabel ist nach Veruntreuung von 200 000 Kronen flüchtig geworden. Von der Behörde wurde ein Steckbrief hinter dem flüchtigen Defraudanten erlassen.

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nähere Bezeichnung	Preise für ½ kg am 21. Juli 1912	Ende Juni 1912	Ende Juni 1911
Rindfleisch			
Brust	80—120	70—100	70—120
Bauch	70—100	70—90	70—90
Bratenfleisch, Keule	90—130	90—130	90—130
Schoß	100—200	100—200	100—200
Lende, unausgeschält	80—130	80—130	80—130
Lende, ausgeschält	120—250	120—260	120—260
Kalbfleisch			
Schnitzelfleisch	120—240	140—240	120—240
Keule	80—130	80—130	85—130
Uebrige Teile	70—120	70—120	70—120
Hammelfleisch			
Keule	90—120	80—120	90—120
Koteletts	90—120	90—120	90—120
Kochfleisch	75—100	70—100	70—100
Schweinefleisch			
Keule	80—120	80—120	70—120
Karree	90—130	90—120	90—120
Bauch	70—90	70—90	55—80
Knöchel	50—70	50—70	50—70
Rauchfleisch	90—130	90—130	80—140
Schinken, im ganzen Stück	100—150	100—150	100—150
Schinken, im Anschnitt	140—240	140—240	140—240
Speck, geräuchert	80—120	80—120	80—120
Speck, roh	70—90	70—90	80—100
Schweineschmalz	90—120	90—120	90—120
Rinderschmalz	60—80	60—80	60—80
Blutwurst	50—140	50—140	50—140
Leberwurst	60—140	60—140	60—140
Servelatwurst	120—240	120—240	120—240

Anmerkung. Es verstehen sich: der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.

Verlangen Sie ausdrücklich Kathreiners Malzkaffee,
dann haben Sie den besten Malzkaffee.
Der Inhalt macht's!

Badeanstalt Plauen
Gitterseestraße 18, Am Seminar
Coschützer Straße
Bäder aller Art.
Lieferant sämtl. Krankenkassen.

Feldstecher, Marinegläser
Schutzbrillen, Schutzklemmer grau und grün
Arbeitsbrillen, Klemmer
F. E. Zimmermann
An der Herzogin Garten.

Frauen-Tee! altbewährt. Paket 75 Pf.
Alle Frauen-Artikel.
R. Freisleben
Postplatz.

Gewissenhaft repar. Uhren
Feder 75 Pf. Reinigen 1 M. nur
Drehgasse 1 a, I. Etage

Uhren aller Art
Neue Uhren
Max Richter, Amonstr. 28, I.

Radeberger Brauhaus
Waldemar Lappy
Telephon 2864
Pilsner — Lager — Münchner
Schankbier — Karamel —
— Einfach — Kulmbacher.

Erfinder
wenden sich an das bestempfohlene Patentbüro Hülsmann Dresden
Käufer

Damen
wenden sich bei Störungen vertrauensvoll an Fr. Auerbach.

Damen-Rad

Soeben erschien:
Sternbüchlein für 1912
von Robert Henseling
Mit 12 Sternkarten u. zahlreichen Abbildungen.
Preis 75 Pf.
Volksbuchhandlung
Grosse Zwingerstrasse.

Postkarten
mit eigener Photographie
Photograph
Berichtigung.
Die in Nr. 164 der Dresdner Volkszeitung befindliche Erklärung Großmann ist nicht von mir ausgegangen.
Ernst Großmann
Restaurant am Sachsenberg.

Kokos-Flocken
Selbmanns Filialen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120724/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

am Laschenwalde, näher an Bischofswerda als an Bautzen, liegt. Die Schanze hat, auf der Wallkrone gemessen, einen Durchmesser von 50 Schritt und einen Umfang von 180 Schritt. Der von ihr eingeschlossene Flächenraum ist also ziemlich knapp. Der Wall ist auf allen Seiten geschlossen. Auf der Südseite und ebenso auf der Südwestseite hat man ein Stück des Walles abgegraben, so daß festgestellt werden konnte, daß er aus lehmiger Erde aufgeschüttet ist. Der Wall ist jedenfalls nachträglich erhöht worden, denn es scheint sich eine obere Schicht von der niederen unterscheiden zu lassen. „Ebenso läßt sich erkennen, daß in etwa 3 Meter die Erde von einer Steinpackung durchzogen ist," sagt der Berichterstatter weiter. Die Angabe ist etwas unklar, doch scheint gemeint zu sein: in etwa 3 Meter Länge. Vielleicht hatten die Erbauer der Schanze die Notwendigkeit erkannt, ihr an einer bestimmten Stelle eine größere Haltbarkeit zu verleihen. Endlich zeigt der Wall an der Südseite eine Stelle, an der der Lehm rot gebrannt ist. Nach Norden zu ist der Wall bedeutend niedriger als im übrigen. Vermutlich reichten, sagt der Berichterstatter, die Teiche noch näher heran, die hier vorliegen und von einem Bache gespeist werden, der im Osten der Schanze vorbeifließt. Damit soll wahrscheinlich angedeutet werden, daß die Teiche einen natürlichen Schutz boten, so daß kein höherer Wall erforderlich war. Ob etwa die geringere Höhe des Walles an der nördlichen Seite daher stammt, daß die obere Aufschüttung hier nicht vorgenommen worden ist, oder wegen des natürlichen Schutzes durch das Wasser, dürfte noch der Feststellung harren.

Bemerkt sei, daß der Name Laschenwalde oder Laschen nach [illegible] „Slawische Siedlungen", von dem [illegible] [illegible] kommt, daß ist ein Wald oder Ort mit sumpfigem Wiesengrunde, eine Erklärung, die [illegible] in der Fortsetzung einer Arbeit über „Verschwundene alte Dörfer in Bautzen und Umgegend" in Nr. 6 der Bautzener Geschichts-Blätter aus dem Grunde für zutreffend hält, weil der Laschenwald auch heute noch in seinem östlichen Teile auffallend sumpfige Stellen hat. Die Angaben über die Lage der Großhähnchener Schanze ermöglichen aber leider keine Schlußfolgerung darüber, in welcher Beziehung die Schanze, namentlich ihre nördliche Seite, und das Teichsystem etwa zu der sumpfigen Beschaffenheit der Umgegend stehen.

Kleine Mitteilungen Eine Reihe von drei Ausstellungen, die im Frühling 1913, 1914, 1915 und 1916 stattfinden werden, soll im Pariser Petit Palais des Champs-Elysées einen umfassenden Ueberblick über die ganze französische Kunst des 19. Jahrhunderts gewähren. Aus allen staatlichen und privaten Sammlungen sollen die wichtigsten Werke zusammengebracht werden, die zeigen, wie Großartiges der französische Geist im vergangenen Jahrhundert in künstlerischen Leistungen hervorgebracht hat. Die erste Ausstellung wird David und seinen Schülern Gérard, Gros, Guérin, Ingres u. a. gewidmet sein, und mit der Zeit der Revolution beginnend, die Kunst der napoleonischen Ära vorführen. Die zweite Ausstellung wird dann als Mittelpunkt Delacroix und um ihn gruppiert die romantische Schule zeigen. Für die David-Ausstellung sind bereits jetzt umfassende Vorbereitungen getroffen, damit keine charakteristische Arbeit aus dem Werk des großen Klassikers und seiner Schule fehle.

In voriger Woche ist der neue Unterseekabel, der Tripolis und Syrakus verbindet, eingeweiht und für den gewöhnlichen Verkehr freigegeben worden. Tripolis wird dadurch in bezug auf Personen- und Postverkehr bisher mit Italien verbunden sein als die [illegible] von Sardinien. Diese Insel hätte offenbar dabei zu gewinnen, wenn man sie als Kolonie behandelte.

Die soeben erschienene amtliche englische Statistik über die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1909 erregt in Großbritannien besonderes Aufsehen, weil sie seit längerer Zeit zum ersten Male einen bemerkenswerten Aufgang der Geburtsziffern zeigt. Schon die Zahl der Eheschließungen weist einen Rückgang gegen frühere Jahre auf und erreicht im Jahre 1909 nur 15 v. T., dagegen scheinen jedoch die ersten Monate des laufenden Jahres wieder eine kleinere Steigerung zu bringen. Die Zahl der Scheidungen ist seit 1909 ständig [illegible]. Während aber 1909 noch die Geburtsziffer 25,8 v. T. erreichte, ist sie 1909 auf 25,1 gesunken und steht damit um 2,5 v. T. tiefer als die Durchschnittszahl für die Jahre 1901 bis 1909, die bereits ebenfalls eine erheblich verminderte Geburtenziffer zeigte. Im Jahre 1909 wurden in England insgesamt 457 [illegible] Knaben und [illegible] Mädchen geboren; es zeigt sich also, daß das Verhältnis der Knaben zu den Mädchen in England und Wales niedriger ist als in allen anderen europäischen Ländern. [illegible] das Jahrzehnt von den Geburtsziffern ab, so ergibt sich ein Geburtenrückgang von rund 11,30 v. T.; noch in den Jahren [illegible] betrug der entsprechende Geburtenüberschuß 11,[illegible] [illegible] 25 Prozent gesunken.

Im [illegible] soll eine Neuauflage des [illegible] Buches „Dorfer u. Bilder [illegible] zeitgenössischer Dichter" [illegible]. Die [illegible] sind. [illegible]

[illegible] Luftschifffahrt [illegible] in Deutschland. [illegible] Jahre 1811 [illegible] [illegible] Stuttgart [illegible] Dampfschiff [illegible] 6 bis 10 Stunden in einer Stunde zurücklegen will". [illegible], schließt die Urkunde mit dem prophetischen Satz: „Vielleicht ist es bis zu der Zeit, in welcher diese Urkunde gefunden wird, so weit, daß man geregelte Luftreisen macht." Der zukünftige Eroberer der Luft lebte damals bereits im Schwabenland als der vierjährige Graf Ferdinand Zeppelin.

Mit Unterstützung der preußischen Staatsregierung sind seit einiger Zeit eingehende wissenschaftliche und künstlerische Studien eines bedeutenden Gebietes der deutschen Heimatkunst, nämlich der Bauernhäuser und Holzkirchen, besonders in Ostpreußen, gemacht worden. Diese Studien sind jetzt abgeschlossen und liegen gesammelt in einem Werke vor, das den Zweck hat, bei Neubauten auf dem Lande die Landbewohner zu beraten, wie sie bei den Neubauten künstlerische Heimatpflege treiben können.

Dem Pariser Journal wird aus Petersburg gemeldet, daß zwei Kosakenkinder in einem Dorfe des Gouvernements Poltawa beim Spielen einen kostbaren antiken Goldschatz fanden, der aus Geschmeide, Münzen und Waffen besteht und zum Teil aus dem vierten und siebenten Jahrhundert nach Christus herstammt. Er zeigt teils persische, teils byzantinische Arbeit. Der Wert des gesamten Fundes wird auf eine Million Rubel geschätzt. Ein Ausschuß von Archäologen ist unterwegs, um den Fund für die Regierung zu übernehmen. Die beiden Kosakenkinder erhalten die Hälfte des Wertes, also eine halbe Million Rubel, als Finderlohn.

Heiteres Von Serenissimus. „Es scheint, daß jetzt sehr viele Unterseeboote gebaut werden." — „Sie sind sehr nützlich, Hoheit." — „Nun ja, ich kann mir denken, daß die Besatzung bei solcher Hitze gern unter Wasser sind."

Berliner Fremdenführer. „Also hier, sehn Se mal, det is das deutsche Reichstagsgebäude! Det ist das Haus, wo die Gelder der ... englischen Flotte bestimmt wird!"

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 25. Juli. Opernhaus (Altstadt): Geschlossen. — Schauspielhaus (Neustadt): Geschlossen. — Residenztheater: Die goldene Schüssel. Anfang 8 Uhr. — Zentraltheater: Ein Walzer von Chopin. Anfang 8 Uhr.

Unterricht. Stud. Arbeiterunterrichtskurse. Der Unterricht schließt mit Freitag mittag in der Technischen Hochschule, [illegible] Deutsch 3, Algebra 3, Deutsch 1b und [illegible] am 26. Juli ausfallen. Anmeldungen für das Wintersemester 1912/13 werden in der letzten Oktoberwoche entgegengenommen. Näheres wird noch mitgeteilt.

Freie Turnerschaft Dresden und Umgegend (gegründet 1893). In letzter Sitzung wurde bekanntgegeben, daß alle Notizen, die für die betreffende Woche bestimmt sind, allerspätestens Mittwoch an die bekannte Adresse gelangt sein müssen.

1. Gruppe. Freie Turner Löbtau. 28. Juli Schnitzeljagd in die Saloppgründe. Abmarsch 6 Uhr vom Hauptbahnhof.

Striesen-Tolkewitz. Freitag abend Spielen (Faustball, Barlauf usw.)

Vorwärts Niederpoyritz. Donnerstag abend Spielen auf dem Spielplatz in Oberpoyritz.

2. Gruppe. Turnerschaft Pieschen. Donnerstag abend Spielen auf Kobers Spielplatz.

3. Gruppe. Freiheit Dippoldiswalde. Alle zur Versammlung am Donnerstag abend im Deutschen Haus.

4. Gruppe. Donnerstag den 1. August Sitzung im Kronenhalle bei Voigt.

VVK **Volksvorstellung im Residenztheater,** Sonntag den 28. Juli, nachmittags 3½ Uhr, findet die nächste Vorstellung der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege statt. Zur Aufführung kommt „Heimat". Schauspiel in vier Akten von Hermann Sudermann. — Karten zu 60 Pf. sind zu haben im Bureau des Gewerkschaftskartells, Ritzenbergstraße 4, I.; Volksbuchhandlung, [illegible] 14; O. Gerade, [illegible]; H. Böhmer, [illegible]; A. Hollenbeck, [illegible] Straße 15; M. [illegible], Hospitalstraße 9 [illegible]; F. Neuhäuser, [illegible] Straße 22 [illegible]; Robert Wirth, Holzhofstraße 10 [illegible]; Bruno Michaelis, [illegible] 25; Max Wienhold, [illegible] Straße 2, I.; [illegible] Eppert, [illegible] 44 [illegible]; Bernhard John, [illegible]; Richard Troeschler, Radebeul, [illegible]; Ewald Schäfer, [illegible]; [illegible] Straße 12; Arbeitersekretariat Döhlen, [illegible] Straße 24 [illegible]; Otto Haase, Kreischa, [illegible]; Max Hedrich, [illegible]; Georg Weißheimer, Kötzschenbroda, [illegible] 14. — Die Vertrauensmänner der Betriebe werden ersucht, sich für den Vertrieb der Karten zu bemühen. Theaterzettel und Garderobe sind frei.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

[illegible]. Donnerstag abend punkt 7½ Uhr, Sitzung im [illegible].

Gruppe Neustadt. Donnerstag Vorgangsspiele auf dem [illegible]. Abmarsch 8 Uhr vom Königsbrücker Platz.

Gruppe Radebeul. Donnerstag Monatsversammlung im Rest. Scharfe Ecke.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 169 Dresden 24. Juli 1912

Napoleon in Selbstzeugnissen

Die Jahrhundert-Erinnerungen, die sich in den nächsten Zeiten um die Gestalt Napoleons erheben werden, verpflichten vor allem, den Mann selbst reden zu lassen. Wir beginnen mit Auszügen aus dem unerschöpflichen und unübertrefflichen Schatz Napoleonischer Selbstzeugnisse, die sich in seinen Befehlen, Berichten, Gesetzen, Reden, Briefen, Unterhaltungen offenbaren. Die Sammlung soll fortgesetzt werden.

Soldaten der Freiheit

Ihr habt ohne Kanonen Schlachten gewonnen, ohne Brücken Flüsse überschritten, ohne Schuhe Gewaltmärsche gemacht, ohne Branntwein und oft ohne Brot biwakiert. Nur republikanische Scharen, nur Soldaten der Freiheit waren fähig zu ertragen, was ihr ertragen habt ...

Freunde, ich verspreche sie euch, diese Eroberung, aber nur unter einer Bedingung, die zu erfüllen ihr schwören müßt, die nämlich, die Völker zu schonen, die ihr befreit, den abscheulichen Plünderungen Einhalt zu tun, welche die von unseren Feinden verleiteten Verbrecher begehen. Sonst wäret ihr nicht die Befreier der Völker, ihr würdet deren Geißel sein; ihr wäret nicht die Ehre des französischen Volkes, es würde euch verleugnen ...

Aber mit der Vollmacht der Nation versehen, auf Recht und Gesetz mich stützend, werde ich diese kleine Anzahl mut- und herzloser Menschen zu zwingen wissen, die Gesetze der Menschlichkeit und der Ehre zu achten, die sie mit Füßen treten. Ich werde nicht dulden, daß Raubgesindel euren Lorbeeren besudelt; ich werde die Verordnungen, die ich auf den Tagesbefehl gelegt habe, mit aller Strenge vollziehen lassen ... Wir führen den Krieg als edelmütige Feinde, und wir wollen nur die Tyrannen beseitigen, die euch unterdrücken.

Proklamation an die Armee, 26. April 1796

Frankreich, das freieste Land

Die Franzosen sind zu meiner Zeit das freieste Volk Europas gewesen, auch die Engländer nicht ausgenommen ... Alle Länder, welche man von uns getrennt hat, wünschen die Gesetze zurück, mit denen ich sie regiert habe.

Juli 1815. Las Cases V, 72 f.

Humanität

Tapfere Soldaten führen Krieg und wünschen Frieden. Dauert dieser Krieg nicht schon seit sechs Jahren? Haben wir nicht genug Menschen getötet und der trauernden Menschheit genug Uebel zugefügt? Sie erhebt auf allen Seiten Einspruch. Europa, das die Waffen gegen die französische Republik ergriffen hatte, hat sie niedergelegt. Ihre Nation bleibt allein übrig, und doch soll noch mehr Blut fließen als je. Dieser sechste Feldzug kündigt sich durch unglückbringende Vorzeichen an; wie auch sein Ausgang sei, so werden wir auf beiden Seiten einige Tausend Menschen mehr töten, und man wird doch endlich dahin kommen müssen, sich zu verständigen, weil alles ein Ziel hat, selbst der leidenschaftliche Haß. Ist denn keine Hoffnung, uns zu verständigen, und müssen wir auch für das Interesse oder die Leidenschaft einer den Leiden des Krieges fremden Nation einander umbringen?

31. März 1797. An den Prinzen Karl

Kampf um Frieden

Ihr wollt den Frieden. Die Franzosen kämpfen für ihn. Wir gehen über eure Gebiet nur, um den Wiener Hof zu zwingen, dem Wunsch des bedrängten Europas nachzugeben und auf das Angstgeschrei seiner Völker zu hören. Wir kommen nicht hierher, um uns zu vergrößern; die Natur hat unsere Grenzen am Rhein und an den Alpen gezogen, wie sie die Grenzen des Hauses Oesterreich in Tirol festgelegt hat.

20. August 1796. An die Tiroler

Krieg für Freiheit

Wenn Sie mich gegen den sehr deutlichen Wunsch der französischen Regierung zum Krieg zwingen, so glauben Sie jedoch nicht, daß die französischen Soldaten nach dem Beispiel der Soldaten, die Sie bereitet haben, die selbst das auf Dalmatien und ungarischen Bevölkerung des [illegible] wünschen; ich werde sie beschützen, und sie wird eines Tages selbst die Verbrechen kennen, welche die französische Nation [illegible] haben, sie von ihrer Venetianischen Regierung zu befreien.

9. April 1797. An den Dogen von Venedig

Toleranz und Kriegsmoral

Die Völkerschaften, mit denen wir jetzt zusammen leben werden, sind Mohammedaner; ihr erster Glaubensartikel ist: „Es gibt keinen anderen Gott als Gott, Mohammed ist sein Prophet." Widersprecht ihnen nicht, behandelt sie, wie wir die Juden, die Italiener behandelt haben; beweist auch Rücksichtnahme gegen ihre Muftis und ihre Imams, wie ihr euch gegen die Rabbiner und die Bischöfe benommen habt, habt für die vom Koran vorgeschriebenen Zeremonien, für die Moscheen dieselbe Duldung, die ihr für die Klöster, für die Synagogen, für die Religion Moses und Christi gehabt habt. Die römischen Legionen beschützten alle Religionen. Ihr werdet hier Gebräuche finden, die von den europäischen verschieden sind; ihr müßt euch an sie gewöhnen. Die Völkerschaften, zu denen wir gehen, behandeln die Frauen anders als wir; aber der, der eine Frau vergewaltigt, ist in allen Ländern ein Ungeheuer. Das Plündern bereichert nur eine kleine Zahl Menschen, es entehrt uns, es vernichtet unsere Hilfsquellen, es macht uns die Völker zu Feinden, während es doch in unserem Interesse liegt, sie zu Freunden zu haben.

22. Juni 1798. Proklamation an die Armee

Der Hund auf dem Schlachtfeld

Auf einem italienischen Schlachtfeld sah ich beim tiefen Schweigen der Nacht, in der tiefsten Einsamkeit der Nacht, wie ein Hund plötzlich unter den Kleidern eines Leichnams hervorsprang, zu uns lief und sofort zu seinem Lager zurückkehrte, jämmerlich heulend; er leckte abwechselnd das Gesicht seines Herrn, und kam abermals zu uns. Er suchte bei uns Hilfe und Vergeltung zugleich. War es eine augenblickliche Stimmung, war es der Ort, die Stunde, die Zeit, der Vorgang selbst, ich weiß es nicht; aber niemals hat etwas, in keiner meiner Schlachten, auf mich einen gleichen Eindruck gemacht. Ich blieb unfreiwillig stehen, um das Schauspiel zu beobachten. Dieser Mensch, sagte ich mir, hat vielleicht Freunde; er hat deren vielleicht im Lager, in seiner Kompagnie, und er liegt hier verlassen von allen, nur nicht von seinem Hunde! Welche Einsicht eröffnet uns die Natur durch dieses Tier! Was ist der Mensch! Wer löst das Geheimnis seiner Gefühle! Ohne Bewegung hatte ich Schlachten geleitet, die das Schicksal einer Armee entschieden; ich sah trockenen Auges Bewegungen ausführen, die den Untergang einer großen Menge der Unsrigen herbeiführten; und hier fühlte ich mich bewegt, erschüttert durch das Geheul und den Schmerz eines Hundes. Und sicher, in diesem Augenblick wäre ich einem bittenden Feinde zugänglicher gewesen.

Dezember 1815. Las Cases II, 32

Der feige Arzt

Der Bürger Boyer, Wundarzt der Krankenheime in Alexandrien, der so feig gewesen ist, daß er sich geweigert hat, Verwundeten, welche mit Kranken in Berührung gekommen waren, von denen man vermutete, daß sie ansteckende Krankheiten hatten, zu helfen, ist des Namens eines französischen Bürgers unwürdig. Er soll als Frau gekleidet, auf einem Esel durch die Straßen von Alexandrien geführt werden, mit einem Zettel auf dem Rücken, auf welchem zu lesen ist: „Unwürdig, ein französischer Bürger zu sein; er fürchtet sich zu sterben." Darauf soll er ins Gefängnis geworfen und auf dem ersten Schiff nach Frankreich zurückgeschickt werden.

Kairo, 8. Januar 1799. Tagesbefehl

Ein Trostbrief

Ihr Mann ist von einer Kanonenkugel getötet worden, als er auf seinem Schiffe [illegible].

Ich fühle Ihren Schmerz auf das lebhafteste. Der Augenblick, der uns von dem geliebten Gegenstande trennt, ist schrecklich; er sondert uns von der Erde ab, er läßt den Körper die Zuckungen des Todeskampfes fühlen. Die Kräfte der Seele sind vernichtet; sie behauptet keine Verbindungen mit der Welt, als durch ein Alpdrücken, das alles eine falsche Gestalt gibt. Man fühlt in dieser Lage, daß, wenn uns nichts zu leben verpflichtete, es viel besser wäre, zu sterben. Aber wenn man nach solchen ersten Gedanken seine Kinder an sein Herz drückt, wird man durch Tränen und zarte Gefühle wieder belebt, und man lebt für seine Kinder.

Kairo, 19. August 1798.

Das Kontinental-System

Ich stand mit meiner Meinung allein auf dem Kontinent; ich mußte für den Augenblick überall Gewalt anwenden ... Wenn ich nicht [illegible] hätte, [illegible] die Gestalt des Handels verändert, ebenso wie den [illegible] der Industrie. Ich habe in [illegible] [illegible] ich [illegible] [illegible] [illegible]; man hätte erlebt, wie ich die Aufklärung durchführte [illegible], wenn man sich verständig, und einen Teil zu [illegible]. Der Reichtum war bei uns gewaltig, der Reichtum, der Fortschritt — aller [illegible] über die Maßen. Der Fortschritt der Aufklärung in Frankreich war gigantisch, die Ideen wurden überall

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120724/9
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] und verbreiten sich aus, weil wir uns bewegen, [illegible] das Wissen zugänglich zu machen. Ich behaupte, daß in der französischen Masse zehnmal, vielleicht hundertmal mehr Kenntnis der Chemie verbreitet war als in England, weil die verschiedenen Industriezweige sie heute für ihre Arbeit verwenden. Das war ein Vorzug meiner Schule: wenn man mir Zeit gelassen hätte, so würde es bald in Frankreich keine Handwerker mehr gegeben haben, alles wäre Kunst geworden . . . England und Frankreich haben das Schicksal der Erde in ihren Händen gehalten, das Schicksal der europäischen Zivilisation. Welch Unheil haben wir uns zugefügt! Was hätten wir Gutes tun können!

April 1816, Las Cases III, 80ff

Wahrheit und Proklamationen

Ich habe, seit ich in Italien bin, die Liebe der Völker zur Freiheit und Gleichheit nicht zum Bundesgenossen gehabt, aber es ist dies wenigstens ein sehr schwacher Bundesgenosse gewesen. Aber die gute Mannszucht unserer Armee, die große Achtung, die wir alle gegen die Religion gehabt haben, die wir sogar bis zur Schmeichelei gegen ihre Diener getrieben haben; Gerechtigkeit und vor allem eine große Tätigkeit und Schnelligkeit, die Aufrührer zu Paaren zu treiben, und diejenigen, die sich gegen uns erklärten, zu bestrafen: dies ist der wirkliche Bundesgenosse der italienischen Armee gewesen. Das ist das Geschichtliche; alles, was sich in Proklamationen und in gedruckten Reden gut ausnimmt, sind Romane.

7. Oktober 1797. An Talleyrand

Oeffentlicher Unterricht

Es gibt keine feste Politik, wenn es keine Organisation des Unterrichts mit festen Grundsätzen gibt. Sobald man nicht von Kindheit an lernt, ob man Republikaner oder Monarchist, katholisch oder religionslos sein muß, bildet der Staat keine Nation; er ruht auf unsicheren, unbestimmten Grundlagen, er würde Unordnungen und Umwälzungen ausgeliefert.

de la Lozère, Opinions S. 154

Königin Luise

Die Königin von Preußen empfing mich wie Fräulein Duchesnois in „Chimène"; sie bat, schrie „Gerechtigkeit", lehnte sich nach hinten, mit einem Wort, ganz Theater; es war ein wirkliches Drama. Ich war einen Augenblick verblüfft, und ich wußte kein anderes Mittel, mich zu erleichtern, als dadurch, daß ich die Sache im Ton des feinen Lustspiels fortführte: ich bot ihr einen Sessel an und nötigte sie, sich zu setzen. Aber sie behielt den Ton des höchsten Pathos bei: „Preußen hat sich über seine Stärke getäuscht; es wagte, mit einem Helden Krieg zu führen, sich dem Geschick Frankreichs zu widersetzen, das Glück seiner Freundschaft zu mißachten: es ward dafür hart bestraft! Der Ruhm des großen Friedrich, sein Gedächtnis, sein Erbe hatten das Herz Preußens zu stolz gemacht; das wurde sein Verderben!" Sie bat, beschwor, flehte. Magdeburg war immer der Gegenstand ihrer Bemühungen, ihrer Wünsche. Ich hielt so gut, wie ich konnte, stand. Zum Glück kam der Gemahl. Die Königin empfand das als Störung, wie ein ausdrucksvoller Blick besagte, sie wurde verstimmt. Der König suchte sich wirklich ins Gespräch zu mischen, und verdarb die ganze Geschichte. Ich war befreit!*

Die Königin war dann bei mir zu Tisch. Sie entfaltete all ihren Geist vor mir, und sie hatte viel; ihr ganzes Benehmen war sehr angenehm; ihre Koketterie nicht ohne Reiz. Ich war aber entschlossen, mich zurückzuhalten: ich mußte acht auf mich geben, um keinerlei Verpflichtung einzugehen und jedes zweideutige Wort zu vermeiden, zumal ich genau beobachtet wurde, namentlich von Alexander . . . Bevor wir zu Tisch gingen, bot ich der Königin eine sehr schöne Rose an; ihre Hand schien sie zuerst mit einer gefühlvollen Bewegung zurückzuweisen, sie besann sich aber sofort eines anderen und sagte: „Ja, aber wenigstens mit Magdeburg." Ich erwiderte: „Ich möchte Eurer Majestät bemerken, daß ich die Rose gebe, und Sie sie empfangen . . ." Ein Weib und Galanterie konnten mich nicht in dem Plan beirren, den ich für das Schicksal eines großen Volkes gefaßt hatte . . . Das Gespräch mit der Königin von Preußen beschleunigte den Vertrag um acht oder vierzehn Tage.

Tags darauf wollte die Königin ihre Attacke erneuern; sie war empört, als sie hörte, daß der Vertrag unterzeichnet sei. Sie weinte sehr und wollte mich nicht mehr sehen, nicht zum zweiten Male bei mir essen. Alexander übernahm es, sie umzustimmen. Sie erhob ein Zetergeschrei und behauptete, ich hätte ihr mein Wort gebrochen. Aber Alexander war immer zugegen gewesen: „Er hat Ihnen nichts versprochen," sagte er ihr; „wenn Sie mir das Gegenteil beweisen können, verpflichte ich mich, ihn ins Gesicht daran zu erinnern, und er wird es halten, das bin ich gewiß." „Aber er hat es mich verstehen lassen," sagte sie. „Nein," sagte Alexander. „Sie haben ihm nichts vorzuwerfen." Endlich kam sie . . . Sie spielte einige Augenblicke die Rolle einer beleidigten Kokette. Als die Mahlzeit zu Ende war, reichte sie mir die Hand und sagte gefühlvoll: „Ist es möglich . . . ich habe das Glück, so nahe bei dem Mann des Jahrhunderts und der Geschichte zu sehen, und er gewährt mir nicht die Freiheit und die Genugtuung, ihm versichern zu können, daß er sich mich für mein Leben verbunden hat." „Madame," antwortete ich, „ich bin zu beklagen — das ist mein übler Stern!" Und ich verabschiedete mich von ihr . . . Im Wagen weinte sie, auf das Palais zurück: „In diesem Haus hat man mich grausam betrogen!" . . .

* Die Uebersetzer haben die Neigung, die Ironie dieser lebendigen Schilderung zu verhüllen und die Szene so in eine nette Huldigung für die Königin umzuschildern.

[illegible] war ein wirklicher Fehler, daß ich den König von Preußen in Tilsit überhaupt empfangen habe. Meine erste Regung war, ihn abzuweisen. Ich hätte dann weniger Rücksicht auf ihn nehmen brauchen, ich hätte Schlesien nehmen und damit Sachsen vergrößern können, und vielleicht wären dann die Dinge anders gekommen. Ich weiß, daß die Politiker heute den Vertrag von Tilsit tadeln: sie haben seit meinem Sturz entdeckt, daß ich dadurch Europa an die Russen ausgeliefert habe; hätte ich aber in Moskau Erfolg gehabt — und wie wenig fehlte daran, so würden sie unzweifelhaft bewundert haben, wie ich im Gegenteil durch jenen Vertrag die Russen an Europa ausgeliefert habe. Ich hatte große Ziele für die Deutschen . . . Aber ich bin gescheitert, und darum habe ich unrecht.

Juni 1816. Las Cases IV, 298ff

Preußische Prinzen

Sie teilen mir mit, daß der Prinz August von Preußen sich in Berlin schlecht aufführt. Das überrascht mich nicht, weil er keinen Verstand hat; er hat seine Zeit damit verbracht, in Coppet der Frau v. Staël den Hof zu machen; da kann er nur schlechte Lehren angenommen haben. Man muß ihn zu treffen verstehen. Lassen Sie ihm sagen, Sie würden ihn bei seinen ersten Reden festnehmen, in ein Schloß sperren und ihm Frau v. Staël als Trösterin schicken. Nichts Platteres wie all die preußischen Prinzen!

Wien, 6. Dezember 1807. An Marschall Victor, Gouverneur von Berlin.

Hafenstürme

Roman von W. W. Jacobs

Achtes Kapitel

Herrn Schlimanns Rückkehr erregte an verschiedenen Stellen Aufsehen und die Gefühle der Bewohner der Schlimannschen Villa grenzten dicht an offene Meuterei. Sogar Frau König faßte sich ein Herz und las dem überraschten Kapitän eine Predigt über die ersten Pflichten eines Vaters — eine Predigt, deren Wirkung sie dadurch verstärkte, daß sie ihm die Geschichte vom verlorenen Sohn bis zum Schluß vorlas. Als sie damit fertig war, brach sie gänzlich zusammen und wurde von Käthe und Bella zu Bette gebracht. Das Mitgefühl der letzteren nahm übrigens eine äußerst bestimmte Form an und äußerte sich hauptsächlich in Andeutungen, die sich nur auf eine Person im Hause beziehen konnten.

Käthe Schlimann, die nicht zu Tränen neigte, schlug einen anderen Weg ein, aber ohne einen besseren Erfolg zu haben. Der Kapitän lehnte es ab, über den Gegenstand zu reden und nachdem er eine Beschreibung seiner Persönlichkeit angehört hatte, in der Nero und andere Berühmtheiten lediglich zu dem Zwecke figurierten, um in ihrem Charakter gerettet und blütenweiß gewaschen zu werden, nahm er seinen Hut und ging fort.

Ernst Thießen hörte durch seinen Teilhaber von dem neuen Ankömmling, beachtete aber den dringenden Rat dieses Herrn nicht, Heu zu machen, so lange die Sonne scheine, und den jungen Schlimann spazieren zu führen, sondern überlegte gedankenvoll, wie er aus der Angelegenheit am besten Nutzen ziehen könne. Ein leichter Ausbruch von Diphtheritis in der Elisen-Allee hatte diese Gegend für eine Zeit für Fräulein Schlimann verschlossen und Thießen war daher sehr geneigt, die sehr gelegen kommende Ankunft ihres Bruders für eine Anstrengung der Vorsehung zu seinem Besten zu halten.

Einige Tage lang sah er sich indessen vergeblich nach Max Schlimann um, denn dieser Herr war entweder auf ernsthafter Suche nach Arbeit abwesend, oder er saß behaglich in dem kleinen Zimmer hinter dem Laden der Löbels und huldigte dem etwas gefährlichen Zeitvertreib, Amelie Löbel Komplimente zu machen. Geldsendungen von seiten seiner Schwester und Tante an ihn waren umgehend zurückgesandt worden und er schuldete dem freundlichen Herrn Löbel das, was er zum Leben brauchte. Unter diesen Umständen verschloß ein Gefühl warmer Dankbarkeit gegen diese Familie seine Augen gegen ihre augenscheinlichen Mängel.

Durch einen Freund von Herrn Löbel erhielt er sogar Arbeit unten am Hafen. Die Arbeit war allerdings keineswegs sehr vornehmer Art und strengte den Rücken mehr an als den Geist, aber sieben Jahre rauhen Lebens hatten bewirkt, daß er von gesellschaftlichen Vorurteilen merkwürdig frei war, eine Freiheit, die, wie er bald entdeckte, von seinen alten Bekannten in Wellhafen nicht geteilt wurde. Diese Entdeckung war etwas bitter für ihn und als Thießen ihn eines Nachmittags, als er von seiner Arbeit heimkehrte, auf der Straße anhielt, versuchte er, dessen ausgestreckte Hand zu ignorieren und setzte seinen Weg fort.

„Wir haben uns lange nicht gesehen," sagte Thießen und stellte sich vor ihn hin.

„Hallo!" gab Max zurück und sah ihn prüfend an, „es ist Ernst Thießen, nett und adrett geworden, gerade wie die fleißigen kleinen Knaben in den Schulbüchern. Ich hörte, daß du wieder zurückgekommen seiest."

„Ich kam gerade vor dir zurück," sagte Thießen.

„Sonntagsschule und Blechmusik und so weiter, kann ich mir denken," entgegnete der andere. „Wehe, wie doch die Gottlosen gedeihen — und du warst gottlos! Erinnerst du dich noch, wie du mich zu verprügeln pflegtest?"

„Komm mit zu mir und laß uns ein wenig plaudern," sprach Thießen.

Max schüttelte den Kopf. „Man erwartet mich zum Abendbrot," erklärte er mit einer Kopfbewegung in der Richtung nach Löbels Hause, „und ehrliche Hafenarbeiter, die ihr Brot im Schweiße ihres Angesichts verdienen — wenn der Vorarbeiter hersieht — frequentieren nicht die Gesellschaft der oberen Klassen."

„Sei kein Narr," antwortete Thießen höflich.

„Außerdem — sehr fein bin ich auch nicht," erwähnte Herr Schlimann weiter und sah auf seinen Anzug. „Mir macht das nichts, ich bin Philosoph genug, und so lange ich zu essen und zu trinken habe, macht mir nichts Kummer; aber ich dränge mich meinen Freunden nicht auf und ich muß sagen, die meisten derselben gehen mir mehr als halb aus dem Wege."

„Einbildung," warf Thießen ein.

„Alle, ausgenommen Käthe und meine Tante," fuhr Max bestimmt fort. „Die arme Käthe, ich versuchte, sie gestern zu schneiden."

„Sie zu schneiden?" wiederholte Thießen.

Schlimann nickte. „Um ihre Gefühle nicht zu verletzen," erwiderte er, „aber wahrhaftig, sie wollte nicht geschnitten werden, und unter der bestimmten Bedingung, daß es keinen Präzedenzfall bilden sollte, durfte sie mich hinter einem Waggon küssen. Weißt du, ich glaube, sie ist ein hübsches Mädchen geworden, Ernst."

„Du hast aber Augen!" rief Thießen bewundernd.

„Es kann natürlich Parteilichkeit dabei sein," meinte er, „ich habe Käthe immer ein bißchen gern gehabt. Ich glaube auch nicht, daß jemand anders irgend etwas Besonderes an ihr finden würde. Wo wohnst du jetzt?"

„Blücherstraße," gab Thießen Auskunft, „komm an irgend einem Abend, der dir paßt, zu mir, wenn du heute nicht willst."

Schlimann versprach es, bot ihm — da er Fräulein Löbel in der Tür des Ladens stehen sah — einen guten Abend, und schritt über die Straße. Es war für sie schon zur regelmäßigen Gewohnheit geworden, auf ihn zu warten und mit ihm Abendbrot zu essen, eine Gewohnheit, die zu vielen schlauen Bemerkungen von seiten der Frau Löbel Veranlassung gab.

„Ich dachte, Sie kämen überhaupt nicht mehr," empfing ihn Fräulein Löbel schnippisch, als sie ihm auf dem Wege nach dem Hinterzimmer voranging und ihren Platz an der wenig nett gedeckten Abendtafel einnahm.

„Und Sie haben sich wohl schon deshalb die Augen ausgeweint," bemerkte Herr Schlimann und griff in die Tiefen eines großen Topfes, um sich etwas Johannisbeermarmelade zu nehmen. „Uebrigens sind Sie nicht die erste, und ich glaube auch nicht, daß Sie die letzte sein werden. Wie geht es [illegible]?"

„Trinken Sie Ihren Tee," rief Fräulein Löbel, „und kratzen Sie nicht so schrecklich mit Ihrem Messer im Topfe herum. Das zieht mir in die Zähne."

„Mir geht es gerade so," antwortete Herr Schlimann, „aber da unten ist noch etwas Marmelade, und die muß ich haben. Nur keine Verschwendung!"

„Laß ihn doch das Messer fortlegen," bat Fräulein Löbel ihre Mutter, als sie in das Zimmer eintrat.

Frau Löbel schüttelte den Kopf über ihn. „Ihr beide zankt euch immer," meinte sie schelmisch, „gerade wie ein Paar — ein Paar —"

„Turteltauben," rief Herr Schlimann.

Frau Löbel kam in vollem Verzeihen zu ihm herüber und tätschelte ihn mit ihrer großen, dicken Hand, dann, als sie von dieser Anstrengung etwas außer Atem gekommen war, setzte sie sich wieder, um sich in Ruhe an dem Spaß zu freuen.

„Siehst du, so ermutigst du ihn," sprach ihre Tochter, „es ist kein Wunder, daß er sich nicht zu benehmen weiß. Kein Wunder, daß er so tut, als ob das ganze Haus ihm gehörte."

Diese Bemerkung war gewiß bezeichnend für Herrn Schlimanns Benehmen. Seine leichte Sicherheit und Vertraulichkeit hatten ihn zum bevorzugten Liebling der Frau Löbel gemacht und waren auch nicht ohne Wirkung auf die Tochter geblieben. Die Reize, geschickten gesellschaftlichen Manieren des Herrn Eduard Hampe standen unzweifelhaft ab gegen diejenigen des Einlogierers, und Fräulein Löbel hatte bei verschiedenen Anlässen Vergleiche gezogen, bei denen beiden Herren wohl etwas ungemütlich geworden wäre, wenn sie dieselben gekannt hätten.

Die gleichen leichten Umgangsformen zeigte Herr Schlimann in der darauf folgenden Woche, als er, fein mit einem der gebrauchten Anzüge von Herrn Löbels großem Lager gekleidet, Ernst Thießen einen Besuch abstattete, um mit ihm über alte Zeiten zu plaudern und zukünftige zu besprechen.

„Du solltest dich mit deinem Vater wieder vertragen," riet ihm der Freund, „dazu ist nur etwas gesunder Menschenverstand und ein gegenseitiges Entgegenkommen nötig."

„Weiter nichts," entgegnete Schlimann, „das klingt leicht genug, nicht wahr? Nein, alles was er von mir will, ist, daß ich aus Wellhafen verschwinde, und das fällt mir nicht ein — wenigstens nicht, bis es mir paßt. Für ihn ist es geradezu Gift, daß ich bei den Löbels wohne und meinen [illegible] gens schlebe. Und da redet man von der Liebe, die die Arbeit versüßt!"

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Geschichte — Grabungen nach vorgeschichtlichen menschlichen Wohnstätten in der Lausitz wurden im vergangenen Monate auf dem [illegible] von Kleinsaubernitz, im Osten von Bautzen, unweit der schlesischen Grenze, nordwestlich der Eisenbahnstation Reichenbach in Schlesien, vorgenommen. Sie waren ein gemeinschaftliches Unternehmen der „Gesellschaft für Anthropologie, Urgeschichte und Geschichte von Bautzen und Umgegend" und des Prähistorischen Museums zu Dresden unter Leitung des Kustos Dr. Deichmüller-Dresden und unter besonderer Unterstützung durch das sächsische Finanzministerium. Wie die Bautzener Geschichtsblätter, das Organ der genannten Bautzener Gesellschaft, mitteilen, sind die Grabungen vorläufig abgeschlossen, doch gedenkt Dr. Deichmüller sie im Herbste wieder aufzunehmen. Es handelt sich um eine alte slawische Befestigung, die mit einem Wall umgeben gewesen ist. Ueber das Ergebnis der bisherigen Arbeiten teilt das erwähnte Blatt in seiner Nr. 7 vom 15. Juli 1912 mit: Bei den Grabungen wurden nach der Nordseite des Walles [illegible] einige hundert Quadratmeter Boden in seiner unmittelbaren Nähe [illegible] freigemacht, die im Laufe vieler Jahrhunderte von der Humusdecke [illegible] worden ist. Unter der Decke zeigten sich in dem harten [illegible] Sandboden überall deutliche Einsenkungen, in denen man zum Teil die Löcher für die senkrechten Pfosten der Wohnhäuser erkannte. [illegible] Außerhalb des Walles gelegen. [illegible] Wohnungen [illegible] Schmelzkeller [illegible] Eisenschlacken [illegible] Bronzenadel [illegible] Bronzeklumpen [illegible] Scherben [illegible]

Ueber eine andere Schanze solcher Art berichten die Geschichtsblätter in Nr. 6 vom 15. Juni 1912. Diese Schanze befindet sich im Westen von Bautzen: auf der [illegible]

1912 – Nr. 15 | Beiblatt zu der Dresdner Volkszeitung und der Volkszeitung für Zittau, Pirna, Freiberg, Meißen | 24. Juli

Was ist das für eine Zeit, wo man die Begrabenen beneiden muß? Goethe

Grundzüge der neueren Geschichte

Von Wilhelm Lonsenstein

Erstes Stück:

Das Wesen des Mittelalters

Während das Zeitalter, das wir das Mittelalter nennen, war die Geschichte des Abendlandes vorwiegend deutsche Geschichte. Das Deutsche Reich stand damals im Mittelpunkte der europäischen Entwicklung. Darum wollen wir uns bei der Betrachtung des Mittelalters auf Deutschland beschränken.

Allein zunächst erhebt sich die Frage: Wie pflegt man die Zeitdauer des Mittelalters zu bestimmen?

Das Mittelalter rechnet man gewöhnlich vom Untergang des alten römischen Weltreichs, also vom 5. Jahrhundert nach Christus, bis hin zum Zeitalter der großen Entdeckungsfahrten, also bis hin zum ausgehenden 15. Jahrhundert. Es umfaßt daher einen Zeitraum von rund tausend Jahren. Die Zeit, die zwischen diesem Jahrtausend liegt, nennt man Altertum. Die Zeit, die dreihundert Jahre, nennt man Neuzeit.

Die zeitliche Begrenzung des Mittelalters, die wir soeben vorgenommen haben, ist nun keineswegs willkürlich, sondern sie hat einen tiefen Sinn. Was bedeutete der Untergang des alten römischen Weltreichs? Was war bedeutsam für Entwicklungsfaktoren dem Beginn der Neuzeit?

Das alte römische Weltreich war ein Reich mit hochentwickelter großstädtischer Kultur — nach deutscher Art — geistig-politischer Natur. Man kann hier das alte römische Weltreich sogar von einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sprechen. Der Niedergang des alten römischen Weltreiches war gewiß gewissermaßen eigentlich nichts als die Selbstzerstörung, das natürliche Abgestorbensein dieser großstädtischen, geistig-politischen, kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Tausende Jahre eingegraben unter die Erde hin, als sich eine großstädtische, doch gewerbetreibende, kapitalistische Kultur Bahn in Europa entwickelte. Die Entdeckungsfahrten nach Amerika, nach Ostindien sind die ersten ganz großen Anzeichen der Entwicklung eines neuen, des neuzeitlichen Kapitalismus. Dieser neue Kapitalismus war — das müssen wir hier einschränkend bemerken — bei aller Verwandtschaft mit dem des alten römischen Reiches doch trotzdem sehr verschieden von der Gelderwirtschaft des römischen Weltreiches. Die neuen Männer unterscheiden sich von den Römern: diese Barbaren, denen ursprünglich alle Mittel fehlten, mußten dem Besiegten dienstbar sein und hatten daher die für den Sklaven geeignetste Arbeitsform zu tun. Der moderne Kapitalist unterhält keine Sklaven: er unterhält Lohnarbeiter. Die Sklaven waren nur ein ungeheures Hausgesinde, das allen Luxus, aus gegen Ernährung, zu arbeiten hatte. Der moderne Lohnarbeiter schafft aber beträchtliche Verdienung, trotz gegen Lohn. Man erkennt schon daraus, daß am modernen Kapitalismus das gesellschaftliche Moment noch viel stärker ausgeprägt ist als am römischen. Der römische Kapitalismus entbehrt noch viel von dem, was man Nationalwirtschaft nennt; man informiert, als der Ersatz für Sklavenarbeit in der Nationalbereicherung besaßen.

Dieser grundlegende Unterschied — man sich noch zahlreiche andere anführen lassen — führt uns schon unmittelbar in das Wesen des Mittelalters ein.

Das Wesen des Mittelalters ist in wenigen Worten dies: Ausbildung der Verwandtschaft Europas zu einer selbstbewußten Nationalwirtschaft und allmähliche Ausbildung einer neuen gesellschaftlichen Kultur.

Das soll nun ausführlich zu erläutern versucht werden.

Das Ende der Geschichte und der Anfangsteil des römischen Weltreiches ungefähr bis Beginn des heutigen Zeitalters zeichnen uns in den östlich und südlich unmittelbar angrenzenden Gebieten das Bild von germanischer Kultur. Das waren unsere Vorfahren. Dies Volk war ohne politische Einheit. Es zerfiel in viele Stämme, die sich gegenseitig nicht selten befehdeten. Die Stämme zerfielen wiederum in Gaue, in deren Mittelpunkt jeweils ein Dorf lag. Jeweilen hatte ein Gau auch mehrere Dörfer: ein Mutterdorf und einige Tochterdörfer. Zur Beratung gemeinsamer Stammesangelegenheiten fanden sich die freien Männer der einzelnen Stammesgaue an den Stammesmalplätzen zusammen. Den Vorsitz führte ein gewählter Stammesfürstling. Feldzugsangelegenheiten, Beschlüsse über Krieg und Frieden, Rechtsprechung: dies alles war Sache der Volksversammlung, der Versammlung der freien Stammesgenossen. Das politische Leben der Stämme war also sehr demokratisch.

Wie die politische Verfassung so demokratisch war, so mußte auch der wirtschaftliche Unterbau sehr demokratisch sein. Er war in der Tat nicht nur demokratisch, sondern sogar sozialistisch-demokratisch.

Innerhalb des Stammesgebiets, das durch einen breiten Gürtel unbesiedelten Landes abgegrenzt war, hatte jede Sippe eine eigene Gemarkung. Die Sippe war ein Verband von Leuten, die sich auf einen gemeinsamen Ahnen zurückführten: also ein Verwandtschaftsverband. Die verwandtschaftlichen Beziehungen waren allerdings sehr häufig nur ganz lose und kaum mehr merklich. In normalen Zeiten zählte die Sippenverband hundert wehrfähige Männer. Die Gemarkung, die einem solchen Sippenverband zugeteilt war, wurde eben mit jenem Worte „Gau" bezeichnet. Das Dorf des Gaues war ein Sippendorf: ein Dorf verwandter Familienglieder. Sehr oft hilft man für die Gesamtheit der verbündeten Verwandter einer Sippendorfes oder Gaues den Namen „Hundertschaft". Unterhalb der Sippe der Hundertschaft einen Dorfes die „Hundert", zunächst wenigstens innerhalb der Dorfgemarkung des Gaues, ein Tochterdorf begründet. Was dies nicht möglich, so konnten die übrigbleibenden Sippengenossen abziehen und gründen, sich Neuland dazu zu erobern. In diesen normalen Verhältnissen war man dies das Mittelalter: wir besaß der einzelne eigenes Ackerland, eigenes Vieh, eigene Waffen, eigenes Gewässer, sondern die ganze Gemarkung stand im gemeinschaftlichen Eigentum der Dorfgemeinde. Der — wenn im großen ganzen bäuerliche war — Bauernstande. Das zum Anbau geeignete Land wurde in bestimmte Gänge eingeteilt; jeder Gang wurde feierlich in Gewalt gelegt. Durch das wurde jeder einzelnen Familie jedes Jahr in jedem Gange ein Stück Landes teilweise zugewiesen. So war der einzelne Bauernsohn nur ein Nutznießer gemeinschaftlichen Eigentums. Es ist selbstverständlich, daß die Zuteilung auch den Nachbarn des benachbarten demokratischen Gemeinwesen erfolgte.

Es eine lebhafte andere Verhältnisse als sozialistische und demokratische Werten.

Gemeinschaftsfragen der Bauern gegen die Germanen und Angriffe der Nachbarstämme germanischen Nationen auf das römische Reich, in dem die Germanen zwischen Rhein, Donau und Germanen in gegenseitiger Berührung. Diese Berührung hatte Wirkungen.

Die in Gemeinschaftsunternehmungen, Bürgerversammlungen und allerlei Gesetzen sich gewaltsam Bauern pflegten ihren Gleichen in großen Landgebieten organisiert. Auf diese Landbesitzungen hatten es die aus Germanien abwandernden Überzähligen abgesehen. Die wurden Bauern; dann war ihnen nur mit Land zu helfen. In großen fruchtbaren Gebieten gelangangesetzt, machten sie sich auf diese politischen Wanderungen. Dies ist die Erklärung der sogenannten Völkerwanderung. Nachdem sie im römischen Reich so tüchtige germanische Bauernhöfe sich. In Italien und der Gallienbaldeiet entstand so ein Reich der Ostgoten, in Spanien eine der Westgoten, in Nordafrika eine der Vandalen, in Nordfrankreich und Belgien — die römische Provinzen gleich den anderen gesamten Gebieten Bauern — entstand ein Reich der Franken. Der Ursprung aller dieser germanischen Eroberungsbewegungen aus der Zeit der Völkerwanderung war der Bauer: Überzählige germanische Bauernsöhne wanderten Land, um zu siedeln und fanden es im römischen Reich. Aber im römischen Reich wurden sie es nicht, nur römischen Rechtsgrundsätzen, einem römischen Gerichtsgebäude, der römischen Staatsverfassungen auch

mehr zu erhalten. Wohl fanden die Germanen Land im römischen Reich. Aber allmählich verloren sie dort ihre demokratischen Ueberlieferungen. Im römischen Reich gab es kaum mehr Bauern, nur wenige sozialistische Feldgemeinden. Da gab es nur noch ungeheure Rittergüter, die von Feldsklaven und halbfreien Kleinpächtern bewirtschaftet wurden. Da gab es also Klassengegensätze, wie sie einer kapitalistisch entwickelten Gesellschaft entsprachen. Und in diese Klassengegensätze wurde die germanische Demokratie nun hineingezogen. Das geschah auf mancherlei Art. Betrachten wir nur zwei Beispiele. Es kam vor, daß sich die germanischen Wanderer mit bescheidenen Ansprüchen, mehr friedlich als kriegerisch, auf römischem Boden ansiedelten und dann allmählich ihre Freiheit verloren. Und es kam auch vor, daß die Germanen einfach die römischen Rittergutsbesitzer vertrieben oder erschlugen und sich selber an die freigewordene Stelle setzten; dabei übernahmen sie dann die ganze römische Feldsklaven- und Kronbauernwirtschaft. Genug: so wurde der germanischen Freiheit, der germanischen Demokratie auf römischem Boden ein Ende bereitet.

Von allen germanischen Staatengründungen auf altem römischen Reichsboden hatte nur eine einzige Bestand: die sogenannte fränkische. Das fränkische Reich hatte seinen Mittelpunkt in Nordfrankreich und Belgien. Von dort dehnte es sich allmählich nach allen Seiten aus.

Dies Reich war aber keineswegs mehr eine Demokratie im alten germanischen Sinne. Es war ein Königreich. Wie konnte das sein?

Die kriegerischen Zeiten der Völkerwanderung machten innerhalb der einzelnen Stämme eine einheitliche Führung nötig, die ohne feste Gewalt nicht bestehen konnte. Ursprünglich gewählte Kriegshäuptlinge, waren die fränkischen Stammeshäuptlinge schließlich durch Gewalt und Gewohnheit erbliche Fürsten. Allmählich gingen immer mehr Befugnisse der alten Volksversammlung auf sie über. Die Fürsten maßten sich das Recht der Gesetzgebung an; sie bestimmten immer eigenmächtiger über Krieg und Frieden; sie erhoben Steuern; sie richteten eine im Namen des Fürsten geführte Staatsverwaltung ein. So erscheint das fränkische Reich unter dem Fürstengeschlecht der Merowinger.

Wie war nun die wirtschaftliche Grundlage dieser Fürstengewalt beschaffen? Eine solche Grundlage mußte vorhanden sein. Sie bestand in dem ungeheuren ausgedehnten Grundbesitz der fürstlichen Familie.

Und wie der Fürst Großgrundbesitzer war, wie er durch Grundbesitz Macht besaß, so strebten die Untertanen auch ihrerseits nach großem Grundbesitz, um mit der Macht des Fürsten in Wettbewerb zu treten oder ihr wenigstens die Wage zu halten. So wurde das fränkische Reich — nach dem Vorbild des untergegangenen römischen und auf ehedem römischem Boden — ein Reich großer Grundbesitzer. Noch heute leiden wir unter den Folgen dieser Entwicklung. Die ehemaligen Stammesgenossen drückte der Zwang, der großen Grundbesitz besaß oder erwerben wollte, in die Abhängigkeit des Feudalherrn hinab. Auch bei alten Germanen hatte es zwar Unfreie gegeben: Kriegsgefangene dienten als unfreie Knechte. Aber erst im Laufe des Mittelalters wurde die Abhängigkeit einer großen Menge stammesverwandter Menschen zur Tatsache; erst im Mittelalter wurde sie eine Tatsache von dreifacher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Erst im Mittelalter entstanden in deutschen Landen die Leibeigenschaft und die Halbleibeigenschaft der sogenannten „Hörigen".

Um sich in ihrer Macht zu befestigen, benutzten die fränkischen Könige allerlei Mittel. Der König Chlodowech trat um 496 zum Christentum über, um sich die Hilfe der bereits mächtig gewordenen — durch Grundbesitz und geistige Machtmittel starken — Kirche zu sichern. Pippin der Kleine, der durch Entthronung seines Vorgängers zur Herrschaft gelangte, ließ sich vom Papst Stephan dem Zweiten zum „König der Franken von Gottes Gnaden" salben. Das geschah 754. Pippins Nachfolger, Karl, der unter dem Namen „Karl der Große" bekannt ist, ließ sich vom Papst Leo dem Dritten 800 in Rom zum Kaiser krönen. Er unternahm große Eroberungskriege und gab so dem fränkischen Reich den Charakter einer großen Monarchie.

Aber das wichtigste Machtmittel war für die Krone das Lehenswesen. Die christliche Kirche besaß einen sehr großen Grundbesitz. Nach kirchlichem Recht durfte sie nichts davon veräußern. So kam die Kirche auf den Gedanken, Land auszuleihen und von den Beliehenen Abgaben dafür zu nehmen. Dies Verfahren ahmten die Fürsten alsbald nach. Um die Großen des Reichs in Abhängigkeit zu erhalten, verliehen sie Land an diese Großen. Damit steigerten sich zwar die Erträgnisse für die Großen; zugleich aber waren die Großen dem Fürsten verpflichtet und zudem mußten sie so gewärtig sein, daß ihnen das geliehene Land — das „Lehen" — beim geringsten Ungehorsam gekündigt würde. Die Gegenleistung, die der Fürst von den Lehnsträgern — den „Vasallen" — erwartete, war neben allgemeinem Gehorsam besonders der Fürstendienst in Krieg und Frieden. Im Frieden hatte der Große — der „Graf" — im Dienst des Fürsten Verwaltungsgeschäfte in den Verwaltungsbezirken — „Grafschaften" — zu führen; im Krieg hatte er dem Fürsten mit bewaffnetem und berittenem Gefolge Kriegsdienste zu leisten. Naturgemäß verschwand unter diesen Verhältnissen das alte germanische Bauerntum. Es gab keine breiten und freien Bauernschaften mehr, sondern in der Hauptsache nur noch Großgrundbesitzer mit unfreien Hintersassen. Ein Teil dieser Hintersassen wurde für den Kriegsdienst erzogen: aus diesen berittenen Kriegern entwickelte sich im Laufe des Mittelalters der abhängige Kleinadel, den man „die Ritter" nennt. Als „Aftervasallen" saßen sie auf Burgen und plagten ihre abhängigen Bauern: sie selbst mußten bei Verlust des Ritterlehens jederzeit der Winke des Lehnsherrn gewärtig sein.

So entwickelte sich im Mittelalter ein ganzer Bau von allerhand Abhängigkeiten. Die höchste Stufe war der Kaiser, die unterste der abhängige Bauer. Zwischen diesen beiden Stufen waren viele Zwischenstufen — wie Ritter und Hochadel — eingeschoben. Die Grundlage dieser ganzen Organisation war ein abgestufter Grundbesitz.

Aber allmählich kam im Mittelalter eine neue Macht neben dem Grundbesitz, neben dem Lehenswesen — „Feudalwesen" — auf: die Stadt, das Geld. Die römischen Städte auf deutschem Boden — Köln, Augsburg, Mainz, Regensburg, Koblenz usw. — waren nie ganz eingegangen, wenn sie sich auch in Ackerstädte verwandelt hatten. Im Anschluß an Kirchenfeste hatten sich früh bei berühmten Kirchen Märkte — „Messen" — entwickelt. Die regelmäßige Wiederkehr dieser Märkte führte zur Bildung von stadtartigen Siedelungen, die sich mit schützenden Mauern umgaben. So entwickelten sich früh Handelsbeziehungen zum Ausland: die Donaustraße vermittelte den Deutschen den Zugang zum Morgenlande. Die Städte bevölkerten sich immer mehr; abhängige Bauern, die in die Stadt entflohen, wurden von den Städten geschützt und zu freien Bürgern gemacht. Es entwickelte sich ein Wettkampf zwischen der bürgerlichen Stadt und dem feudalen Land. Im deutschen Norden entwickelte sich die Hansa: eine Republik von lauter Handelsstädten. Kaiser und Reich unterstützten diese Entwicklung nicht: der Kaiser, der ja ganz Feudalkaiser war, wie es der deutschen Monarchie seit den Tagen des fränkischen Königtums entsprach, erschwerte im Gegenteil den Städten gewiß die Entwicklung. Er tat es ganz besonders in Italien, das im Mittelalter einen — wenn auch sehr umstrittenen — Teil des deutschen Kaiserreichs bildete. Die durch die Kreuzzüge reich gewordenen italienischen Städte waren ein Gegenstand der Brandschatzung für Kaiser, wie von jeher zu Unrecht berüchtigten Feldzüge. Da die Städte auf die Dauer mehr Machtmittel und feinere Machtmittel besaßen als das deutsche Feudalkaisertum, ging Italien dem deutschen Kaisertum verloren.

Zudem hatte der Kaiser in Italien längst einen anderen politischen Konkurrenten: den Papst. Seit Leo der Dritte dem Kaiser Karl dem Großen die Kaiserkrone aufgesetzt hatte, begehrten alle deutschen Kaiser in Rom der Reihe nach die Weihe durch den Papst. Der Papst war klug genug, die Sache alsbald so darzustellen, als hänge es von seinem guten Willen ab, ob er die Krone erteilen solle oder nicht. Sollte der deutsche Kaiser oder der Papst der Monarch des Abendlandes sein? War der deutsche Kaiser als ein Lehensmann des Papstes zu betrachten? Diese rein weltlich-politische Frage war die Quelle der vielen Kämpfe zwischen Kaiser und Papst im Mittelalter; beispielsweise der Kämpfe zwischen Papst Gregor dem Siebenten und dem Kaiser Heinrich dem Vierten, der sich zu Canossa vor dem Papst demütigen mußte.

Der Papst war klug genug, sich in diesem Kampf die Hilfe des emporstrebenden städtischen Bürgertums zu sichern — eben des Bürgertums, das die zuerst, jedenfalls zu entscheidenden Zeiten in feudalen oder, wenn man will, persönlichen Anschauungen befangenen deutschen Kaiser so wenig aufzuhalten [illegible]. So schlug der Kampf zum Nachteil der deutschen Kaiser aus. Das Papsttum triumphierte. Und wenn es auch keinen unbedingten Sieg erfocht, wenn auch Europa nicht rein zum Kirchenstaat wurde, so war doch dies am Ausgang des Mittelalters klar: das deutsche Feudalkaisertum hatte seine europäische Rolle ausgespielt, und mit Recht nannte man den Kaiser, der in den Tagen der Entdeckungsfahrten regierte, Maximilian den Ersten, den „letzten Ritter". Die Zeit der Ritter, die Zeit des Feudalismus, die Zeit der Naturalwirtschaft war aus und es begann ein Zeitalter entwickelter städtischer Geldwirtschaft.

Stimmen und Bilder

In der Hölle des Stahlwerks

Beim Eintritt hier
Laßt alle Hoffnung fahren!

Grau und massig und häßlich liegt das Hüttenwerk in der Glut der Julisonne. Am Hochofen schlägt ab und zu eine Glutwelle hoch, die dann mit nachzüngelnden Flammen [illegible] wird. Weiße Feuerlohen [illegible] gespenstige Gestalten [illegible]. Dann [illegible] der Ofen [illegible] und das Gas [illegible] in den [illegible]. Denn die Hüttenherren [illegible] aus dem [illegible] Geld zu machen. Ganze Städte werden mit Gas und elektrischem Strom versorgt. —

Im Walzwerk rattern die Walzenzüge unablässig. Von den Oefen her werden die weißglühenden Blöcke in die Walzenstraße gebracht und gewalzt und [illegible], wie riesige Schlangen. Hinter den Walzen stehen [illegible] Arbeiter mit Zangen, die [illegible] Eisenschlange und heben sie mit großer Schnelligkeit einem [illegible] Walzer [illegible]. Wieder und wieder. Oft ist der fertige Stab noch gar nicht einmal, lang und schnell hochschießend, aus der Walze, als schon wieder ein neuer Block vom Walzer ausgespieen wird. Hastig muß der Arbeiter zurückspringen, sonst ist's um ihn geschehen. Es wäre ja nicht das erstemal, daß so eine tückische, glühende Schlange einem Arbeiter durch den Leib schießt. Gefahren lauern überall im Betrieb und [illegible] werden hier die Worte des Dichters:

„Opfer fallen hier,
Weder Lamm noch Stier,
Aber Menschenopfer unerhört!"

Ein Teil der Arbeiter trägt verfärbt blaue Blusen, ein anderer Teil gleich ausgefranste Schweißlappen. An den Kleidungsstücken erkennen wir überall, an Brust und Rücken, an Armen und Beinen, die den Arbeitern bekannten Schorfblumen. —

Im Stahlwerk. Dreimal schlägt jemand an eine [illegible] Platte. Bald darauf kommt von der einen Seite der Halle her ein schwerer Kran, oben unter dem Dach auf Schienen laufend, angefahren, an einer starken, armdicken Kette einen mächtigen, runden Kessel tragend. Der Kran macht in der Nähe eines Ofens halt, der Kessel bewegt sich, bis er vor einer Rinne an dem Ofen hängt. Ein Dutzend Arbeiter, die leichte, alte Säcke umgebunden haben, hantieren vor dem Ofen. In der Hand haben sie lange, in Wasser getauchte Lappen, die als Schutz vor der sengenden Glut dienen, vor den Gesichtern Schirme von Drahtgeflecht. Vier Mann bringen eine dicke, lange Eisenstange und versuchen, da wo die Rinne mit dem Ofen verbunden ist, ein Loch zu stoßen.

Auf einmal erstrahlt die Halle in blendend weißem Licht, und ein mächtiger Strom flüssigen Stahls schießt aus dem Ofen durch die Rinne in den Kessel. Hastig springen die Arbeiter zur Seite. In der Luft über der Rinne, um den Kessel und weit umher tanzen auf und ab tausende Funken, spielen wie Mückenschwärme. Von der Stahlmasse geht ein knisterndes Zischen aus.

Jetzt läßt der Strom nach. Ein scharfes Kommandowort. Die [illegible] rollen und der Kran fährt mit der siegenden Glut weiter in die Halle hinein, wo gegossen werden soll. Die Arbeiter haben jetzt lange Haken in den Händen. Ein Arbeiter zieht an einem langen Hebel, und aus dem Boden des Kessels fließt in dickem Strahl die Stahlmasse in die Formen. Die ganze Umgebung ist ein Funkenregen. Zwischen den [illegible] arbeiten wie gespenstige Teufel die Leute mit ihren Haken. [illegible] drücken eiserne Deckel auf eine Flamme, daß sie verlischt. Andere Arbeiter werfen Sand auf die Formen, um die Glut zu dämpfen.

Der [illegible] wird neu beschickt. Seine Glut hat nachgelassen, eine große Tür ist weit geöffnet, so daß man in den roten, glimmenden Höllenrachen sehen kann. Arbeiter werfen allerhand Schrot und sonstiges Zeug in den Schlund — — —.

Junge Burschen von 14 Jahren werden aus der Schule in solche Höllenhallen hineingesteckt. So ging's auch mir. Ueberwältigt von den Eindrücken und trostlos ließ ich wirklich alle Hoffnung fahren. Der gräßliche, dicke Kohlenqualm schnürte mir die Brust zusammen, daß ich gar nicht richtig atmen konnte. Um die vorgeschriebene ärztliche Untersuchung kümmerte man sich nicht. Wenn ich Nachtschicht hatte, lag ich den ganzen Tag über mit offenen Augen im Bett und dachte mit Schrecken an die dunkle Nacht, wo ich kein Auge aufhalten konnte. Wenn mich dann der „erste Mann" mit seiner tiefen Baßstimme anschnauzte, wußte ich erst gar nicht, wo ich war, so daß sich [illegible] dann oft den Fluch [illegible] zuzog!

Wenn alle Welt über die unerträgliche Hitze stöhnt und schwitzt, wird auch vor allem der schwergeplagten Hüttenarbeiter in den Hüttenwerken gedacht werden, die Tag um Tag mit nur wenigen Ruhepausen, zwölf lange Stunden vor der [illegible] Glut der Oefen und Walzen stehen und schwer schaffen müssen. Ihr alle, ihr Frohen und Glücklichen, die ihr [illegible] dem Lärm des Tages [illegible], die ihr flieht vor der sengenden Hitze, denkt der Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken, [illegible] für die Arbeiter in den Eisenwerken. Ihr zieht wenigstens am Sonntag hinaus in den grünen Wald, oder ihr besucht den [illegible]. Der Hüttenmann ist zu ewiger Qual verdammt, er muß Sonntags in seiner Wechselschicht noch einmal so lange arbeiten als sonst, nämlich 24 Stunden lang, von Sonntag früh bis Montag früh. Ununterbrochen. Er sieht vom Werke aus die anderen den Sonntag ruhen, oder er sieht es auch nicht, wenn es die grauen, hohen Mauern verhindern. Aber [illegible] trägt ihn an der Seele. Am anderen Sonntag hat er auch seinen richtigen freien Tag, da kommt er den Sonntag früh von der Nachtschicht. Er legt sich dann ermattet ins Bett und verschläft den Sonntag, oder er schleppt sich [illegible] bis zum Abend hin. [illegible] bleibt der — Schnaps!

Es ist ein geradezu empörender Skandal, daß die langen Wechselschichten von der Gesetzgebung immer noch geduldet werden und daß nicht einmal der Anspruch zu einem Ersatzruhetag in der Woche besteht. So haben diese „freien Arbeiter" genau so viel Schichten im Jahre, wie es [illegible] Kalendertage gibt! [illegible] Wechselwochen ist [illegible] Sonntag, der Wechselschichten [illegible] zum Werk! — —

Freilich, ganz anders könnte es heute schon sein, wenn nicht der Kapitalismus die Frage beherrschte. Die Technik ist so weit, daß fast alle schwere Arbeit in den Walzwerken maschinell erledigt werden kann, indem ein Handrad oder Hebel gedreht und damit elektrische Energie ausgelöst wird. Keine mechanische Werkzeugwerke sind in den modernen Betrieben der Großeisenindustrie vorhanden, aber die Schinderei der Arbeiter hat eher zu als abgenommen. Die rückständigen Werke besonders hetzen die Arbeiter noch mehr, um mit den Riesenbetrieben wettkommen zu können. Ueberall aber herrscht eine früher nie gekannte wahnsinnige Hetzjagd. Darum trifft den Hüttenarbeiter in Deutschland immer noch die Schwäche vom Werk der Organisation, die z. B. dem englischen Hüttenmann eine ganz andere Position verschafft hat.

Trotz der überlangen Regelschicht von 12 Stunden und der vielen Doppelschichten werden die Hüttenarbeiter aber auch noch bis zum Gebrechen mit Ueberarbeit ausgenutzt. Die neue Hüttenarbeiterschutzverordnung hat den Zwang des Ueberstundenverzeichnisses gebracht. In acht Monaten des Jahres 1909 mußten in den Hüttenwerken Preußens von 182 933 beschäftigten Arbeitern 49 Prozent Ueberarbeit verrichten. Ueber 7¼ Millionen Ueberstunden wurden geleistet. Die Gewerbeaufsichtsbeamten erhofften eine Aenderung. Die Aenderung hat das Jahr 1910 gebracht, aber es ist keine Besserung, sondern eine Verschlimmerung des Uebels. Nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1910 war die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 199 307 gestiegen, von denen aber diesmal 48,7 Prozent zur Ueberarbeit herangezogen wurden. Die Zahl der Ueberstunden stieg auf 19 066 378. Entsprechend umgerechnet (8 zu 12 Monaten) ergibt dies eine Steigerung um 96½ Prozent. Also eine ungeheure Steigerung, wobei immer zu beachten ist, daß die andauernd vorkommenden 36stündigen Wechselschichten nicht mit in das Ueberstundenverzeichnis kommen!

Und da schreien die Hüttenherren noch des durchaus ungenügenden Schutzes nach immerzu, um die Abschaffung oder wenigstens die weitere Verschlechterung der Schutzverordnung zu erreichen! —

Unausgesetzt sind seit vielen Jahren die sozialdemokratischen Kräfte am Werk, die schrecklichen Arbeitsverhältnisse in der Großeisenindustrie zu beleuchten und eine entschiedene Besserung zu erzwingen. Ungeheure Profite werden in der Schwerindustrie eingeheimst. Die Arbeiter werden in barbarischen Arbeitsverhältnissen gelassen. Allmählich sehen aber auch die Massen der Hüttenleute ein, daß sie ihr Geschick selbst in die Hand nehmen und die sozialdemokratische Arbeit offen und offiz durch die Macht der Organisation unterstützen müssen. Der Stein ist im Rollen.

Dadurch rücken die Arbeitskämpfe der kommenden Zeit auf immer breiteres Feld. Berg- und Hüttenleute vereint, organisatorisch geschult, haben sie die Macht einer ungeheuren Masse für sich. — —

In den Hüttenarbeiterbezirken, vorwiegend in Rheinland-Westfalen, an der Saar und in Lothringen, in Oberschlesien, ist die Kapitalskonzentration ins Ungeheure vorgeschritten. [illegible] und Schachtaufzüge, Hochöfen und [illegible] halten den Blick gebannt. Drinnen und draußen herrscht Mühe und Not, doch [illegible] und grollt es in [illegible] Erde. Während das „[illegible] Bürgertum" in die Bäder zieht und sich für die [illegible] der Bälle und Empfänge „stärkt".

Das ist eine Welt, das heißt eine Welt!

Doch hütet euch, ihr da droben in der Sonne des Lebens: denkt ihr nicht an die Quellen der Armen, kann es aufsteigen, ehe ihr es euch versehet. Kommt euch dann nur die „ewigen" Hüttenleute in der [illegible] Schauerplatz. Ihr schätzt ja die Tiere, und mit Recht. Aber Tiere läßt man nicht 24 Stunden in einemfort vor dem Wagen. Sind arme Arbeiter weniger wie Tiere?

Gebt Antwort! W. U.

Umschau

Technisches Aus den Anfängen des deutschen Zimmerergewerbes. Wie jedes andere Gewerbe, so ist auch das Zimmerergewerbe zunächst aus dem altgermanischen Hausbetrieb entstanden, in dem alles, was zur Wohnung, Nahrung, Bekleidung und Kleidung, zur Wehr und zum Schmuck diente, selbst angefertigt werden mußte. Dazu gehörten naturgemäß auch die [illegible] technische Kenntnisse, die sich die Söhne bei den [illegible] im Hauswesen [illegible] erwarben. Natürlich mußte ein jeder, der sich ein Haus errichten wollte, sein eigener Zimmermeister sein, er mußte auch verstehen, den Bau [illegible], die Größe und die Einteilung zu bestimmen, [illegible] und schließlich auch die Wahl des Baumaterials [illegible] Holz in Gebrauch, und da nach [illegible] des Staats Gemeindeholz war, so war in diesen [illegible] Gegenden [illegible] Baumaterial in den passenden [illegible]. In der altgermanischen Anschauung war es [illegible] allgemeine Nachbarpflicht, daß beim Errichten eines Hausbaues [illegible] geholfen wurde. Holz konnte von jedermann im Walde geschlagen werden, und [illegible] nur derjenige, der schon geschlagenes [illegible] Holz [illegible]. Das Zimmerwerk, mit dem die Bäume gefällt und das zum Hausbau gebrauchte Material hergestellt wurden, hat sich aus weit zurückreichenden [illegible] Anfängen erst im Zeitalter des Eisens zu derjenigen Grundform entwickelt, die noch bis heute geblieben ist. Es ist dies die Axt mit dem langen Stiel, wohl zu unterscheiden von dem Beil mit dem kurzen Stiel. [illegible] die Schneide [illegible], während die Schneide [illegible] der verschiedenen [illegible], die zu bearbeitenden [illegible]. Der lange Stiel war nötig

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120724/12
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG